

4 Düsseldorf 1 April 4/74 DM 1,- F 2835 E

6/9

elam

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

BUZ-ARCHIV
4000 DÜSSELDORF
Prinz-Georg-Str. 7

No to NATO
**Sonne, Mond
und NATO-Sterne**

Pro familia
Die Pille mit 16

Aktionskonferenz
Jugend und Freizeit

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Peter Bubenberger, Dort-
mund (verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Hartmut Schulze,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

Wolfgang Freitag

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS-
GESCHÄFTSSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebüh^{er}

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 2032 90-600

DRUCK

Plambeck & Co. GmbH,
Neuss

Mutlos

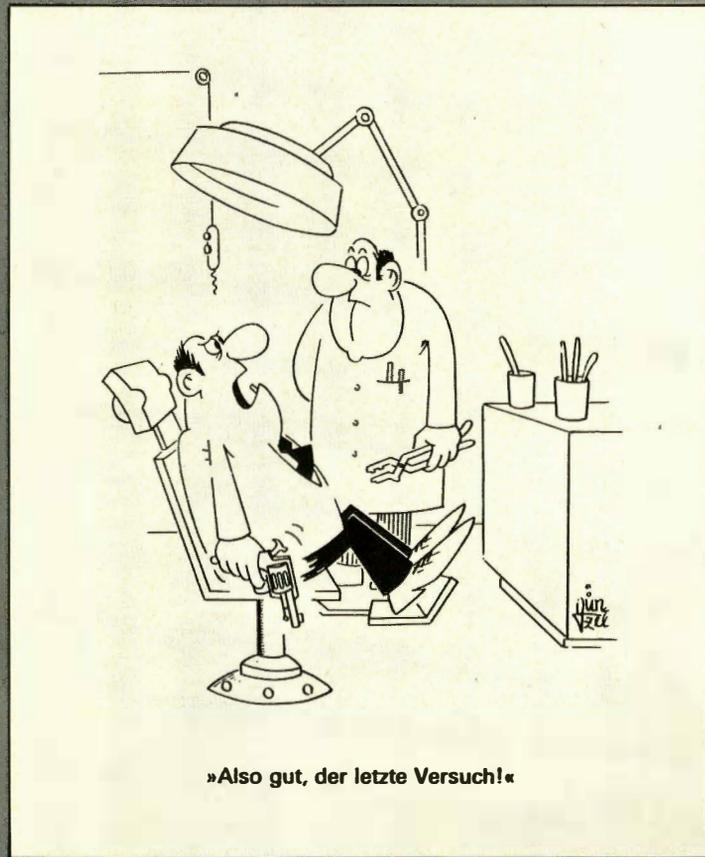
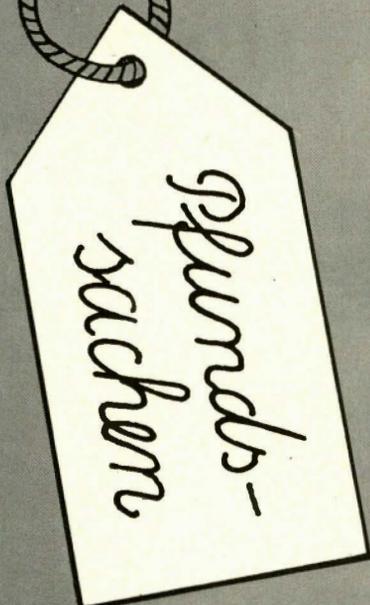
Der Sekretär der IG Chemie ergriff das Wort. Er hielt eine Forderung von 12 Prozent für vertretbar. Dann bauten die Kommunisten lohnpolitische Wolkenkuckucksheime: Auf 18 Prozent lautete ihre Forderung. „Da fehlte“, so Rudi Bauer, „ein Genosse, der die Stimme der Vernunft vertreten hätte.“ Die Rednerliste hatte die DKP besetzt, und kein Genosse wagte mehr, für eine Forderung von 12 Prozent einzutreten.

Das SPD-Mitgliedermagazin „einblick“, 2/74

Dümmers gehts nimmer

Auch in der UdSSR grassiert (die) Inflation.

Strauß-Bayernkurier, 23. 2. 74



»Also gut, der letzte Versuch!«

„Bild“ macht dumm

Frankfurt hat von allem das meiste: Mörder, Marxisten und Millionäre.

„Bild-Zeitung“, 25. 2. 74

Ostwärts

Belm „Bund“ gibt es eine eigene Sprache. Zum Beispiel die Himmelsrichtungen: nördlich – westlich – südlich – ostwärts! Begründung eines Vorgesetzten: „Es könnten ja sonst Verwechslungen auftreten.“

Informationsdienst für Soldaten, 31. 1. 74

Bescheiden

Deutschland ist etwas klüger geworden. Denn in diesem Jahr hat sich die Anzahl der Zeit-Leser um 270 000 erhöht.

Anzeige der „Zeit“, Februar 1974

Aha!

Trick des Ministers: Schwanz hoch beim Bullen-Quiz!

„Bild-Zeitung“ über Minister Ertl, 26. 1. 74

Millionärsproblem

Die hohen Steuern sind die Ursache, daß Alexander Soltschenizyn nicht nach Norwegen zieht. Er müßte die Hälfte seines Vermögens und seiner Einnahmen abführen: Zwischen 3 und 5 Millionen Mark.

„Bild-Zeitung“, 27. 2. 74

Kontakte!

Die Toten leben

weiter. Jenseits-Hilfe, Kontakte!

412 Seiten, illustriert, DM 19,80 +

NN oder 20-DM-Schein im Brief v.

Perseus, 8 München 82, Askarstr. 7/m

„Die Welt“, Anzeige, 28. 2. 74

INFACT

25 Jahre „No to NATO“:

Sonne, Mond und NATO-Sterne	4-7
Cartoon	8
Fußball-WM 1974	9/10
elan-Leser testen elan	11
Aktion Roter Kuckuck	12/13
Arbeiterjugend in Aktion:	
Numerus Clausus für Lehrlinge? / 1. Mai/Preissteigerungs-Hitparade	14/15
„pro familia“:	
Die Pille mit 16	16/17
Kurzgeschichte	18
Endpolitische Blätter:	
Berichte und Ergebnisse der Aktionskonferenz	
„Jugend und Freizeit“	19-22
elan-Polit-Poster	24/25
Forum der Jugendverbände:	
3. Bundeskongreß des MSB / Forderungen der Schüler / Aufruf zur Gründung eines sozialistischen Kinderverbandes	27-30
Monatsmagazin:	
Inflation in der DDR? / Jugend und Freizeit in Witten / UZ-Pressesfest / Auf der Illustrierten vorn... / Bundeswehrreklame in Prosa	31-34
Revolutionäre im Interview	35
DKP-Abgeordneter:	
Der Rote Ratsherr kämpft mit Nürnbergs Jugend	36/37
Internationales Magazin:	
Chile / Vietnam / Griechenland / Sowjetunion	38/39
Freizeit:	
Alles über Angeln	40/41
Leser-Forum	42/43
Kulturmagazin:	
Festival des politischen Liedes / Inti Ilimani kommt / Angriffe auf Demokratischen Kulturbund / Börse	44-47
Witze	48

Lieber Leser



Um es vorweg zu sagen: die SPD-Wahlverluste erfreuen mich keinesfalls. Aber:

Da legen die SPD-Führer pausenlos Bekenntnisse für die Murkwirtschaft der Bosse ab, beweisen sie mit vielfältigen asozialen Maßnahmen, fordern ununterbrochen die Arbeitenden zur Kasse – und bekommen das alles nicht einmal von den Massen der Wähler honoriert! Das ist so enttäuschend, daß SPD-Präsident und Minister Eppler ins Philosophieren gerät: „Wenn wir alle weniger schwätzen würden, wären wir sicherlich eine bessere Regierung.“

Also: nicht so offen und oft erklären, daß die Macht der Banken unangetastet bleiben soll; daß die maßlose Bereicherung der Millionäre bei

weiterhin inflationierten Brieftaschen der Millionen als „Marktwirtschaft“ weitergehen soll; daß die Arbeitenden Opfer zu bringen haben für die Öl- und anderen Konzerne. Problemlösung nach Art der Bonner SPD-Vorstandsbaracke. Das alles jedenfalls ist kein Geschwätz, sondern spürbare Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Konsequenterweise schützte diese Regierung die Superreichen:

- als es um das Gangsterspiel der Ölkonzerne ging, sich durch ein kriminelles „Krisenspiel“ die Nase zu vergolden;
- als es um die Lüge der Bosse ging, Lohnerhöhungen über 10% würden zur Verschärfung der Inflation führen;
- als Demokraten massiv forderten, die verfassungswidrigen Berufsverbote endlich auf den Müll zu werfen;
- als die lernende und arbeitende Jugend verlangte, endlich Jugendgesetz im Interesse der Betroffenen zu formulieren.

Strauß und Kohl, Anführer des Clubs der Unternehmer (CDU) können sich auf die Schulter schlagen. Sie versprechen unverbindlich jedem alles, biedernd sich mit verlogenen Phrasen in demokratischen Bürgerinitiativen an und kehren Oppositionsbewußtsein für die SPD-enttäuschten Wähler heraus. Und das ist haargenau die gleiche CDU/CSU, die das vorprogrammiert hat, was auch für sozialdemokratische und FDP-Minister unantastbar ist: eine gesellschaftliche Ordnung, in der 1,4% der Bevölkerung mehr als 74% des Produktivvermögens besitzen.

Klopfen wir den Demagogen der CDU/CSU-Ableger Junge Union, Schüler-Union, RCDS auf die Finger, wenn sie von „mehr Demokratie“ faseln. Konfrontieren wir sie mit der konkreten Politik ihrer „Oppositionspartei“, die sich in wenigen Worten zusammenfassen läßt: die Reichen sollen noch reicher werden.

SPD-Wahlverluste zugunsten der CDU – das löst kein Problem. Das ist auch kein wirksamer Denkwort. Wer die Schnauze voll hat von einer Politik, die sich immer nur konsequent gegen seine eigenen Interessen richtet, sollte mal die DKP unter die Lupe nehmen. Und daraus Schlußfolgerungen ziehen. Denn: stille Sympathie reicht nicht.

Hans-Jörg Hennecke

(Hans-Jörg Hennecke)

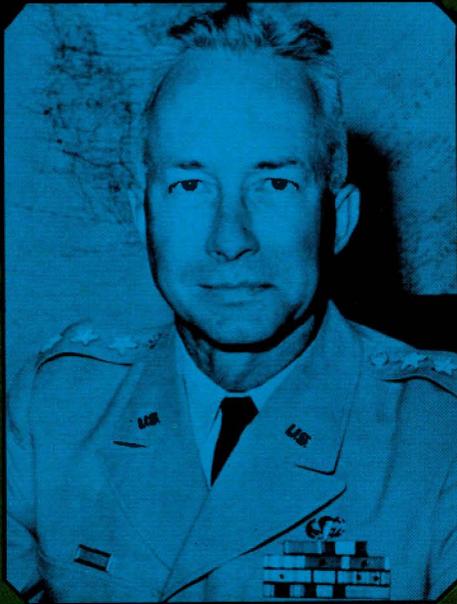
Dieser Ausgabe sind Beilagen des Bundesvorstandes der SDAJ und der Deutschen Volkszeitung beigelegt.

25 Jahre NATO - 25 Jahre „No to NATO“

21. April 1967: Panzer rollen durch die Straßen Athens. In allen Vierteln liegen erschossene Arbeiter, Angestellte, Studenten. Ermordet von den putschenden Militärs. Die Regisseure des Terrors sitzen in den Kommandozentralen der NATO. Das Drehbuch ist der Putsch-Plan „Prometheus“.

Sommer 1973: Im sogenannten „Fischereikrieg“ setzen mächtige NATO-Mitglieder ihren „Partner“ Island massiv, unter Einsatz von Kriegsschiffen unter Druck und beanspruchen Fischereigebiete vor der isländischen Küste.

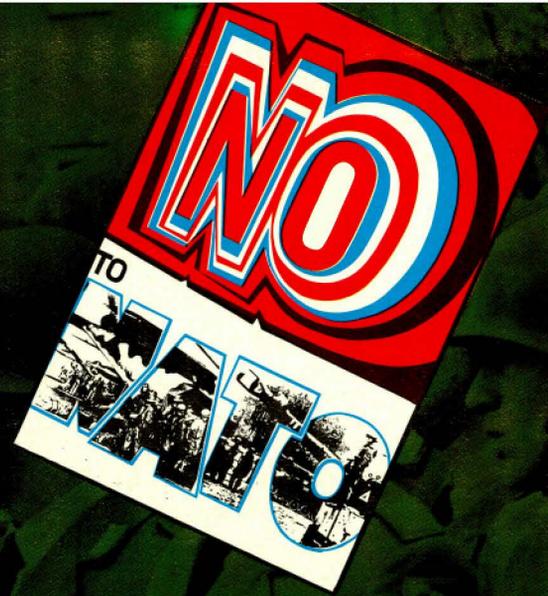
SONNE



Andrew Jackson Goodpaster, Vier-Sterne-General, 59 Jahre alt, seit 1934 Soldat, seit dem 1. Juli 1969 Oberster Alliiertes Befehlshaber der NATO in Europa. Ein Mann, der seit 40 Jahren die Geschäfte der amerikanischen Multimilliardäre wie Hughes, Ford, Rockefeller und ihrer Präsidenten betreibt. Ein Vertreter der Institution, von der die arbeitenden Menschen nichts zu erwarten haben als perfekt geplantes Blutvergießen . . .

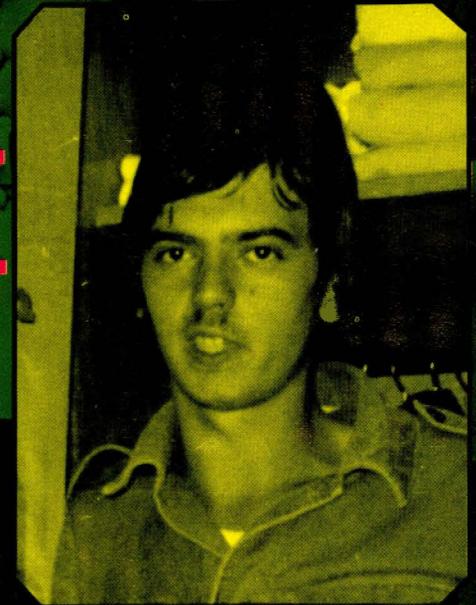


11. September 1973: In Chile stürzen putschende Militärs die gewählte Volksfrontregierung mit Hilfe des tonangebenden NATO-Mitglieds: Industrie, Regierung und Militärs der USA haben ihre Puppen tanzen lassen, die faschistischen chilenischen Militärs. Sonne, Mond und NATO-Sterne — das ist kein Kinderlied. Das ist die Geschichte militaristischer Drohungen, brutaler Erpressung und blutiger Unterdrückung. Ein Vier-Sterne-NATO-General und ein Bundeswehrsoldat geben Antwort auf die Frage, ob es uns in der Bundesrepublik etwas Tages passieren kann, daß wir (NATO-)Sterne sehen ...

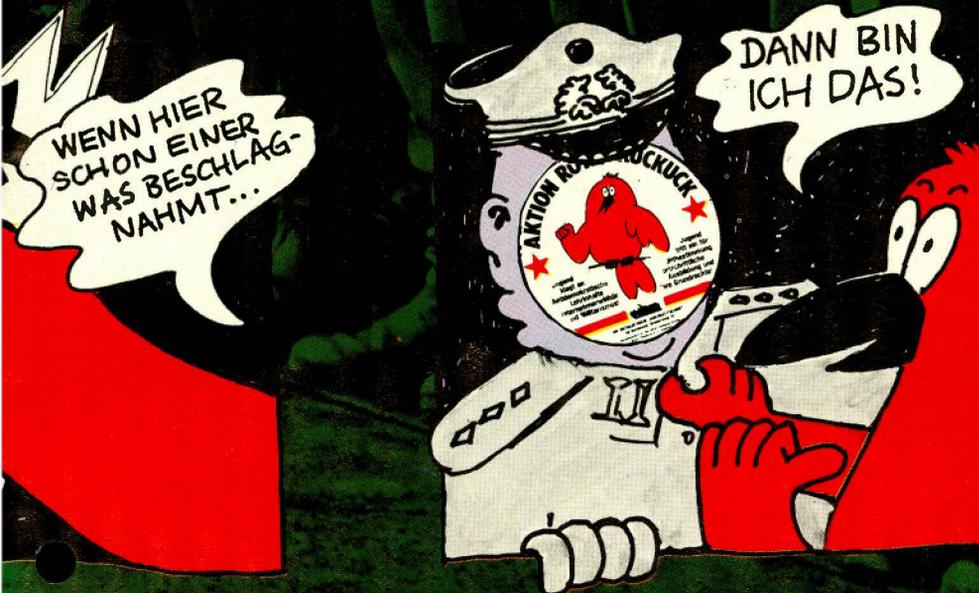


MOND & NATO-STERNE

Von Georg Rohde



Jürgen Pomorin, 21 Jahre alt, Pionier im 2. Schwimmbrückenbataillon 170 in der Niedersachsenkaserne in Dörverden, Wehrpflichtiger seit Juli 1973. Von Beruf ist er Bankkaufmann. Aktiver Gewerkschafter. Er setzt sich für seine Kameraden ein. Seine Vorgesetzten bezeichnen ihn als „Sicherheitsrisiko ...“





Andrew Jackson Goodpaster

Am 11. März 1969 richtete US-Präsident Richard Nixon eine Botschaft an den NATO-Generalsekretär Manlio Brosio: „General Goodpaster, der ein wertvoller Offizier mit außerordentlichen Kompetenzen ist, vollendet im Juni dieses Jahres das 30. Jahr seines aktiven Dienstes. Auf verschiedenen Befehlshaberposten erwarb er sich umfassende Erfahrungen, desgleichen beim Studium der militärischen Planung und der Theorie der Strategie. In den ersten Jahren des Bestehens des SHAPE („Oberstes Hauptquartier der verbündeten Mächte in Europa“ = wichtigste NATO-Kommandobehörde) diente er unter den Generalen Eisenhower und Gruenther, danach war er Befehlshaber einer der in Deutschland stationierten Armeen. Anschließend war er stellvertretender Vorsitzender des vereinigten Ausschusses der Generalstabschefs in Washington und Chef des Stabes der Generalstabsleitung. Gegenwärtig ist er stellvertretender Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Vietnam.“

Klar, für die NATO ist diese knappe Vorstellung eines Berufskillers und Massenmörders durch den US-Präsidenten eine ausgesprochene Empfehlung.

Am 1. Juli 1969 wird Andrew Jackson Goodpaster, der erfahrene Völkermörder, Oberster Alliiertes Befehlshaber in Europa. Und das ist der Werdegang Goodpasters: Am 12. Februar 1915 in Granite City im US-Bundesstaat Illinois geboren. Bereits mit 19 Jahren trat er in die Militärakademie ein, die er bis zum Jahr 1939 besuchte. In der Zeit zwischen 1950 und 1954 war er stellvertretender Stabschef bei der NATO und Berater des Generals Eisenhower.

1954 wurde Goodpaster stellvertretender Divisionskommandeur der 3. Infantriedivision in der Bundesrepublik, bis er 1961 zum Divisionskommandeur ernannt wurde. Zu einer Zeit also, als

in der Bundesrepublik die Remilitarisierung mit aller Hast und massiver Unterstützung der US-Regierung betrieben wird. Goodpaster gehört zu jenen, die aus der Bundesrepublik einen Schützengraben gegen die sozialistischen Länder gemacht haben.

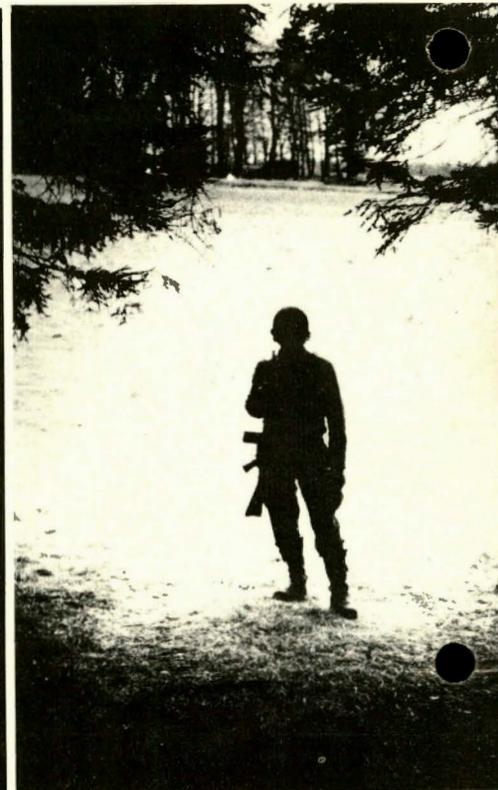
Das war die Zeit, in der in der BRD Franz-Josef Strauß Bundeswehrminister wurde und mit Waffenschiebereien von sich reden machte. Der Mann, dem beim bloßen Gedanken an die Verfügungsgewalt über Atomwaffen die Geschmacksfäden aus dem Mund hingen, der keine zehn Jahre vorher getönt hatte, daß ihm die Hand verdorren solle, wenn jemals wieder ein Deutscher eine Waffe in die Hand nehme.

Andrew J. Goodpaster wurde nach Washington zurückbeordert, wo er den letzten Schliff erhielt — als Chef aller Generalstabsleitungen, bevor er in Vietnam sein jahrzehntelang einprogrammiertes „Handwerk“ umsetzen konnte.

Eingreifen der NATO ist möglich

13. März 1968: US-Kriegsverbrecher dringen in das südvietnamesische Dorf My Lai ein, foltern und ermorden alle Einwohner, derer sie habhaft werden können, verbrennen alle Hütten. Mitverantwortlich ist der stellvertretende Oberbefehlshaber Andrew Jackson Goodpaster. Er trägt dazu bei, das Massaker zu verschleiern und zu beschönigen. Massenmord ist für ihn die alltäglichste Sache der Welt. Die US-Regierung denkt nicht daran, ihn zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegenteil: Goodpaster kommt nach Europa — als Befehlshaber der NATO-Truppen zwischen dem Nordpol und Nordafrika, von den Atlantikküsten Westeuropas bis zur Ostgrenze der Türkei. Damit ist er auch Befehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Europa und verfügt über ein gewaltiges Waffenarsenal. Darunter sind 2500 atomare Träger und rund 7200 atomare Ladungen.

Goodpaster ist für die NATO-Strategen genau der richtige Mann, der im „geeigneten“ Moment brutal zuschlagen kann. So konnte Springers „Welt“ keine drei Wochen nach dem US-geförderten Putsch in Chile im Hinblick auf mögliche Volksfrontregierungen in Europa triumphieren, „daß ein Einmischung von außen, eine bewaffnete Intervention der NATO, nicht auszuschließen ist, um ein kommunistisches Frankreich von Anfang an auszuschalten.“ Goodpaster ist ein professioneller Völkermörder in Lauerstellung. Die NATO bedroht unsere Sicherheit. Darum kann es nur eine Konsequenz geben: Raus aus der NATO!



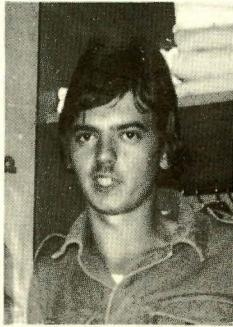
25 Jahre NATO

Seit Juli 1948 führte die Regierung der USA in Washington eine Serie von Geheimverhandlungen mit mehreren westeuropäischen Regierungen. Sie wollte ihre Bemühungen um die Bildung eines unter ihrer Führung stehenden Bündnis-system zum Abschluß bringen.

Am 4. April 1949 war es soweit: die Außenminister Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Islands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals und der USA unterzeichneten den Vertrag über die Bildung der NATO (North Atlantic Treaty Organization = Nordatlantische Vertragsorganisation). 1952 wurden Griechenland und die Türkei in die NATO einbezogen.

Das Bündnis hat eindeutig völkerrechtswidrigen aggressiven Charakter: Seine wichtigsten Merkmale sind die gegen die sozialistischen Länder gerichtete Aggressivität und die faktische Ablehnung der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Das wurde spätestens 1954 deutlich: Am 31. März stellte die Sowjetunion die Frage, ob sie dem Nordatlantischen Bündnis beitreten könne. Denn offiziell redeten die Herren der NATO nur von d



Jürgen Pomorin

In der Personalakte steht: „Keine Sicherheitsstufe! Militärisches Sicherheitsrisiko!“

Moment mal, wir sind nicht mehr bei NATO-General Goodpaster... Er wird bei der NATO und in den Bundeswehrakten nicht als Sicherheitsri-

25 Jahre „No to NATO“

friedlichen Zusammenarbeit der an der Organisation beteiligten Staaten. Die USA, England und Frankreich lehnten ab.

Am 5. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO.

An der Spitze der Militärorganisation der NATO steht als politisches Führungsorgan der NATO-Rat. Dem gehören Vertreter der 15 Mitgliedstaaten an.

Die unmittelbare militärische Führung der NATO-Streitkräfte erfolgt durch die Obersten NATO-Befehlshaber Europa, Atlantik, Ärmelkanal und die Regionale NATO-Planungsgruppe Kanada/Vereinigte Staaten.

Innerhalb der NATO kam es wiederholt zu Krisenerscheinungen, wenn einzelne Angehörige des Militärblocks sich dem Vormachtanspruch der führenden Mächte entziehen wollten. 1966 trat Frankreich aus der militärischen Integration aus.

Die Anteile der Mitgliedstaaten an den Unterhaltungskosten der NATO und dementsprechend am Einsatzentscheidungsrecht sind: USA und BRD je 35 Prozent; Großbritannien und Italien je 10 Prozent; Belgien, Niederlande, Griechenland und die Türkei zusammen 13 Prozent.

siko geführt. Es geht um den Bundeswehrpionier Jürgen Pomorin von dem 2. Schwimmbrückenpionierbataillon 170. Ein Soldat, wie es viele in anderen NATO-Armeen gibt, in der britischen, der italienischen der niederländischen oder der US-Armee. Er hat keine Spionage getrieben, keine LKW's hochgehen lassen, nicht mal den Kompaniechef verprügelt.

Er hat immer offen seine Meinung gesagt, hat ausgesprochen, was viele nur zu denken wagen, hat wenn nötig Beschwerden geschrieben und mit anderen Kameraden in demokratischen Soldateninitiativen zusammengearbeitet.

Wie war das? Jürgen Pomorin hatte seine Kaufmannslehre absolviert und war im Juli 1973 zur Bundeswehr eingezogen worden. Zu der Zeit — um kurz daran zu erinnern — als in der NATO wieder mal schwer was los war: die NATO-Staaten Großbritannien und BRD hatten ihren „Partner“ Island massiv unter Druck gesetzt, Kriegsschiffe wurden aufgefahren und Island im Streit um die Fischereigrenzen ausgepowert. Eine gefährliche Bedrohung der Sicherheit! Jürgen Pomorin begann seine Grundausbildung in Neumünster als Funker. Er ließ sich nichts gefallen, wurde von Zug zu Zug versetzt. Er erzählt selbst: „Nach sieben Wochen schmiß man mich aus der Fernmeldeausbildung — wegen angeblicher Mitarbeit an einer Soldatenzeitung und meiner Mitgliedschaft in der DKP und versetzte mich zu den Pionieren nach Plön. Dort war man offensichtlich froh, mich nach vier Wochen nach Minden abschieben zu können.“

Raus aus der NATO

Beschwerden, Anträge und verschiedene Aktivitäten machten Pomorin bald in der Mindener Kaserne bekannt. Verschiedene ungesetzliche und undemokratische Praktiken in der Kaserne gelangten an die Öffentlichkeit. Jürgen Pomorin war der Auffassung, daß reaktionäre Kasernennamen wie Hindenburg-Kaserne oder Rommel-Kaserne nicht mit der Politik der Verträge, der Entspannung zu vereinbaren sind. In einem anderen Fall wehrte er sich gegen die Praktiken des Kommandeurs, „Spenden“ für die Kriegsgräberfürsorge bei der Wehrsoldzahlung gleich einzubehalten. Mehrere Zeitungen berichteten über Vorkommnisse in der Kaserne. Die Soldatenzeitung „Knobelbecher“ berichtete fast vierzehntägig über Mißstände und Schikanen.

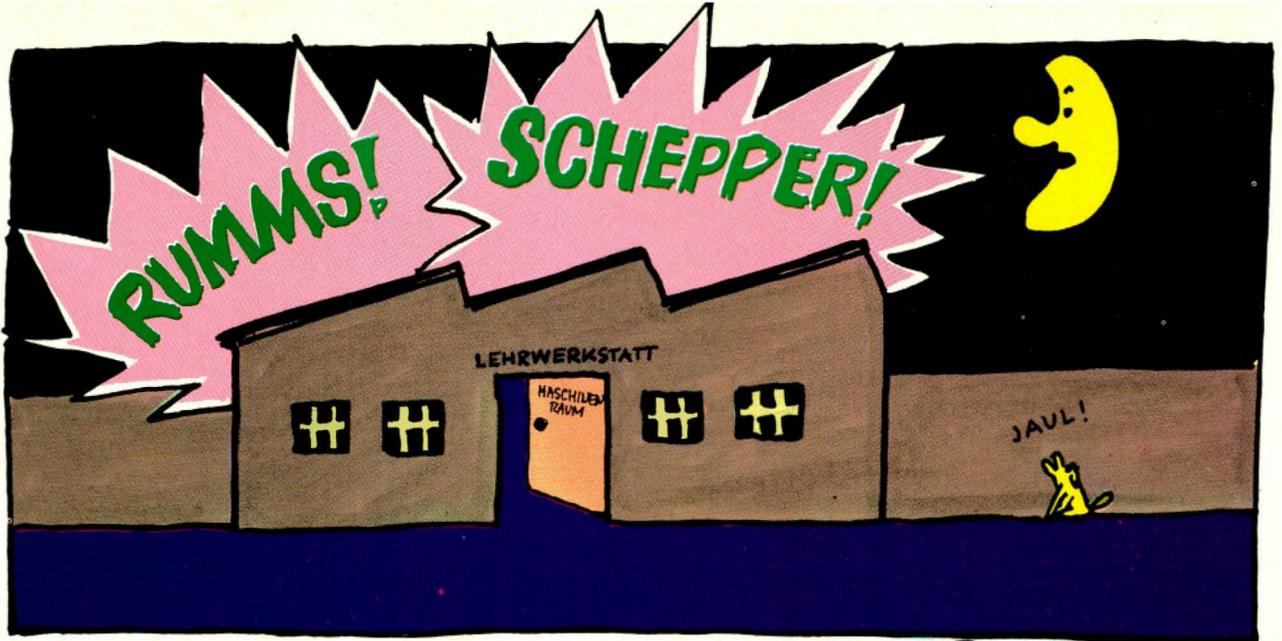
Nachdem Jürgen Pomorin in Uniform an einer Gewerkschaftsdemonstration teilgenommen hatte, reagierte der Kommandeur Oberstleutnant Rohde sauer, kündigte eine Arreststrafe an und versetzte Pomorin von der Schreibstube wieder in einen Kampfbataillon.

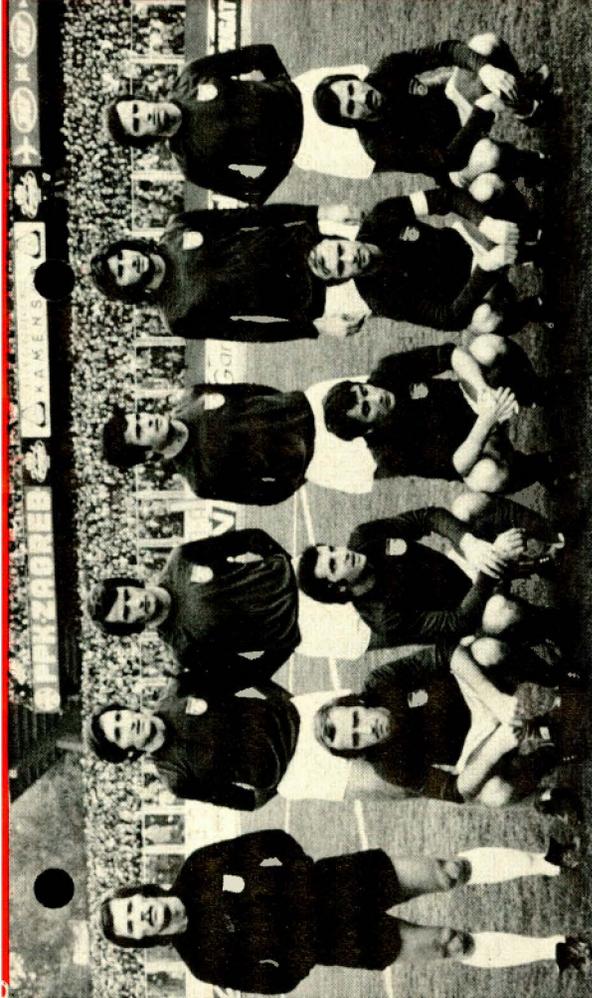
Die Kameraden blickten durch: „Wir haben sowieso damit gerechnet, daß er bald wieder in den Kampfbataillon kommt. Das mit dem Geschäftszimmer war nur, damit sie ihn besser unter Kontrolle haben und damit er die Schnauze hält. So nach dem Motto: ‚Mit Zuckerbrot und Peitsche‘. Bloß, daß sie an den Falschen geraten sind.“ Wieder einmal wußte sich die Bundeswehrführung nicht anders zu helfen, als Pomorin 80 Kilometer weiter nach Barme bei Verden an der Aller zur 2./170 zu versetzen. Innerhalb einer Stunde mußte er die Mindener Kaserne verlassen. Eine Protestresolution seiner Kameraden blieb ohne Erfolg.

Wie ist das nun mit der „bedrohten Sicherheit“? Jürgen Pomorin antwortet: „Ich bin ein kritischer und engagierter Soldat, aber ich bin kein Sicherheitsrisiko! Sicherheitsrisiken sind ganz andere. Ein Risiko sind Offiziere und Generale, die immer noch den Fall „Rot“ predigen und uns Soldaten für den Kampf gegen die sozialistischen Staaten ausbilden wollen. Ein Risiko sind diejenige, die Notstands- und Bürgerkriegsübungen befehlen und uns im Einsatz gegen streikende Arbeiter und Demonstranten trimmen wollen.“ Auch in Barme, wo Pomorin jetzt stationiert ist, mußten Soldaten im August vorigen Jahres den Einsatz gegen Demonstranten, die Schilder und Parolen wie „Gegen Atomkrieg“, „Für Abrüstung“ trugen, üben. Jürgen Pomorin: „Ist den Politikern das Beispiel Chile, wo faschistische Militärs mit einem Putsch die demokratisch gewählte Regierung Alendes gestürzt haben, nicht genug? Wir dürfen nicht zulassen, daß derartiges auch einmal bei uns passiert!“

Woche der Abrüstung

Am 22. April 1974 beginnt die UNO-Woche der Abrüstung. Die Bürgerkriegsstrategen in den Kommandozentralen der NATO und der Bundeswehr sollten diese Tage nicht so schnell vergessen. Mit Informationsständen und Aktionen sollten wir ihnen klarmachen: Wir wollen keinen Notstand. Wir wollen keine Putschisten. Wir wollen raus aus der NATO. Wir fordern von der Bundesregierung konstruktive Beiträge zu den Abrüstungsverhandlungen!

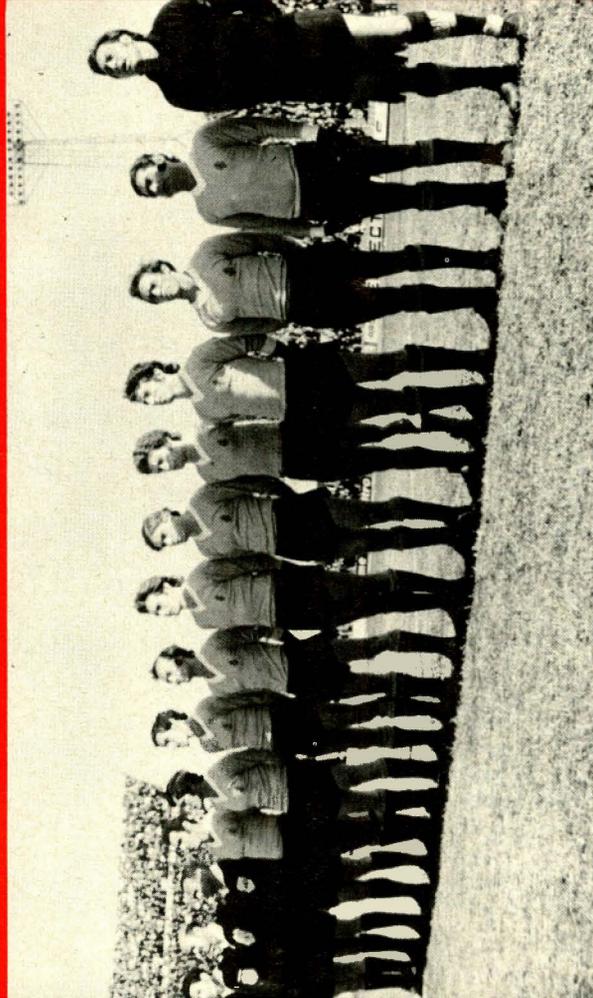




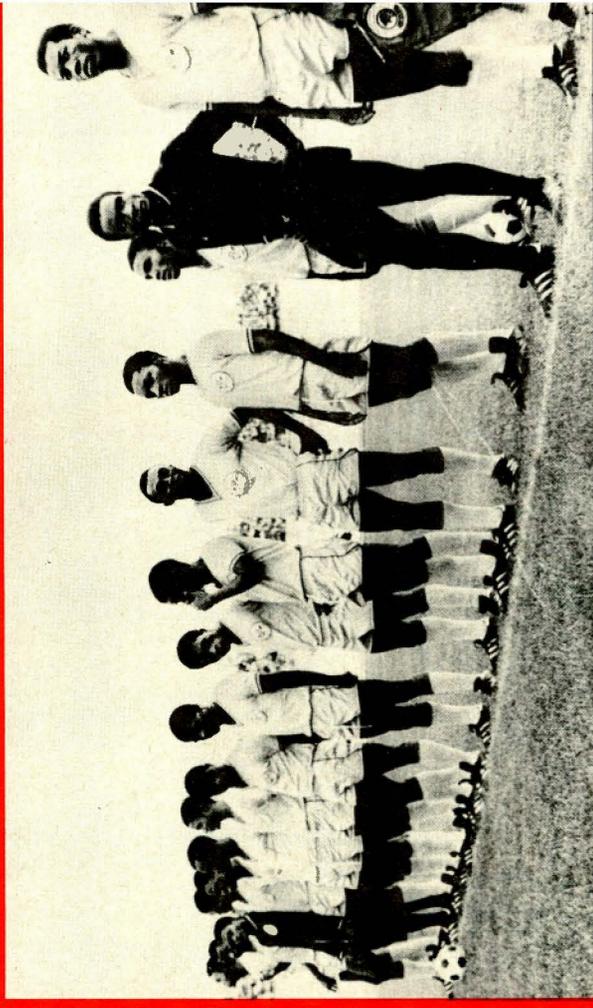
Jugoslawien: oben von links — Maric, Katalinski, Bajevic, Bjekowic, Bogicevic, Petrovic; unten von links — Oblak, Jerkovic, Acimovic, Parlovic, Vabici.



Schweden: von links — Olsson, Karlsson, Nordquist, Andersson, Grahl, Hof, Torstensson, Kindval, Edström, Sandberg, Hellström.



Uruguay: von links — Ubina, Bertocchi, Cardaccio, Masnik, de Simone, Milar, Morena, Esparrago, Zoryez, Cubilla, Santos.



Zaire: eine Mannschaftsaufstellung lag bis Redaktionsschluß nicht vor.

Zaire

Was den Fußball angeht, ist Zaire ein ziemlich unbeschriebenes Blatt. Die Fußball-Nationalmannschaft des Landes nimmt zum ersten Mal an einer Weltmeisterschaft teil und ist im internationalen Rahmen praktisch unbekannt.

Republik Zaire, Staat in Zentralafrika im Kongobecken; 2 345 409 qkm Fläche (zehnmal so groß wie die BRD), 22 Mio. Einwohner; Hauptstadt: Kinshasa (1,5 Mio. Ew.), Amtssprache: Französisch.

Im 15. Jahrhundert ein afrikanisches Reich und seit 1885 belgische Kolonie, wurde Zaire am 30. Juni 1960 unabhängig; erster Ministerpräsident wurde Lumumba. Interessiert an den gewaltigen Vorkommen an Bodenschätzen, zettelten die internationalen Monopole die Ermordung Lumumbas an und stürzten das Land in einen jahrelangen Bürgerkrieg, um ihre verlorenen Positionen wiederzuerlangen. 1966 wurde Zaire unter

Präsident Mobutu Präsidentschaftsrepublik.

In den letzten Jahren gelang es der Republik, die Wirtschaft zu stabilisieren und Maßnahmen zur Festigung der nationalen Einheit durchzuführen. Eine unabhängige Voraussetzung für diese Erfolge war die Auseinandersetzung mit den imperialistischen Monopolen, vor allem die Entmachtung der einst allmächtigen Union Minière, und die Schaffung eines staatlichen Sektors in der Wirtschaft, dessen stärkste Stütze die Bergbaugesellschaft GECAMINES ist. Während die Regierung ausländische Investitionen in kleinere und mittlere Betriebe verboten hat, betreibt sie insgesamt eine Politik der Heranziehung ausländischen Kapitals und der Förderung privater Investitionen unter staatlicher Kontrolle.

Außenpolitisch festigte sich Zaire durch die Förderung der Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten und durch die Unterstützung der Befreiungsbewegungen.

Uruguay

Eine Fußballmannschaft aus Uruguay nahm bisher an sechs Weltmeisterschaften teil und wurde zweimal Weltmeister (1930 und 1950). Zweimal verlor die Mannschaft die Spiele um Platz drei. Zuletzt 1970 in Mexiko gegen die BRD-Mannschaft. Zur Zeit gibt es im Uruguay der Militärdiktatur nicht einmal einen Nationaltrainer. Uruguay, Republik Uruguay (Republica Oriental del Uruguay); Militärdiktatur im Südosten Südamerikas; 186 926 Quadratkilometer; (1970) 2,9 Millionen Einwohner; Hauptstadt Montevideo; Verwaltungsgliederung in 19 Departementos (Bezirke); Amtssprache Spanisch. Zunächst von Indianern dünn besiedelt, wurde Uruguay 1516 entdeckt. Ab 1776 gehörte Uruguay als „Banda Oriental“ zum Vizekönigreich Rio de la Plata. Nach dem Sturz der spanischen Macht in Argentinien (1810), kam es zum Streit zwischen Argentinien und Brasilien um das Land, der

mit der Unabhängigkeit Uruguays endete.

Die endgültige Stabilisierung der republikanischen Verhältnisse wurde Anfang dieses Jahrhunderts mit der Einführung bedeutender bürgerlich-demokratischer Reformen erreicht.

Nach dem 2. Weltkrieg ging die wirtschaftliche Vorherrschaft von Großbritannien auf die USA über. 1961 erkämpfte sich die Arbeiterbewegung eine einheitliche Gewerkschaftszentrale. Nach dem Generalstreik von 1969 kam es 1971 zur Bildung der „Breiten Front“ (Frente Amplio), die eine fortschrittliche Politik vertrat und bei den letzten Wahlen unter Leitung des Generals a. D. Seregne bedeutende Erfolge errang. Diese nahm die Reaktion zum Anlaß, mit dem Staatsstreik vom 27. Juni 1973 unter Führung von Bordaberry, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen. Die fortschrittlichen Parteien sind verboten, aber starke demokratische Kräfte setzen dem Regime spürbaren Widerstand entgegen.

Schweden

Zum fünften Mal nimmt eine schwedische Mannschaft an einem WM-Endturnier teil: 1950 — dritter Platz, 1958 — zweiter Platz. Die Mannschaft qualifizierte sich gegen Österreich, Ungarn und Malta zur WM '74. Länderbilanz gegen die BRD: 11 Siege, 4 Unentschieden, 7 Niederlagen.

Schweden, Königreich Schweden (Konungariket Sverige); parlamentarisch regierte Erbmonarchie in Nordeuropa; 449 793 Quadratkilometer; (1970) 8 Millionen Einwohner; Hauptstadt Stockholm; Verwaltungsgliederung in 24 Län (Provinzen) und die Stadt Stockholm; Amtssprache Schwedisch.

Um das Jahr 1000 wurde Schweden erstmals geeinigt, nachdem zuvor die Wikinger von Schweden aus ausgedehnte Raub- und Handelszüge unternommen hatten. Die Christianisierung förderte die feudale Entwicklung des Landes. Im 14. Jahrhundert erfolgte durch Verbindung mit Nor-

wegen die größte Ausdehnung Schwedens. 1397 wurden unter dänischer Führung die drei skandinavischen Reiche in der Kalmarer Union zusammengeschlossen. Im 15. Jahrhundert gewann Schweden seine Selbständigkeit im Rahmen der Union wieder. Die dänische Vorherrschaft wird gebrochen.

Schweden griff in den dreißigjährigen Krieg ein, den es wie einige andere Kriege zu dieser Zeit auf Grund seiner ökonomischen Stärke erfolgreich überstand. Anfang des 18. Jahrhunderts, wurde Schwedens Großmachtstellung gebrochen, das Ende des Feudalzeitalters hatte begonnen.

Mitte des 19. Jahrhunderts setzte eine starke Industrialisierung ein. Die Arbeiterbewegung erstarkte. 1920 konnten die Sozialdemokraten die Mehrheit im Parlament erringen. Schweden verfolgt seit Jahrzehnten eine neutrale Außenpolitik. Die sozialdemokratische Regierung Schwedens betreibt aber eine Politik der Ablehnung an die EG.

Jugoslawien

Erst am 13. Februar konnte sich die jugoslawische Mannschaft durch einen Erfolg über Spanien die Teilnahme an der WM '74 sichern. Fünfmal mischte eine jugoslawische Mannschaft bisher bei WM-Endturnieren mit. Länderbilanz gegen die BRD-Mannschaft: 7 Siege, 1 Unentschieden, 9 Niederlagen. Jugoslawien, Sozialistische

Föderative Republik Jugoslawien, SFRJ; sozialistischer Staat in Südosteuropa; 255 804 Quadratkilometer, (1970) 20,6 Millionen Einwohner; Hauptstadt Belgrad; Föderation der sechs sozialistischen Republiken Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro; Amtssprachen Serbokroatisch, Slowenisch und Mazedonisch.

Im 6./7. Jahrhundert wurde das Territorium des heuti-

gen Jugoslawien von Slawen besiedelt. Eine feudale Gesellschaft entwickelte sich. Seit dem 14. Jahrhundert unterwarfen sich die Türken große Teile dieser Gebiete. In der gleichen Zeit, bis Ende des 17. Jahrhunderts, gerieten die Nordslawen unter die Herrschaft der Habsburger Monarchie. Österreich eroberte schließlich auch die südslawischen Gebiete. 1918 wurde ein jugoslawischer Staat als Monarchie gegründet.

1941 nach dem Überfall der deutschen Faschisten auf Jugoslawien, floh der König. Eine starke Volksbefreiungsbewegung entstand, in der sich besonders der heutige Regierungschef Josip Broz-Tito einen Namen machte. Gemeinsam mit der Sowjetarmee erkämpfte sie die Befreiung Jugoslawiens vom Faschismus.

Jugoslawien arbeitet in verschiedenen Organen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe mit.

Außerdem beteiligt sich das Land an den Aktivitäten der nichtpaktgebundenen Länder.

elan - LESER TESTEN elan



Der Briefträger ist sauer, aber wir freuen uns trotzdem. Unser täglicher Postberg wächst und wächst. Denn: elan-Leser machen mit beim Test ihres Jugendmagazins. Und sagen, wo elan tolle ist und wo die Redakteure einen Zahn zulegen müssten. **Und genau das ist es, was wir wissen wollen. Nur so kann sich elan noch besser den Wünschen seiner Leser annehmen.** Wer den Testbogen (Mittelseiten der März-Ausgabe) nicht mehr hat, kann bei uns weitere anfordern.

Und noch etwas: nicht nur selbst mit elan erfolgreich kämpfen! Gewinnt eure Freunde, Kollegen und Bekannten als Abonnenten! Die Redaktion läßt sich nicht lumpen. Das gibt es als Werbeprämien: Für eine Werbung: Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus oder ein elan-Skatspiel. Für drei Werbungen: Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904-1945 oder eine Original DDR-Schallplatte

aus unserem Programm nach freier Wahl. Für fünf Werbungen: eine Original - Chant-Du-Monde-Schallplatte (internationale Folklore) aus unserem Programm oder Bücher nach freier Wahl im Wert von 20 DM. Für den Anfang haben wir hier einige Bestellscheine vordruckt. Weitere können bei uns angefordert werden! Die Redaktion wünscht viel Erfolg beim Kampf mit und für elan!

Ich bestelle ab _____

bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute, elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

Name _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift: _____

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund Brüderweg 16



Ich bestelle ab _____

bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute, elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

Name _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift: _____

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund Brüderweg 16



Ich bestelle ab _____

bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute, elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich Zustellgebühr)

Name _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift: _____

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund Brüderweg 16



DER ROTE KUCKUCK IN AKTION



Kalte Krieger

Der Herr Direktor Götz der Gewerbeschule Whm. fühlte sich berufen, den „Verteidigungswillen“ seiner Schüler anzustacheln. Dazu hängte er in der Eingangshalle eine verlogene Statistik aus, die beweisen sollte, wie ungeheuer die sozialistischen Staaten rüsten!

Statt wachsender Wehrbereitschaft bekam Götz den „Roten Kuckuck“ an den Hals, der das üble Machwerk pfändete. Gleichzeitig erhielt der Direktor eine Ehrenurkunde als verdienstvoller „Kalter Krieger“. Und die Arbeiterjugend schrieb ihm ihre Forderungen ins Stammbuch: „Weg mit dem Wehrkundenerlaß!“ „Runter mit dem Rüstungsetat!“

Schwabach

Lügen haben kurze Beine

„Zack und Flatsch und Kuckuck drauf!“ Das war mal endlich fällig bei der Fa. Bergner in Schwabach. Die Lehrlinge dürfen dort nicht selbst entscheiden, ob sie Werkzeugmacher, Maschinenschlosser oder Dreher werden wollen. Sie müssen sich NPD-Phrasen anhören. Zur Tagesordnung gehören Tätigkeiten wie: Brotzeit holen, Maschinen putzen, Werkstatt fegen usw. Die Lehrlinge berichteten später bei einem „Round-table-Gespräch“, daß die Ausbilder den ganzen Tag über versucht hätten, die Argumente in den Wind zu schlagen. Wie wenig ihnen das gelungen ist, zeigt die Tatsache, daß die Lehrlinge jetzt öfter zu den „Round-table-Gesprächen“ der SDAJ kommen.

Wolfenbüttel

Weltmeister im Ausbeuten

Die Kollegen von Coptex genossen bis vor kurzem den riesigen Vorzug, einen Betriebsrat aus leitenden Angestellten zu haben. Das hat schon Erfolge gezeigt: Laut Tarifvertrag verdienen die Kollegen mindestens 5,87 DM pro Stunde. Der hausbackene Tarif von Coptex be-

wegt sich für eine Laborantin auf der schwindelnden Höhe von 4,30 die Stunde. Für Überstunden gibt es statt 7,30 stolze 5,—.

Statt von einem qualifizierten Ausbilder geschult zu werden, sind die Lehrlinge einem Refa-Menschen ausgeliefert. Darum dürfen sie auch nach dem System der Leistungskurve arbeiten, was einem versteckten Akkord entspricht. Dank mangelndem Arbeitsschutz rollten in der letzten Zeit in der Dunkelkammer einige Finger (Coptex-Guillotine).

Auf Grund dieser hervorragenden Leistung in der Ausbeutung wurde die Coptex-Großlabor-Sippe vom „Roten Kuckuck“ gepfändet. Entsprechend des Anlasses erschien er in großer Aus-

Gelsenkirchen

„... kommt ein Kuckuck geflogen!“

Hubert Kogge, genannt HUKO, Besitzer der HUKO-GmbH & Co. KG, seines Zeichens erkaufter „Generalkonsul von Zypern“, erkaufter Dr. „ehrenhalber“, mehrfacher Millionär will 130 Arbeiter und Angestellte und 32 Lehrlinge auf die Straße setzen. Darum pfändete der „Rote Kuckuck“ das Vermögen des schweinereichen Unternehmers und seinen Betrieb. „Die Gelsenkirchener Arbeiterjugend sieht nicht länger zu, wie die Bosse Riesengewinne machen, ihr Kapital ins Ausland schaffen und den Arbeitern und Lehrlingen höhere Löhne und das Recht auf gesicherte Arbeitsplätze vorenthalten.“

Statt dessen forderten die Jugendlichen: Enteignung des Gesamtvermögens von HUKO, wirksame Mitbestimmung für die Arbeiter und Lehrlinge und gesicherte Arbeits- und Ausbildungsplätze!





Bremen

Erst gepfändet, dann begraben

5000 Unterschriften und der „Rote Kuckuck“ taten dem bremischen Bildungssenator Thape kund, daß die Lehrlinge und Schüler Bremens nichts von seinem Schüler-

verwaltungsgesetzentwurf (SVG) halten. Für die Schulkonferenz gibt es keine Drittelparität; ihre Entscheidungen können jederzeit aufgehoben werden. Der Einfluß der Unternehmer auf Schule und Berufsschule soll erweitert werden, während DGB und Jugendorganisationen von jeder Einwirkung auf die Entwicklung des Bildungswesens ausgeschlossen werden.

Ein solches SVG entspricht nur den Interessen der Bosse. Darum trug die arbeitende und lernende Jugend Bremens den SVG-Entwurf symbolisch zu Grabe.

Hamburg

„Kuckuck“ gegen Landsmannschaften

Der „Rote Kuckuck“ schlug im Karolinenviertel zu. Die SDAJ fordert dort seit langem ein Haus der Jugend und hat auch schon zahlreiche Unterschriften dafür gesammelt. Es gibt auch schon ein Gebäude, das hervorragend geeignet ist: Das „Haus der Heimat“. 22 Räume, einen großen Saal und einen großen Keller hat das Haus. Die Räume werden durchschnittlich eine Stunde täglich genutzt. Aber nicht von Jugendlichen des Karolinenviertels, sondern von Berufsvertriebenen, Landsmannschaften und der „Deutschen Jugend des Ostens“ (DJO). Und das alles wird vom Hamburger Senat finanziell unterstützt. Allein die DJO kassiert jährlich 30 000 DM aus dem Steuersäckel. Dafür müssen sich die Jugendlichen im Karolinenviertel in teuren Diskotheken und Kneipen rumdrücken. Jetzt wurde das Haus vom „Roten Kuckuck“ beschlagnahmt!



Bonn

„Roter Kuckuck“ haute auf den Putz!

„...Wir sehen uns daher veranlaßt, das bestehende Arbeitsverhältnis wegen mangelnder Arbeitsleistung fristgemäß... zu kündigen.“ So steht es in einem Schreiben der Fa. Nico/RSW (Rheinische Schmirgelwerke). Noch im Dezember wurde auf der Betriebsversammlung bekanntgegeben, daß der Umsatz bei Nico/RSW um 20 Prozent gestiegen sei. Und nun sieben Entlassungen!

Die Sieben sind keine Einzelfälle. Bereits 1973 sind zahlreiche Kollegen wegrationalisiert worden. Z. B. wurden fünf der Betroffenen „eingespart“, indem in der NEUEN ANLAGE von drei auf eine Schicht umgestellt wurde.

Auf die Profitsucht der Bosse knallt der „Rote Kuckuck“ sein Pfandsiegel! Und viele Kollegen meinten: „Endlich haut mal einer auf den Putz!“



Bianca Pilder, als Jugendvertreterin bei VDO gefeuert, findet keine neue Arbeitsstelle. Im Frankfurter Metallunternehmen Hartmann & Braun war Bianca genau sieben Tage. Dann bekam sie ihre Papiere. Der dritte Rausschmiß traf sie bei der zum IIT-Konzern gehörenden Firma Alfred Teves. Während der Probezeit wurde sie gekündigt. Angegebener Grund: schlechte wirtschaftliche Lage. Bianca Pilder war kaum draußen, da annoncierte die gleiche Firma nach einer neuen Angestellten. Sie übernahm Biancas Arbeitsplatz.

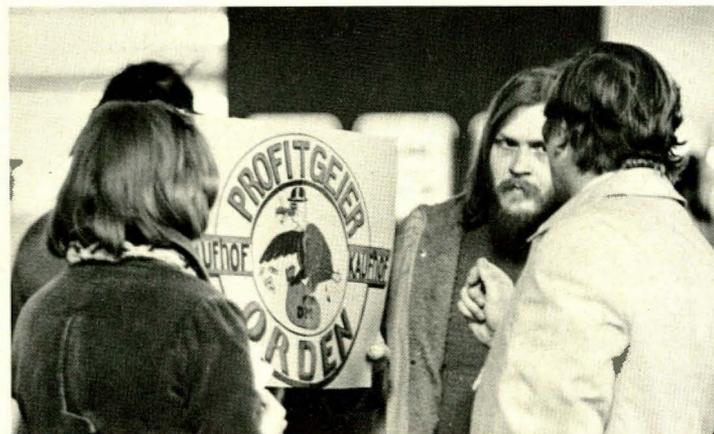
Auf der VII. Bezirksjugendkonferenz in Hagen faßten die Delegierten der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten wichtige Beschlüsse für die weitere Arbeit. Sie forderten eine grundsätzliche Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes; die Verbesserung des Berufsbildungsgesetzes; einen Urlaub von 36 Werktagen, Prozenttarif für Lehrlinge, mindestens aber 600 DM. Die Delegierten regten Patenschaften für Emigranten aus Chile an und sammelten auf der Konferenz 244,20 DM.

Nach wie vor versuchen die Bosse mit allen allen Mitteln, unbecueme Gewerkschafter loszuwerden. Dietmar Zielke, Jugendvertreter bei der Albert-Chemie AG in Hamburg, verlangte gemäß dem neuen § 78a des Betriebsverfassungsgesetzes seine Weiterbeschäftigung nach der Prüfung. Als er am 1. Februar in Begleitung des Betriebsrats seine Arbeit aufnehmen wollte, wurde ihm dies von der Geschäftsleitung verwehrt. Nur Solidarität kann die Bosse zwingen, Gesetze einzuhalten, die ihnen nicht in den Kram passen!

Arbeiterjugend...

Gegen die Profitsucht der Bosse hilft nur Solidarität.

Diese Tatsache dokumentierte die SDAJ Hagen in einer publikumswirksamen Aktion. Die Polizei versuchte Teilnehmer und Passanten einzuschüchtern, indem sie eifrig fotografierte und die Personalien der Teilnehmer feststellte. Das tat aber der Aktion keinen Abbruch!



Bremerhaven: SDAJ-Aktion zum Jugendarbeitsschutzgesetz. Zuerst befragten die „Reporter der Arbeiterjugend“ zahlreiche Lehrlinge, ob sie die Gesetzesbestimmungen kennen und welche Erfahrungen sie mit der Einhaltung gemacht haben. Die katastrophalen Ergebnisse wurden auf einem Flugblatt veröffentlicht. Während der Aktion wurde ein Lehrlingsstandbild enthüllt, das die Spuren der vielen Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz zeigte.

...in Aktion

An den Schaufenstern des Kaufhofs in Köln prangte der Profitgeier-Orden. Durch Leistungsdruck und ein raffiniertes Prämiensystem war es den Kaufhof-Bossen gelungen, bei einer Vergrößerung der Verkaufsfläche 2,9 Prozent der Belegschaft „einzusparen“. Diese Leistung wurde mit dem Orden in der Öffentlichkeit gebührend gewürdigt!

SDAJ

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

Zur aktuellen Diskussion über ein neues Berufsbildungsgesetz

Die SDAJ hat keine andere Lösung gegenüber der bestehenden Situation... (text continues)

ARBEITERJUGEND

Die Arbeiterjugend fordert 1974 endgültig ein Berufsbildungsgesetz... (text continues)

Wie die Arbeiterjugend heute ausgebildet wird, so wird sie morgen leben. Aber die Bildung und Ausbildung, die die Jugend heute in der BRD erhält, ist auf die Welt von gestern, auf die Profitinteressen der Bosse abgestimmt. Die Arbeiterjugend fordert 1974 endgültig ein Berufsbildungsgesetz, das ihren Interessen entspricht. Die „Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung (Markierungspunkte)“ der Bundesregierung stimmen nicht überein mit den Forderungen, die von Jugendorganisationen und Gewerkschaftsjugend immer wieder erhoben wurden. Die Diskussion über die Markierungspunkte ist breit angelaufen. Zur aktuellen Diskussion über ein neues Berufsbildungsgesetz ist bei der SDAJ eine Stellungnahme erschienen. Anfordern bei: SDAJ, 46 Dortmund, Sonnenscheingasse 8.

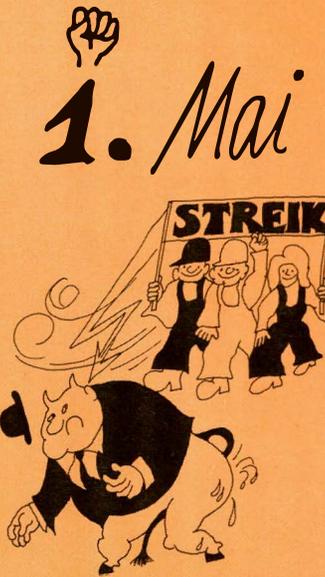
Der 1. Mai ist rot!

Geschenkt wird uns nichts. Was wird, entscheidet unsere Tat! Was für die Jugend der BRD beim Berufsbildungsgesetz herauskommt — das hängt von unserer Aktivität ab. Daß in gemeinsamer Aktion viel zu erreichen ist, hat das vergangene Jahr bewiesen: Die Bosse holten zum großen Schlag aus — über 600 Jugendvertreter flogen.

Aber die Bosse hatten sich verrechnet. In großen Demonstrationen erzwang die Arbeiterjugend eine Veränderung im Betriebsverfassungsgesetz, die den

Jugendvertretern eine größere Sicherheit gibt. Daß das noch nicht ausreicht, steht auf einem anderen Blatt. Der 1. Mai — das ist der Tag, unsere Forderungen auf die Straße zu bringen, zu zeigen: für diese Forderungen stehen wir ein! Was läuft bei euch am 1. Mai? Habt ihr euch schon bei eurer Gewerkschaftsjugendgruppe erkundigt? Die Losungen diskutiert?

Gegen die Macht der Bosse haben wir nur eine Waffe — den gemeinsamen Kampf: und das nicht nur am 1. Mai!



Numerus clausus für Lehrlinge?

Der 1. April 1974, der für die Schulabgänger ein Start in den „Ernst des Lebens“ werden soll, wird für viele ein Fehlstart werden. Alarmierende Nachrichten kamen aus Nürnberg von der Bundesanstalt für Arbeit: 269 500 Lehrlinge werden in diesem Jahr zur Verfügung stehen. Darauf kommen 371 400 Schulabgänger. Für über 100 000 von ihnen wird es also keine Berufsausbildung geben. Was wiederum heißt: das werden immer wieder die ersten sein, die bel jeder Krise auf die Straße fliegen.

Und warum müssen 100 000 Jugendliche als Hilfsarbeiter gehen? Warum bieten die Firmen rund 40 Prozent weniger Lehrstellen an? Die Bosse haben viele wohlthönende Gründe: Ökrisis (natürlich!), allgemeiner Konjunkturrückgang usw. Dr. Harry Melsel, Leiter der Berufsberatungsabteilung bei der Bundesanstalt für Arbeit, formulierte es vorsichtig so: „Schließlich

spielen verschiedentlich auch Unsicherheiten in der Beurteilung der Entwicklung des beruflichen Ausbildungssystems durch die Betriebe eine Rolle.“

Die Bosse spielen skrupellos ihre wirtschaftliche Macht aus, um jeden Ansatz einer Verbesserung der Berufsausbildung aus den Weg zu räumen. Darum werden 100 000 Jugendliche keine Berufsausbildung bekommen! Für die Bosse lohnt sich Lehrlingsausbildung nur, wenn für ihren Profit etwas dabei herauspringt!

Von dem Rückgang an Lehrstellen ist der industrielle Bereich stärker betroffen als der handwerkliche. Es sind in den Großbetrieben, wo im Vergleich zum Handwerk noch eine relativ gute Ausbildung möglich ist, viele Lehrplätze gestrichen worden. Dadurch gibt es nicht nur weniger Ausbildung, sondern auch noch schlechtere. Mit diesem Konzernherren-

Terror muß Schluß gemacht werden. Das Grundgesetz verpflichtet die Bosse, ihr Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit zu verwenden. Die Bosse sind aus lauter Profitsucht nicht in der Lage, die Berufsausbildung im Sinne der Allgemeinheit durchzuführen. Deshalb müssen Gewerkschaften und Jugendvertreter hier ein entscheidendes Wort mitreden! Wir brauchen ein Berufsbildungsgesetz, in dem klipp und klar der Grundsatz vorgeschrieben ist: Ausbildungspflicht für Konzerne, Ausbildungsrecht für Jugendliche.



Das Allerletzte

„Ausbilder sind für die Ausbildung ausgebildete Mitarbeiter, die vom Auszubildenden beauftragt sind, Auszubildende auszubilden.“

Aus Hamburgs neuem Berufsausbildungsgesetz.

Das „Lehr-links-info“ in Dortmund brachte, zur Unterstützung der Forderungen der Lehrlinge nach mehr Lohn, eine Hitparade: nicht die von Radio Luxemburg, nicht von Ilja Richter, sondern die Unternehmer-Hitparade aus Bonn.

Platz 10: In dieser Woche zum ersten Mal in der Hitparade! Vom 16. Platz ein großer Sprung nach vorn: das Lied von den „KANTINENPREISSEN“.

Platz 9: Vom 8. auf den 9. Platz abgerutscht: der „KINO- PREISBLUES“.

Platz 8: Ein Schlager, von dem wir in Zukunft noch mehr hören werden. Ein heißer Rock mit dem vielversprechenden Titel: „DIE BENZINPREISE STEIGEN HEITER — AUF DER HÜHNERLEITER“.

Platz 7: Auf diesem Platz in dieser Woche der Beitrag der BRD auf dem EWG-Preisschlager-Festival. Bei diesem internationalen Festival wurde leider nur der 3. Platz belegt. Ein Evergreen aus der guten alten Zeit: „LEBENSMITTEL- PREIS-PLATTLER“.

Platz 6: Schon seit Wochen auf diesem Platz das Lieblingslied von Hermann Josef Abs; eine traurige Geschichte von einem armen Unternehmer mit der Musik aus dem gleichnamigen Film: „PREISSTORY“.

Platz 5: In dieser Woche zum ersten Mal in der Unternehmer-Hitparade — ein Senkrechstarter sozusagen — vom 19. auf den 5. Platz: „FAHR- PREISROCK“.

Platz 4: Wie schon in der letzten Woche das alte rheinische Schunkellied „HEILE, HEILE BIERPREIS“ mit dem bekannten Volksänger Alois Schrappsack.

Platz 3: Auch dieser Hit hat einen starken Aufwärtstrend: das Lied mit der bekannten Beatgruppe Alice Wucher: „MIETPREIS YEAH YEAH YEAH“.

Platz 2: Schon seit einigen Wochen liegt ein Schlager an der Spitze, der bereits in vielen schönen Heimatfilmen verwendet wurde: „DER ZIGARETTENPREISBARON“.

Platz 1: Unangefochten seit Monaten vorn — von der Platte wurden mittlerweile in Unternehmerringen ganze 500 Stück verkauft — das Lieblingslied aller Unternehmer: „SPIEL MIR DAS LIED VON DEN PREISSTEIGERUNGEN“.

„Pro Familia“

Was tun, wenn der Arzt sich weigert, die Pille zu verschreiben? Weil man zu jung ist? Oder weil er überhaupt dagegen ist?

Eine Möglichkeit: die Beratungsstellen von „Pro Familia“. Welche Hilfe man dort finden kann und wo die Beratungsstellen sind, lest ihr hier.

Von Werner Loch

Verliebt und doch Probleme! Die sicheren Verhütungsmittel kann man eben nicht wie ein hübsches Kleid in der Boutique kaufen. Brigitte Stoll, 16, Verkäuferin: „Mit meinen Eltern konnte ich gar nicht darüber reden. Zum Arzt wollte ich erst auch nicht gehen. Ich wohne praktisch auf dem Dorf. Mein Freund hat dann am Automaten „Pariser“ gezogen. Aber ich finde die viel zu kompliziert. Man denkt immer daran, daß bloß nichts passiert. Ich hatte immer Angst, bin ja auch noch in der Lehre. Dann bin ich einfach zum Arzt gegangen. Aber der meinte, ich sei noch zu jung für die Pille. Richtig untersucht hat er mich gar nicht.“ Die „Aktion Familienplanung“ stellt fest:

„Rund 30 Prozent der Mädchen, die heiraten, ‚weil sie ein Kind bekommen‘, sind unter 20 Jahren und damit nach Meinung der Psychologen zu jung für eine Familiengründung. Die hohe Scheidungsquote der Ehen, die unter solchen Voraussetzungen geschlossen

werden, gibt den Psychologen recht.“ (Broschüre über Empfängnisregelung; zu bestellen bei: Aktion Familienplanung L 4, 7 Stuttgart 1, Postfach 1301.) Von einer Freundin bekam Brigitte die Adressenliste der Beratungsstelle von „Pro Familia“. Diese Einrichtungen gibt es schon seit über zwei Jahren; aber richtig bekanntgeworden sind sie erst durch große Anzeigen in Illustrierten und durch die „Broschüre über Empfängnisregelung“. Die Bundesregierung hat diese Broschüre in einer Auflage von 2 Mill. Exemplaren herausgebracht und auch die Anzeigen finanziert.

Brigitte: „Zuerst war ich ja skeptisch. Aber jetzt bin ich froh, daß ich hingegangen bin. Es war wie in einer normalen Praxis. Ich sprach mit der Ärztin über meine Situation. Es war nicht — wie üblich — ein Drei-Minuten-Gespräch. Dann gab sie mir eine Packung Pillen. In einem Monat solle ich wiederkommen und erzählen, wie ich diese Pillen vertragen hätte. Al

DIE PILLE MIT

Beratungsstelle von „Pro Familia“:
Hier können junge Mädchen Hilfe
finden.

PRO
FAMILIA

PRO
FAMILIA

EMPFÄNGNISREGELUNG · SEXUALBERATUNG

wieder hinausging, fragte mich die Sekrätarin, ob ich nicht für die erste Beratung 5 DM als Spende bezahlen könne; die weiteren Beratungen würden 2 DM kosten. Die 5 DM habe ich gerne bezahlt. Die Pillen hatte ich ja umsonst bekommen.“

Die einzelnen Beratungsstellen sind generell unterschiedlich besetzt; aber gegenüber der Pille oder anderen Verhütungsmitteln gibt es keine Vorurteile.

Frau Dr. Barley, „Pro Familia“ in Köln: „Wir geben natürlich auch einem 14-jährigen Mädchen die Pille, wenn körperliche Reife, persönliche Entwicklung und auch soziale Situation das erforderlich machen. Zweimal in der Woche führen wir abends eine Beratung durch, die oft bis 2 Uhr nachts dauert. Für jeden Besucher — etwa 20 Personen pro Abend — nehmen wir uns sehr viel Zeit. Auch ältere Frauen, die meistens schon Kinder haben, kommen zu uns. Sie wissen erschreckend wenig über Sexualität und Empfäng-

nisverhütung. Wenn wir die Aufklärung hierüber verstärken, glaube ich, daß die Zahl der Abtreibungen etwas zurückgehen wird. Ich bin da optimistisch.“

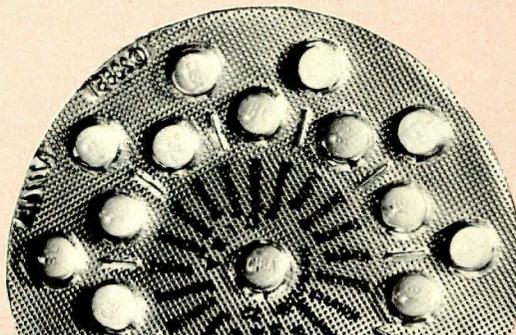
Etwas zurückhaltender äußert sich Frau Dr. Barley, wenn es heute um konkrete Hilfe für Abtreibungen geht. Sie muß sich natürlich an den alten, noch immer bestehenden Paragraphen 218 halten, der kurz vor Ostern „reformiert“ werden soll. Frau Dr. Barley: „Ich hoffe, daß der Bundestag sich noch vor Ostern für die Fristenlösung entscheidet (= Schwangerschaftsabbruch bis zum Ende des dritten Monats nach der Empfängnis, d. Verf.). Aus juristischen Gründen können wir heute keine konkrete Hilfe in bezug auf Schwangerschaftsunterbrechung geben. Oft kommen allerdings schwangere Frauen zu uns, die eine Adresse haben, wo sie abtreiben können, die aber keine Vorstellung haben, wie eine Abtreibung gemacht wird. Diesen Frauen erklären wir natürlich,

wie das vor sich geht und wie sie sich zu verhalten haben.“

Frau Dr. Barley ist für die Fristenlösung. 329 Ärzte haben gerade einen Aufruf unterschrieben, in dem sie aussagen, daß sie schon einmal — ohne finanziellen Vorteil — abgetrieben haben und auch weiter abtreiben werden. In etwa vier Wochen soll der Paragraph 218 reformiert werden. Vor ca. zwei Monaten hat die Bundesregierung begonnen mit teuren Anzeigen und der Aufklärungsbroschüre (Auflage 2 Mill.) die Bevölkerung anzusprechen. Wenn man weiter noch weiß, daß die Bundesregierung zusätzlich einige Millionen in „Pro Familia“ investieren will, um unter anderem 50 neue Beratungsstellen von „Pro Familia“ zu schaffen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren: diese finanzielle Unterstützung soll auch ablenken von einer vernünftigen Reform des Paragraphen 218.

Trotzdem: Die Beratungsstellen von „Pro Familia“ sind zu empfehlen.

T 16



Beratungsstellen von „Pro Familia“

- 4800 Bielefeld, Stapenhorststraße 5, Tel. 7 14 22
- 4630 Bochum, Mühlenstraße 25, Tel. über 1 21 03
- 5 Bonn-Nord, Kölnstraße 300, Tel. 65 66 39
- 3300 Braunschweig, Katharinenstraße Nr. 1, Tel. 34 08 44 (Studentenwerk)
- 2800 Bremen, Fedelhöfen 49 (im DPWV-Haus), Tel. 32 15 33
- 2850 Bremerhaven, An der Allee 47
- 2190 Cuxhaven, Kirchenpauerstraße 5
- 6100 Darmstadt, Erbacher Straße 2, Tel. 2 05 91
- 4600 Dortmund, Reinoldstraße 17—19, Tel. 52 97 64
- 5160 Düren, Schenkelstraße 1
- 4000 Düsseldorf-Derendorf, Liststraße Nr. 2 (im Haus der Arbeiterwohlfahrt)
- 4000 Düsseldorf-Garath, Rebhuhnweg Nr. 196, Tel. 71 89 51, App. 78
- 4100 Duisburg, Friedensstraße 1 (im DPWV-Haus), Tel. 2 41 00
- 2390 Flensburg, Wrangelstraße 17, Tel. 2 65 57
- 6000 Frankfurt, Auf der Körnerwiese Nr. 5, Tel. 59 92 86
- 6 Frankfurt-Nordweststadt, Nida-Platz 9, Tel. 212—61 45

- 6230 Frankfurt-Höchst, Gebesußstraße 58 (in den Räumen des Arbeiter-Samariterbundes), Tel. 31 63 68
- 6300 Gießen, Liebigstraße 35, Tel. 30 63 03
- 3400 Göttingen, Markt 3, Tel. 5 86 27
- 2000 Hamburg 1, An der Alster 82, Tel. 24 26 20
- 2000 Hamburg-Harburg, Lühmannstraße 13, Tel. 77 11 51
- 2000 Hamburg-Altona, Bülowstraße 9 (Frauenklinik), Tel. 88 28 61
- 3000 Hannover, Geibelstraße 54, Tel. 88 87 51
- 6430 Bad Hersfeld, Kreisgesundheitsamt, Tel. über 23 41
- 6750 Kaiserslautern, Pfaffplatz 10
- 7500 Karlsruhe, Kronenstraße 15 (Haus der Familie), Tel. 6 72 67
- 2300 Kiel, Jägersberg 23 (im Haus des vertrauensärzt. Dienstes)
- 2300 Kiel, Neue Universität, Westring, Studentenheim
- 5000 Köln 1, Bismarckstraße 18, Tel. 52 88 72
- 5090 Leverkusen-Rheindorf, Elbestraße 23 (Städtische Mütterberatung), Tel. 2 22 28

- 7140 Ludwigsburg, Arsenalstraße 2, Tel. 2 34 44
- 2400 Lübeck, Königstraße 5
- 6500 Mainz, Neubrunnenstraße 8, Neubrunnenbad, Tel. 2 75 17
- 4130 Moers, Augustastraße 1, Tel. 2 02 74
- 8000 München 40, Georgenstraße 13a, Tel. 33 34 34
- 8500 Nürnberg, Hintere Insel, Schütt 7 (Städtische Mütterberatung), Tel. 22 78 57
- 6050 Offenbach, Bleichstraße (Eichendorff-Schule), Tel. 80 65—27 31
- 5670 Opladen, Humboldtstraße 7 (Gesundheitsamt), Tel. 40 24 00
- 4500 Osnabrück, Markt 24 (nur Jugendberatung), Tel. 2 39 01
- 7170 Schwab. Hall, Gymnasiumstraße 1
- 5900 Siegen, Wilhelmstraße 31, Tel. 5 25 31
- 7000 Stuttgart 1, Schloßstraße 60, Tel. 62 26 18
- 7330 Villingen, Bickenstraße 24
- 6200 Wiesbaden, Mauergasse 13, II
- 5810 Witten, Schwanenmarkt (Gesundheitshaus), Tel. 5 09 41, App. 1640



Ansichtssache

Die Kinder schießen mit einer Geschwindigkeit in die Höhe, die für einen normalen erwachsenen Menschen unfassbar ist. Ich kannte Wasja S., den Sohn eines mit mir befreundeten Künstlers, noch als Schreihals mit einem Hockeyschläger in der Hand und in offenem Mäntelchen. Der Schläger war immer größer als sein Besitzer und das Mäntelchen kürzer.

Dann begann Wasja vor mir als hochaufgeschossener Jüngling zu glänzen.

Eines Tages ging ich unsere Straße entlang und schenkte meine Aufmerksamkeit einem vor mir gehenden Paar. Das waren offensichtlich zwei Freundinnen: die eine — größer und etwas breiter in den Schultern, die andere — kleiner, von knabenhafter Schlankheit. Beide mit Niethosen und Strickpullovern, beide mit langen, bis zu den Schultern reichenden kastanienbraunen Locken. Ich beschleunigte meinen Schritt. Die Freundin mit dem roten Pullover und dem breiteren Kreuz erwies sich als mein Wasja, aber die in Grün — die Zierliche, Schlanke — als ein wirkliches Mädchen und noch dazu als ein allerliebstes.

Ich begrüßte Wasja. „Macht euch bekannt!“ sagte er, „das ist sozusagen meine Freundin fürs Leben.“

Nach einer kurzen Unterhaltung trennten wir uns.

Es verging einige Zeit, da begegnete ich Wasja wieder auf der Straße, einen Kinderwagen vor sich herschiebend. Im Wagen lag ein prachtvolles Kindchen, zweifellos männlichen Geschlechts. Ich beglückwünschte Wasja zum Sohn, doch er nahm meine Wünsche ohne besonderen Enthusiasmus entgegen.

„Bist du nicht glücklich, nicht zufrieden, daß du Vater geworden bist?“

„Was ist das — ‚Vater‘ —“, sagte Wasja gereizt, „wenn dieses Teufelchen mich beharrlich ‚Mama‘ nennt. Bitte, ich kann es dir vormachen! — Toschenka, Söhnchen, sag, wer bin ich?“ „Ma — ma!“

„Hast du das gehört! Alle unsere Versuche, ihn umzustimmen, haben zu nichts geführt. Ich bin für ihn Ma-ma! Und das ist alles!“

„Und deine Antonia nennt er wahrscheinlich Papa?“

„Nein sie nennt er auch Mama! Gib mir einen Rat, was ich machen soll!“

„Versuch es mit Haareschneiden! Ich habe irgendwo gelesen, daß die Kleinen die meisten Charakterzüge visuell aufnehmen! Laß dir die Haare kurzschneiden, und du wirst bestimmt Papa!“

Wasja strich über seine Mönchslocke und sagte nachdenklich: „Meinst du?“

Es verging wieder einige Zeit, und ich traf Wasja erneut mit seinem Toschka, der mich glücklich aus seinem Wagen anstrahlte. Es war angenehm, den akkurat jugendfrisch frisierten Wasja anzusehen. Aber sein finsterer Gesichtsausdruck gefiel mir nicht.

„Nun, wie ist es, Wasja?“ sagte ich munter: „Ist unser Experiment gelungen? Bist du ein richtiger Papa geworden?“

„Zum Teufel mit dir!“ antwortete Wasja noch finsterer als vorher. „Er ist nicht auf uns hereingefallen. Überzeuge dich!“

Er beugte sich über den Wagen des Sohnes und flehend lispelnd bat er: „Nun, sag, Söhnchen, wer bin ich?“

„O — ma!“

Leonid Lentsch

Aus dem Russischen übersetzt von Sigrid Tzschichow

blätter

Aktionskonferenz „Jugend und Freizeit“, 9. März 1974 in Saarbrücken

Die Jugend muß ihre Kräfte vereinen!

Mehr als 200 Vertreter von Jugendverbänden und Jugendfreizeitinitiativen aus allen Teilen der Bundesrepublik folgten dem Aufruf des Bundesvorstandes der SDAJ und des Jugendmagazins *e l a n* zur Aktionskonferenz „Jugend und Freizeit“. Sie nutzten die Gelegenheit, Probleme ihrer Initiativen zu beraten, Erfahrungen auszutauschen und den Kampf durch gemeinsame Orientierung noch erfolgreicher zu gestalten.

arbeiter, Heimleiter, Sozialwissenschaftler und Pädagogen beteiligten, wurde klar herausgestellt: der Kampf der Jugend um bessere Freizeitbedingungen und wirksame Mitbestimmung kann nicht getrennt werden vom gesamten Kampf der Jugend um ihre Grundrechte. Und: Wenn man erfolgreich kämpfen

„Innerhalb weniger Jahre hat sich in der Bundesrepublik eine breite vielfältige Bewegung der Jugend entwickelt, die um bessere Bedingungen für die Gestaltung ihrer Freizeit kämpft. Große Teile der Jugend unseres Landes wehren sich gegen den Druck und die Manipulation der Herrschenden, die alles versuchen, den Jugendlichen auch in seiner Freizeit durch ein System von Verdummung, Entmündigung und profitbringendem Konsum vom Kampf um seine Rechte, um eine sinnvolle Gestaltung seiner Freizeit abzuhalten.“

Mit diesen Worten begrüßte Manfred Rosenbleck, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der SDAJ, Jugendliche, die in allen Bereichen den Kampf um ihr Grundrecht auf sinnvolle Freizeit, Erholung, Sport und Gesundheit aufgenommen haben.

Schwerpunkte der Diskussion waren entsprechend der Themenstellung in den vier Arbeitsgemeinschaften der Konferenz:

- Aktivitäten um bessere Freizeitinhalte und wirksame Rechte in bestehenden Freizeiteinrichtungen.
- Der demokratische Kampf um



Im Kreiskulturhaus Saarbrücken berieten über 200 Vertreter von Jugendverbänden und Jugendfreizeitinitiativen

- neue Freizeiteinrichtungen mit wirksamen Entscheidungsrechten.
 - Die Kultur- und Medienpolitik der Herrschenden — ein wichtiger Bereich der Manipulierung der Freizeit.
 - Der Sport als gesellschaftliche Aufgabe — seine Bedeutung im Freizeitbereich.
- In allen Diskussionen, an denen sich auch fortschrittliche Sozial-

will, muß man organisiert kämpfen. Lebhaft unterstützten die Teilnehmer der Aktionskonferenz den Vorschlag, im Herbst dieses Jahres eine bundesweite Aktionswoche aller Jugendzentrums-Initiativen durchzuführen. Außerdem einigten sie sich darauf, ähnliche Konferenzen wie die in Saarbrücken auf örtlicher und regionaler Ebene zu einer ständigen Einrichtung werden zu lassen.

Wirksame Mitbestimmung im Freizeitbereich

Auszüge aus dem Referat
von elan-Chefredakteur
Hans-Jörg Hennecke

„Die Jugend will Zeit für sich selber, sie will sich frei entfalten und ihre Fähigkeiten und Talente entwickeln. Sie braucht mehr Zeit für Erholung von der Arbeit, mehr Urlaub. Vor allem will sie selbst über ihre Freizeit bestimmen“ — so stellt es die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend in ihren „Fünf Grundrechten der Jugend“ fest. Was wir vor zwei Jahren formulierten, das ist heute von größerer Aktualität denn je.

Die arbeitende und lernende Jugend leidet immer mehr unter den Widersprüchen zwischen dem, was sie vor allem für eine sichere Zukunft heute braucht, und dem, was die Herrschenden ihnen zu geben bereit sind.

Neben den Problemen, wie sie in den Betrieben, Büros, Berufsschulen und Schulen stehen, kommt auch dem Problem der arbeitsfreien Zeit im Kapitalismus wachsende Bedeutung zu. Der zunehmende Anteil der Freizeit im Leben der werktätigen Jugend ist gerade heute zu einer grundsätzlichen Frage der Klassenauseinandersetzung geworden.

Wie sieht denn die Wirklichkeit heute für einen Jugendlichen in unserem Staat aus? Was erfährt er von der vielzitierten „Qualität des Lebens“ am eigenen Leib?

Schon der Weg morgens in der Straßenbahn oder im Bus zum Betrieb oder zur Schule reißt das erste empfindliche Loch in die Geldbörse. „Ausbeutung statt Ausbildung“ — das ist nach wie vor die traurige Realität für die Masse der Lehrlinge — wenn sie das Glück haben, überhaupt noch eine einigermaßen qualifizierte Lehrstelle zu finden. Die Stempelstellen in den Arbeitsämtern füllen sich wieder mit Arbeitslosen, über 620 000 sind es bereits, schon jetzt sind 120 000 von ihnen jünger als 25 Jahre. Mit 18 stempeln gehen — die Furcht vor diesem Schicksal nimmt zu unter der Jugend.

Auf der Illustrierten vorn ...

Zu nehmen aber auch die Aktionen der Jugend in den Betrieben, Verwaltungen, Kaufhäusern, Schulen und Universitäten. Preis- und Mietexplosionen treffen die Lehrlinge, die Schüler und Studenten mit ihren geringen Einkommen besonders hart.



Was es bedeutet, wenn trotz gesetzlich gesichertem Jahresurlaub fast 70 Prozent der werktätigen Bevölkerung keine Urlaubsreise unternehmen, davon erfährt der Jugendliche nichts, wenn er auf dem Heimweg von der Arbeit, hundemüde von der Arbeitshetze, kaputt von den gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen irgendeine Illustrierte oder bürgerliche Tageszeitung aufschlägt. Die Mädchen, die bei ihm im Betrieb auf der Lohnskala für die gleiche Arbeit ganz hinten stehen, lachen ihm auf den Titelseiten der Illustrierten als Werbepuppen für eine unbeschwertere, problemlose Freizeit, für eine heile Welt und für einen herrlichen Urlaub entgegen. Spätestens dann, wenn er die wenigen Stunden seiner Freizeit, die er bewußt und aktiv gestalten könnte, allein oder mit seiner Freundin wo auch immer in der Stadt verbringen will, merkt er, daß das, was er im Betrieb, während der Arbeit am eigenen Leib an Ausbeutung erlebt, in der Freizeit seine konsequente kapitalistische Fortsetzung findet: Die

meisten Jugendlichen, genau 78 Prozent, haben weniger als 50 DM monatlich für ihre Freizeitgestaltung zur Verfügung. Das ist das Ergebnis einer Fragebogenaktion des Arbeitskreises Jugendzentrum in Bochum. Wen wundert es da, daß 60 Prozent der Bochumer Jugendlichen mit dem bestehenden Freizeitangebot nicht zufrieden sind?

„Betreten verboten! Privat!“

Spätestens dann, wenn sich Jugendliche in unserem Lande überlegen, wo sie vielleicht am Wochenende ihre Freizeit verbringen wollen, werden sie mit der Nase darauf gestoßen, daß die Realität der kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse eine ganze Menge zu tun hat mit den menschenfeindlichen Freizeit- und Umweltbedingungen dieser Gesellschaftsordnung: Man muß nicht weit laufen, um vor einer Absperrung in der Nähe eines Badesees oder Waldes zu stehen, mit der Aufschrift: „Betreten verboten! Privatgrundstück!“ oder „Achtung! Lebensgefahr! Militärische Anlagen!“

Wenn ihn das Gelesene noch nicht restlos überzeugt hat, wird ihm sicherlich das Gebell der Hunde des Herrn von Finck (wenn es in Bayern ist) oder das Aufheulen von Panzermotoren (wenn es in der Lüneburger Heide ist) die letzte Gewißheit geben.

Und wenn er in Dortmund lebt und sonntags vielleicht im Gelände der ehemaligen Bundesgartenschau, im Westfalenpark für 1,50 DM Eintritt im Grünen spazieren gehen will, und dazu noch (diesmal gratis) ein Stück vom blauen Himmel sehen möchte — dann wird er enttäuscht feststellen, daß die Smog-Glocke von Hoesch ihm das Durchblicken schwer macht. Spätestens dann, wenn er wegen der uner-

Kleine Rote Reihe 20

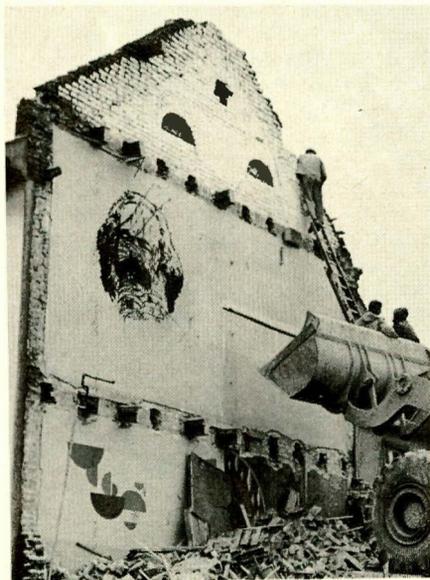
Aktionskonferenz „Jugend und Freizeit“

Soeben erschienen: Kleine Rote Reihe 20, mit den Referaten und Diskussionsergebnissen der Aktionskonferenz „Jugend und Freizeit“ — veranstaltet vom Bundesvorstand der SDAJ und dem Jugendmagazin elan am 9. März 1974 in Saarbrücken. Preis: 3,— DM. Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

schwinglichen Diskothekenpreise nach einem Jugendzentrum sucht, das es in der Stadt vielleicht nicht gibt, oder das so armselig und langweilig ist, daß er gar nicht erst reingeht, und wenn er dann an einem der feudalen Klubs oder an Bars, wo die dicken Kisten parken und er vielleicht den Sohn „seines“ Chefs gerade hineingehen sieht — spätestens dann sieht er, daß zwischen seiner Situation im Betrieb und seiner Freizeit ein untrennbarer Zusammenhang besteht.

Immer mehr machen nicht mehr mit

Von dieser Wirklichkeit haben in unserem Land immer mehr Jugendliche die Schnauze voll! Immer mehr machen da nicht mehr mit. Immer mehr von uns werden aktiv für die eigenen Interessen, schließen sich zusammen, organisieren sich, handeln gemeinsam und lassen sich immer weniger von den Bossen und ihren Politikern auseinanderdividieren und gegeneinander ausspielen.



Mit aller Schärfe protestierten die Teilnehmer der Aktionskonferenz gegen den Abriß eines Freizeitheimes in Moers (unser Bild). Ohne ein anderes Haus zur Verfügung zu stellen, hatte die Stadtverwaltung diese Maßnahme am 7. März durchgesetzt.

Die gleichen wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die uns um unseren Lohn und unsere Rechte in Betrieben und Schulen betrügen, stehen uns auch im Kampf um eine sinnvolle Freizeit entgegen. Und das ist und bleibt nun einmal das Großkapital, nach dessen Pfeife die Bundestagsparteien in Bonn, in den Ländern und auch in den Gemeinden tanzen ...

Parallel zu Kampagnen für eine saubere und menschenwürdige Umwelt, Aktivitäten zahlreicher Bürgerinitiativen für Naherholungszentren und gegen ihren Mißbrauch durch die NATO-Militärs, Kampf gegen die großen Meinungsmacher wie Springer, gegen die Vergiftung der Jugend durch Drogen, brutalisierende und kriminalisierende Literatur und Filme entwickeln sich die gegenwärtig umfassendsten Initiativen und größten Aktivitäten der Jugend für Errichtung von Jugendfreizeitzentren bzw. für eine wirksame Mitbestimmung in bestehenden Freizeiteinrichtungen.

Die in jahrzehntelangen Kämpfen erreichten Freizeiteinrichtungen und -häuser der Jugend sind ein Erfolg der demokratischen und sozialistischen Jugendbewegung. Die ungenügende finanzielle Ausstattung der bestehenden Freizeiteinrichtungen, das Fehlen qualifizierter Sozialarbeiter und pädagogischer Mitarbeiter und die in der großen Mehrzahl der Einrichtung bestehenden undemokratischen Strukturen sind der Grund dafür, daß die meisten der bestehenden Freizeiteinrichtungen für die Jugendlichen nicht anziehend sind, daß sie ihrer notwendigen Eigeninitiative und ihrem Schöpferum entgegenwirken.

Keiner darf abseits stehen

Viele Jugendliche haben mit städtischen Freizeiteinrichtungen ihre Erfahrung gemacht. Ihre Kritik rührt insbesondere daher, daß die inhaltliche Gestaltung an den subjektiven und objektiven Bedürfnissen der Jugendlichen vorbeigeht und ihnen entscheidende Rechte vorenthalten werden.

Die jugendlichen Besucher brauchen mittels gewählter Hausparlamente, Hausräte u. a. ein wirksames und gesetzlich abgesichertes Mitbestimmungsrecht über

- die Gestaltung und Ausstattung des Hauses
- Inhalt und Ablauf des Programms
- Höhe und Verteilung der Mittel
- Auswahl, Einstellung und Entlassung der hauptamtlichen Mitarbeiter.

Wie in allen Bereichen unseres Lebens gilt auch hier: Wir haben soviel an Rechten und Möglichkeiten, wie wir uns selbst erkämpfen. Wir wollen uns frei entfalten, unsere Fähigkeiten und Talente entwickeln. Und darüber wollen wir selbst bestimmen.

In diesem Kampf hat jeder seinen Platz, hat jeder seine Aufgabe.

Keiner darf abseits stehen. Schieben wir Trennendes beiseite. Gemeinsam sind wir stärker.

ht reisen

Hansa-Tourist vermittelt ab sofort für junge Arbeiter und Lehrlinge eines Betriebes oder eines Betriebszweiges Studien- und Informationsfahrten in die DDR.

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

Unseren Sonderpreis für Lehrlinge und junge Arbeiter erfragen Sie bitte bei uns (und teilen Sie bitte Ihre konkreten Wünsche mit).

**Reisebüro Hansa-Tourist
2 Hamburg 76**

**Hamburger Straße 132
Tel. 040 / 2 99 60 10
oder 2 99 60 45**

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt –
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

Die Aktionskonferenz Jugend und Freizeit geht mit einer erfolgreichen Bilanz zu Ende. Sie tagte in einer Zeit verschärfter Angriffe der konservativen und reaktionären Kreise auf die Grundrechte der Jugend; in einer Zeit, wo ungeheure Mittel statt in die Förderung der Jugend in die Rüstung und die Taschen der Unternehmer fließen. Sie tagte in einer Zeit, wo die Meinungsmanipulation und Medienkonzentration in Händen reaktionärer Kräfte einen neuen Höhepunkt erreicht und die Massenmedien von einer beispiellosen braunen Welle von Antikommunismus und Völkerhetze überschwemmt werden.

Sie tagte aber auch in einer Zeit wachsender demokratischer Bewegung der Jugend, einer Jugend, die nicht mehr bereit ist, alles mit sich machen zu lassen und die ihre Forderungen unüberhörbar anmeldet. Das drückte sich in der Zusammensetzung und den Ergebnissen dieser Konferenz aus.

An der Aktionskonferenz nahmen Jugendliche teil, die den berechtigten Kampf um ihr Grundrecht auf sinnvolle Freizeit, Erholung, Sport und Gesundheit aufgenommen haben.

Es waren Jugendliche, die in bestehenden Freizeiteinrichtungen um bessere Inhalte und wirksame Mitbestimmungsrechte kämpfen, Jugendliche, die Kneipen und Diskotheken satt haben und um neue Freizeiteinrichtungen vielerorts den Kampf führen. Es waren Jugendliche, die den Kampf führen um Naherholungs- und Freizeitgebiete, die allen zugänglich sind und frei sind von Truppenübungsplätzen und Umweltdreck der Konzerne. Es waren Jugendliche, die den Kampf führen gegen jene, die aus unserer Freizeit Höchstprofite scheffeln und uns durch ein System von Verdummung und Entmündigung in das bestehende kapitalistische System integrieren wollen. Es waren Jugendliche, die zwischen dem von profitorientierten Kräften aufgebauten Sportbetrieb und den Erfordernissen in den Sportvereinen einen großen Widerspruch sehen und besseren Breitensport verlangen. Es waren dabei fortschrittliche Sozialarbeiter, Sozialwissenschaftler und Pädagogen, die ihr Wirken und ihre Fähigkeiten in den Dienst der Interessen der Jugend gestellt haben.

Auf dieser Konferenz stellten wir fest: Mehr und mehr wird deutlich, daß die gleichen wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die uns um bessere Lebensbedingungen und um unsere Rechte in Betrieben und Schulen betrügen, uns auch im Kampf um Räume, Förderungsmittel und fortschrittliche Inhalte der Freizeit entgegenstehen.

Abschlußerklärung

Aktionskonferenz „Jugend und Freizeit“

Unsere Aktionskonferenz war eine Konferenz von demokratischen Kräften der Jugend, die im Freizeitbereich wirken und kämpfen. Sie bot eine Plattform der Diskussion und des Erfahrungsaustausches. Als gemeinsame Forderungen ergaben sich aus den Beratungen:

1. Das neue Jugendhilfegesetz darf nicht verabschiedet werden ohne das gesetzlich fixierte Mitbestimmungsrecht der Jugendlichen und ihrer demokratischen Organisationen in bestehenden und noch zu schaffenden Freizeiteinrichtungen.

2. Die Mittel aus den Jugendplänen müssen wesentlich erhöht, Einrichtungen für die Freizeit der Jugend müssen in ausreichender Zahl geschaffen werden. Schluß mit der Förderung revanchistischer Verbände wie der DJO. Verbände wie die SDAJ, der MSB Spartakus und der VDS müssen endlich die ihnen zustehende finanzielle Förderung erhalten.

3. Erhöhung der staatlichen Förderungsmittel für den Breitensport. Anstelle der Aufzucht von Spitzensportlern in der Bundeswehr müssen endlich die für den Schulsport so dringend notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden.

4. Die Besucher der Jugendheime brauchen mittels gewählter Hausparlamente oder Heimräte ein wirksames und gesetzlich abgesichertes Mitbestimmungs- oder Selbstverwaltungsrecht über:

- die Gestaltung und Ausstattung des Hauses,
- Inhalt und Ablauf des Programms,
- Höhe und Verteilung der Mittel,
- Auswahl, Einstellung und Entlassung der hauptamtlichen Mitarbeiter.

5. Mehr qualifizierte Sozialarbeiter in den Häusern der Jugend! Schluß mit den Berufsverboten für Demokraten! Weg mit dem Numerus clausus auch an den Sozialfachschulen!

6. Für eine wirkungsvolle Mitbestimmung der demokratischen Jugendverbände in den Entscheidungsgremien der Massenmedien Fernsehen, Film, Funk und Presse. Für die öffentliche Förderung der jugendeigenen Zeitungen ohne po-

litische Auflagen. Pressefreiheit für die Jugendpresse!

7. Schluß mit der friedensgefährdenden antidemokratischen und neonazistischen Hetze. Für die Verwirklichung demokratischer Verfassungsgrundsätze und des Friedensgebotes entsprechend dem Grundgesetzauftrag.

8. Für einen menschenwürdigen Umweltschutz. Die Großkonzerne müssen den Dreck wegmachen, den sie verursachen. Sie müssen den Umweltschutz bezahlen und die angerichteten Schäden wiedergutmachen, die Verantwortlichen für Umweltschäden müssen hart bestraft werden.

Die Teilnehmer dieser Konferenz waren sich nicht nur weitestgehend einig, wofür sie kämpfen wollen, sondern auch wie sie erfolgreich kämpfen können. Wir wissen:

Was im Kampf um mehr Lohn, um bessere Berufsausbildung, um mehr Rechte im Betrieb, Schule und Universität gilt, gilt auch in der Bewegung um sinnvolle Freizeit, Erholung, Sport und Gesundheit: Die Jugend muß ihre Kräfte vereinen, ungeachtet unterschiedlicher Weltanschauung. Daß der gemeinsame Kampf Erfolge bringt, ist eine grundlegende Erfahrung der demokratischen Jugendbewegung. Das gilt heute mehr denn je.

Geschenkt wird uns nichts. Was uns zusteht, müssen wir uns selber holen — gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften. Um die Forderungen der Jugend zu realisieren, müssen die Monopole zur Kasse gebeten und muß der Rüstungsetat gekürzt werden.

In der Vorbereitung des 4. SDAJ-Bundeskongresses, verschiedener Gewerkschaftsjugendkonferenzen, des Jugendhilfetages und des 70. Jahrestages der Gründung der organisierten Arbeiterjugendbewegung müssen die Forderungen der Jugend nach ihrem Grundrecht auf sinnvolle Freizeit unüberhörbar gemacht werden.

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Aktionswoche aller Jugendzentrumsinitiativen im Herbst dieses Jahres.

Wir rufen auf, die Ergebnisse dieser Konferenz in den Jugendorganisationen und Freizeitinitiativen gründlich zu diskutieren.

Nutzen wir die Erfahrung, die wir hier gemacht haben, verstärken wir die Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Helfen wir auch den sozialistischen und demokratischen Kindergruppen, eine sinnvolle Freizeit für die Kinder zu verwirklichen.

Uns wird nichts geschenkt, erkämpfen wir das, was uns zusteht!



**OR
WO**
Film

Sie haben eins gemeinsam: SIE STEHEN MIT ORWO-FILMEN AUF DU UND DU
So unterschiedlich ihre fotografischen Absichten und Aufgaben sind, sie wählen immer wieder ORWO-Filme.

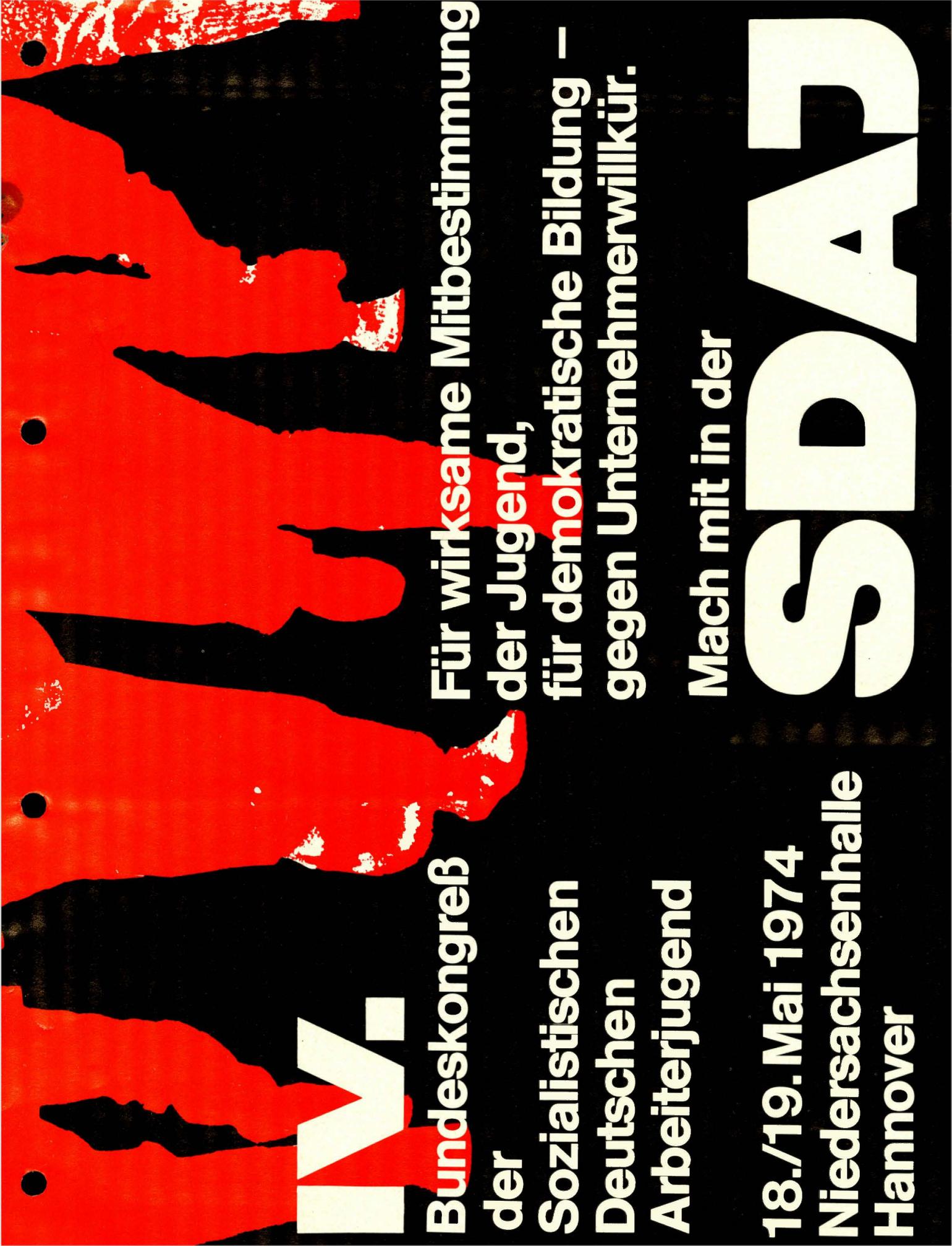
Dafür gibt es einen einfachen Grund: ORWO-Schwarzweiß- und ORWOCOLOR-Filme sind stets zuverlässig.

Sie entsprechen den Anforderungen moderner Fotografie. Nutzen Sie diese tausendfach bestätigte Erfahrung. Wählen Sie für Ihre Aufnahmen ORWO-FILME!

VEB FILMFABRIK WOLFEN Deutsche Demokratische Republik

elam
POLIT-POSTER





IV.

**Bundeskongreß
der
Sozialistischen
Deutschen
Arbeiterjugend**

**18./19. Mai 1974
Niedersachsenhalle
Hannover**

**Für wirksame Mitbestimmung
der Jugend,
für demokratische Bildung –
gegen Unternehmerwillkür.**

Mach mit in der

SDAJ

PNEUMANT®

REIFEN FÜR REALISTEN



Mit dem P 33 radial präsentiert PNEUMANT einen konstruktiv ausgereiften Gürtelreifen. Für Realis-

ten, für Kunden, die hohe Verkehrssicherheit, Wirtschaftlichkeit und hervorragenden Fahrkomfort for-

dern. Und reale Vorteile zu schätzen wissen. Unser Informationsmaterial enthält alle Fakten.



**P33 radial
EIN SPITZENERZEUGNIS**



Transportmaschinen Export-Import
Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen
Demokratischen Republik
DDR 108 Berlin

An die PNEUMANT-Ver-
tretung
Fa. Paul Lange & Co.
7 Stuttgart N
Rosensteinstr. 35

Name / Funktion
Firma / Anschrift

Bitte senden Sie mir/
uns unverbindlich In-
formationsmaterial über
den PNEUMANT P 33
radial



f o r u m

forum der jugendverbände

3. Bundeskongreß des MSB Spartakus

Von Hartmut Schulze

Kongreß und Polizeiterror

Spartakus-Bundeskongreß und brutalste Bürgerkriegsübung der Frankfurter Polizei — diese beiden Ereignisse vom letzten Februar-Wochenende in der Metropole des bundesdeutschen Finanzkapitals haben eine Menge miteinander zu tun. Steffen Lehdorff, der neue Vorsitzende des Marxistischen Studentebundes hierzu: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht das ständige Bemühen, das Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten zu festigen. Wir haben auf unserem Kon-

greß und auch auf der anschließenden Konferenz „Studentenbewegung im Klassenkampf“ gesagt, daß Erfolge im Kampf um demokratische und soziale Rechte möglich sind, daß aber Voraussetzung hierfür solidarisches Handeln in Berufsschulen und Betrieben, Büros und Schulen, Lehrwerkstätten und Universitäten ist.“

Und genau das ist auch die Aufgabe, die sich im Zusammenhang mit „den Frankfurter Ereignissen“ stellt.

Ganz kurz zur Erinnerung, worum es eigentlich ging, denn die bürgerliche Presse hat mit ihrer Hetze zum Teil erfolgreich den Hintergrund des Polizeiterrors vergessen lassen: Weil ein Spekulant endlich zu seinem Profit kommen sollte, ließ die Frankfurter Stadtverwaltung, die ihm hierfür die Errichtung eines Bürohochhauses genehmigt hatte, mit brutaler Polizeigewalt die letzten Hindernisse aus dem Weg räumen, nämlich vier Jugendstil-Häuser, die seit Monaten von Studenten und ausländischen Arbeitern besetzt waren.

In solcher Situation ist die einzig mögliche Antwort eine breite Bewegung gegen Spekulantentum und Mietwucher, geführt mit positiven Sofortforderungen, wie sie vor allem die DKP aufstellt. Aber anarchistische und maoistische Gruppen, sogenannte Spontaneisten und in ihrem Gefolge Leute, die einfach nur „Putz“ wollten, taten genau das Gegenteil. Die Herrschenden durften sich freuen: Irrwitzige Steinwürfe — zum Teil erst durch verkleidete

Provokateure der Polizei gestartet — gegen die militärisch ausgerüstete Übermacht aus ganz Hessen und Rheinland-Pfalz, Panik-Meldungen in Rundfunk und Presse, und schon hatte man die Voraussetzung für eine wichtige taktische Schlacht im Rahmen der Strategie des Kampfes gegen die immer stärker werdende demokratische Bewegung unseres Landes. Denn daß es um weitaus mehr ging als um einen Schlag gegen die halbe Hundertschaft anarchistischer Abenteurer, zeigte sich unmittelbar nach dem „blutigen Karneval“ (Welt am Sonntag): Die Frankfurter Polizei erhält für 5 Millionen DM neue Bürgerkriegs-Ausrüstung; der Einsatz des Bundesgrenzschutzes gegen Demonstranten wird offen diskutiert; Genscher erhält hierfür 7,5 Millionen zusätzlich; die Frankfurter Allgemeine gibt der Hoffnung Ausdruck, daß „für geraume Zeit nicht einmal Demonstrieren für schönes Wetter erlaubt“ werde; der demokratisch gewählten Interessenvertretung der Frankfurter

Studenten werden die Konten gesperrt; ein Ordnungsrecht für die Hochschulen wird jetzt von allen Bonner Parteien befürwortet.

Von Frankfurt aus sollte ein Klima geschaffen werden, in dem die gesamte Linke kriminalisiert werden kann. Mit Verweisen auf die „Frankfurter Ereignisse“ sollte die gesamte demokratische Studentenbewegung diffamiert werden können. Diese Studentenbewegung hat in den letzten Monaten eine Breite und Stärke erreicht wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Sichtbarster Ausdruck war der Sternmarsch des Verbands Deutscher Studentenschaften (vds) am 24. Januar, zu dem weit über 40 000 Studenten nach Bonn kamen, um für einen Inflationszuschlag zu ihren Stipendien zu demonstrieren (siehe auch elan 3/74).

Diese Massenbewegung, die unter antimonopolistischen Losungen geführt wurde („Wir holen uns die Kohlen von den Monopolen!“) und in der zum erstenmal Tausende von Studenten erkannt haben, daß ihr

Kampf nur an der Seite der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann („Gemeinsam gegen Inflation — für mehr BAFöG, für mehr Lohn!“) — diese Massenbewegung wäre ohne die Arbeit des MSB Spartakus, wäre ohne sein Studentenaktionsprogramm nicht möglich gewesen. Das Programm*, innerhalb eines Jahres bereits in rund 50 000 Exemplaren verbreitet, wird in seinen Kernaussagen immer mehr zur Richtschnur des Handelns der Masse der Studenten.

Hierüber Bilanz zu ziehen und aktuelle Kampfziele für die nächsten Monate aufzustellen, war die Aufgabe des 3. Bundeskongresses des MSB Spartakus. Verständlich, daß das die Herrschenden nicht gerade mit Wohlwollen betrachten.

So hat zunächst das Kuratorium der Universität versucht, bereits zugesagte Räume für den Kongreß zu verweigern. Eine eindeutige juristische Lage konnte dies verhindern. Was lag dann aber näher, als die seit Wochen geplante gewaltsame Räumung der besetzten Häuser in Uninähe just zum Zeitpunkt des Spartakus-Bundeskongresses durchzuführen?

Im Zuge des gewaltigen und gewalttätigen Polizeieinsatzes wurde das Organisations- und Pressebüro des Kongresses besetzt, wurde eine Reihe von Spartakus-Genossen willkürlich festgenommen und zum Teil mißhandelt. Der Bundesvorstand erklärte hierzu, „daß sich der MSB Spartakus durch nichts davon abhalten läßt, seinen Kampf für die berechtigten Interessen der Studenten, für das Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten zielstrebig fortzusetzen.“

Um dieses Bündnis zu festigen, um unter der arbeitenden Bevölkerung um Verständnis und Unterstützung für die Forderungen der Studenten zu werben, hat sich der Bundeskongreß in einem Appell „an die Arbeiter und Studenten der Bundesrepublik“ gewandt, der in diesen Wochen vor vielen Betrieben und an den Hochschulen verteilt wird. In diesem Zusammenhang hat sich der Spartakus für gemeinsame Aktionen von Schülern, Lehrlingen und Studenten ausgesprochen, denn: „Die Berufsausbildung steht nicht im Schatten der Hochschulbildung, wie Minister Dohnanyi neuerdings behauptet, sondern das gesamte Bildungswesen in der BRD, seine Schulen, seine Berufsausbildung, seine Hoch- und Fachhochschulen stehen im Schatten von Monopolherrschaft und Rüstungsprofiteuren... Für wirksame Mitbestimmung der Jugend, für demokratische Bildung, gegen Unternehmlichkeit!“ Diese Losung des bevorstehenden Bundeskongresses der SDAJ ist zugleich eine Aufforde-

forum

— rung an die Studenten zum gemeinsamen Handeln mit der Arbeiterjugend (Aus dem Bericht des Bundesvorstands).

Vier aktuelle Kampfziele für das Sommersemester haben die Delegierten beschlossen; Kampfziele, die die Forderungen der Studenten mit den aktuellen Forderungen und Stimmungen der arbeitenden Bevölkerung unmittelbar verknüpfen:

- Verstärkung der internationalen Solidarität mit dem Volk von Chile und dem Volk von Vietnam; Kampf für ein Europa des Friedens und der kollektiven Sicherheit.
- Weiterführung und Verbreiterung der Bewegung für eine Erhöhung der Stipendien-Sätze.
- Verteidigung und Verwirklichung der in der Verfassung verankerten demokratischen Rechte; gegen die Einführung eines Ordnungsrechtes an den Hochschulen; für die sofortige Beendigung der Berufsverbotspraxis.
- Massenaktionen zur Durchsetzung von Sofortforderungen gegen das antidemokratische, arbeit- und studentenfeindliche Hochschulrahmengesetz.



Eine wichtige Voraussetzung für Erfolge der Studentenbewegung in diesen Punkten ist ein starker marxistischer Studentenverband. Die

organisatorische Bilanz des Spartakus, die die 302 Delegierten aus 104 Gruppen zogen, kann sich sehen lassen: Seit dem letzten Bundeskongreß vor einem Jahr wurden 1800 neue Mitglieder aufgenommen (die Gesamtmitgliederzahl beträgt jetzt 4425), wurden 28 neue Gruppen aufgenommen, so daß heute an allen Universitäten des Bundesgebietes Spartakisten arbeiten. Auch die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Verbands ist gewachsen: Sämtliche neugewählten 58 Mitglieder des Bundesvorstands erhielten von 302 abgegebenen auch 302 Ja-Stimmen.

Welches Ansehen der MSB unter der Studentenschaft genießt, beweisen nicht zuletzt die Studentenparlamentswahlen, in denen der Spartakus die Zahl seiner Mandate beständig vergrößert.

Das gewachsene internationale Ansehen des Verbands haben eindrucksvoll die zahlreichen Gäste ausländischer Bruderorganisationen unterstrichen. Unter ihnen Miguel Fuente, Mitglied des ZK der Kommunistischen Jugend Chiles. Ihm konnte in Form eines symbolischen Schecks als Sammelergebnis einer Spartakus-Spendenaktion für die Unidad Popular 50 000 DM übergeben werden. Begeistert begrüßten die Delegierten auch Duong Dinh Ba, vom Studentenbund für die Befreiung Südvietnams. Er war der erste Vertreter aus den Reihen der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, der nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens in die Bundesrepublik einreisen konnte.

Seit Dezember 73 ist der MSB Spartakus Mitglied des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Gemeinsam mit der SDAJ wird er zwei Projekte des WBDJ-Aktionsprogramms durchführen: Das Seminar „Solidarität mit Griechenland“ Ende April in Düsseldorf und das internationale Seminar zur Berufsausbildung im September.

Der Verlauf dieses Kongresses und der Konferenz, auf der die Grundfragen der Studentenbewegung als Bestandteil der gesamten antimonopolistischen Bewegung vertieft wurden, zeigen, daß der Optimismus im Motto des Kongresses berechtigt ist: „Vorwärts zu neuen Erfolgen im Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse, mit einem starken MSB Spartakus für demokratische und soziale Rechte, internationale Solidarität und Sozialismus!“

* „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“, Programm des MSB Spartakus für das gemeinsame Handeln der Studenten. Erhältlich beim Bundesvorstand des MSB Spartakus, 53 Bonn 1, Postfach. (100 Seiten, DM 0,50)

Es ist soweit: am 19. März stellte die SDAJ ihre Schülerforderungen zur Diskussion. Schüler, Eltern, Lehrer — sie sollen ihre Meinung zu diesem Entwurf sagen. elan veröffentlicht hier einen Auszug. Das vollständige Forderungsprogramm ist zu beziehen bei: SDAJ, 46 Dortmund, Sonnenschein-gasse 8. Schreibt hin: Eure Meinung ist gefragt!

forum

Für die Rechte der Schüler — Gemeinsam mit der Arbeiterjugend — Mach mit in der SDAJ!

Zur Diskussion gestellt

„Die Jugend unseres Landes will ein Leben in Gerechtigkeit, in Frieden, in sozialer Sicherheit. Sie strebt nach Bildung, die ihre Zukunft sicherer macht. Sie braucht sichere Arbeitsplätze, mehr und bessere Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Sie will mitbestimmen über den Weg in die Zukunft.“ So heißt es in den „Fünf Grundrechten der Jugend“ — als Plattform des gemeinsamen Kampfes der Jugend verabschiedet vom III. Bundeskongreß der SDAJ. Ein wesentlicher Teil der Jugend unseres Landes sind die Schüler der Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Aufbauschulen. Immer mehr Schüler werden aktiv, stellen Forderungen, erkennen ihre Interessen. Sie sind unzufrieden mit Form und Inhalt ihrer Ausbildung. Sie wollen sich nicht länger abfinden mit überfüllten Klassenzimmern, veralteten Fachräumen, unzureichenden Lehr- und Lernmitteln, Lehrermangel und schlechter Lehrerausbildung, autoritären Strukturen, fehlender Mitbestimmung, Vermittlung von Geschichtsbildern, die reaktionäre Verhältnisse erhalten und wiederherstellen wollen. Sie lehnen den verschärften Leistungsdruck ab, der ihnen keine umfassende Allgemeinbildung vermittelt. Sie kämpfen gegen den Numerus clausus, der ihnen den Weg zu höherer Bildung versperrt. Sie wehren sich gegen die Disziplinierung fortschrittlicher, demokratischer Schüler. Und sie sind empört, wenn gegen demokratische Lehrer Berufsverbote verhängt werden, während Bundeswehroffiziere militaristisches Gedankengut an den Schulen verbreiten dürfen. Viele Lehrer wollen besser lehren. Aber die grundlegenden Mängel im Bildungswesen hindern diese Lehrer daran, ihren Erziehungsauftrag zu verwirklichen. Immer mehr Schüler erkennen: Dieses Bildungssystem dient der Erhaltung einer Gesellschaft, die vom Profit bestimmt und von den Großkonzernen beherrscht wird.

Eines der „Fünf Grundrechte der Jugend“ ist das Grundrecht auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsbildung. In ihrem Dokument hat die SDAJ formuliert: „Die Jugend will wissen, wie sie ihre Zukunft bewußt gestalten kann. Hierzu benötigt sie, wie alle arbeitenden Menschen, eine Bildung und Ausbildung, die 1. zunehmend von ihren Bedürfnissen bestimmt ist, 2. sie in die Lage versetzt, die moderne Wissenschaft und Technik immer besser zu beherrschen und 3. ihr durch wachsende Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze immer mehr Möglichkeiten gibt, ihre Interessen in Betrieb, Staat und Gesellschaft durchzusetzen.“

Die SDAJ will ein einheitliches, polytechnisches Bildungssystem, das vom Kindergarten und der Vorschule über die einheitlich gestaltete demokratische Gesamtschule unter Einschluß der Berufsschulen, über die Berufsbildung und Fachschulen bis zur Universität und Erwachsenenbildung eine fest verzahnte Einheit bildet, ein Bildungssystem, in dem es keine Sackgassen für Arbeiterkinder gibt, ein Bildungssystem, dessen unverzichtbarer Bestandteil Demokratie und Mitbestimmung für Lehrende und Lernende ist.

In der Aktion erkennen immer mehr Schüler: Nur im organisierten Kampf können sie ihre Interessen durchsetzen. Viele sind Mitglieder der SDAJ und der ihr korporativ angeschlossenen Schülergruppen geworden. Die fortschrittliche, demokratische Schülerbewegung hat sich weiterentwickelt.

Die Ursachen der Bildungsmisere werden zunehmend erkannt: Sie ist das Ergebnis einer langjährigen Politik des Großkapitals und seiner Politiker. Die CDU/CSU war es, die den Grundstein für das schlechte Schulsystem gelegt hat. Und auch heute ist diese Partei Vorreiter, wenn es darum geht, Schülerrechte abzubauen, Schülervertretungen mundtot zu machen, Schülerzeitun-

gen zu zensieren — am deutlichsten sichtbar in der „Allgemeinen Bayerischen Schulordnung“. Die CDU/CSU will, daß dem Schüler schon an der Schule beigebracht wird, daß er im späteren Berufsleben nicht aufmuckt. Die der Jugend ihr

Grundrecht auf demokratische Bildung vorenthalten, das sind die gleichen, die mit Aufrüstung und Expansionspolitik Leben und Zukunft der Jugend aufs Spiel setzen, denen Bomben wichtiger sind als Bildung. Aber mit Augenschere und Verschleierung ihrer Ziele wollen Großkapital und CDU/CSU die Jugend für ihre jugendfeindliche Politik gewinnen. Dazu bedienen sie sich besonders der „Jungen Union“ und auch der „Schüler-Union“ — ein Tarnmäntelchen für reaktionäre Politik an der Schule.

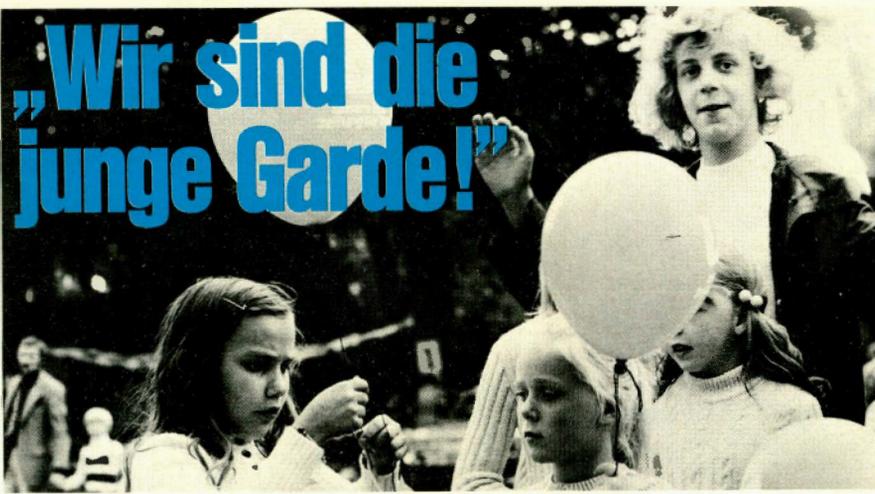
Die Arbeiterjugend sieht sich ähnlichen Angriffen auf ihre Rechte ausgesetzt wie die Schüler. Lehrlinge werden gezwungen, an veralteten Maschinen zu lernen. Wenn sie bessere Ausbildung fordern, schaffen die Unternehmer die Ausbildung einfach ab, indem sie keine Lehrplätze mehr zur Verfügung stellen. Jugendvertreter und aktive Gewerkschafter werden entlassen. Wirksame Mitbestimmung wird verweigert. Die Großkonzerne jagen die Preise in die Höhe, drücken den Lohn und bauen Arbeitsplätze ab. Das lassen sich immer mehr Lehrlinge, junge Arbeiter, Angestellte und Beamte nicht länger bieten. Sie organisieren sich, erheben Forderungen, starten Aktionen.

Immer öfter geschieht es, daß Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter gemeinsam auftreten. Und immer mehr Schüler erkennen: Gemeinsam mit der Arbeiterjugend kann die Schülerbewegung erfolgreich kämpfen. Gemeinsam mit der Arbeiterjugend, den Arbeitern und Angestellten, den Eltern, den Lehrern, kann der Kampf gegen den Hauptfeind der Jugend, der arbeitenden Menschen geführt werden: gegen das Großkapital.

Mit den Schülerforderungen legt die SDAJ der Schülerbewegung unseres Landes Forderungen vor, auf die sich alle einigen können:

- Mehr Geld für die Bildung — weniger für die Rüstung!
- Finanzielle Forderung für Schüler — Eltern entlasten!
- Weg mit dem Bildungsprivileg der Herrschenden!
- Fortschrittliche, demokratische Bildungsinhalte!
- Wirksame Mitbestimmung für Schüler, Lehrer und Eltern!

„Wir sind die junge Garde!“



Viele Kinder von Arbeitern und Angestellten wünschen sich die Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitgestaltung, zum Spiel, zur Freundschaft untereinander und zur Solidarität mit den Kindern in aller Welt. Sie suchen nach einer Gemeinschaft.

Wir wollen diesen Kindern helfen. Deshalb rufen wir auf zur Schaffung zahlreicher Kindergruppen, zum Aufbau einer sozialistischen Kinderorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen damit einen Beitrag leisten, um für die Kinder und mit ihnen eine glückliche Kindheit und Zukunft zu erkämpfen.

Sozialistische Kindergruppen bieten die Möglichkeit zu Spiel, Sport und Erholung, regen zum guten Lernen, kritischen Denken und fortschrittlichen Handeln an. Sie wirken für bessere Einrichtungen für die Kinder, für eine bessere und saubere Umwelt, für Kinderspielplätze, für bessere Schulen mit kleinen Klassen und für moderne Berufsausbildung. In den Kindergruppen bereiten sich die Kinder vor, ihren Platz einzunehmen in der Arbeiterbewegung. Sie bereiten sich vor auf die Welt von morgen, die ihnen gehören soll.

Warum sind solche Gruppen notwendig?

Die Umstände, unter denen die Kinder heranwachsen, geben die Antwort auf diese Frage. Überall stehen die Kinder hinten an. Die Arbeiterfamilien sind Opfer von Reallohnminderung, von Preis- und Mietsteigerungen. Die Schulsituation ist von Schulraumnot und Lehrermangel, von der Benachteiligung der Arbeiterkinder gekennzeichnet. Was an den Schulen gelehrt wird, entspricht nicht den Arbeiterinteressen. Fortschrittliche Lehrer werden mit Berufsverboten verfolgt. Kindergärten, Schulen und Jugendheime fehlen, weil das Geld für Kasernen, Raketen und Panzer ausgegeben wird. Der soziale Wohnungsbau ist fast völlig zum Erliegen gekom-

men, weil Inflation und kapitalistische Währungskrise die Mittel dafür verschlingen. Die verkehrsreichen Straßen unserer Städte verwandeln sich immer mehr in tödliche Fallen für unsere Kinder, denen zu wenig und zu schlechte Spielplätze zur Verfügung stehen. Hunderttausende ausländische Arbeiterkinder leben unter besonders kinderfeindlichen Bedingungen, sind von ausreichender Bildung ausgeschlossen und vielfach zur Kinderarbeit gezwungen. In Filmen, Literatur und Fernsehen wird den Kindern vielfältig Gewalttätigkeit und Rassismus nahegebracht. Die Gedanken der Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber ihresgleichen, die Gedanken der Völkerfreundschaft und Achtung vor den arbeitenden Menschen findet man hingegen kaum in Massenmedien.

Diese Kinderfeindlichkeit ist das Produkt des kapitalistischen Systems, in dem Profit über alles geht und in dem die Rechte der Kinder täglich und stündlich mit Füßen getreten werden. Oft versuchen die Kinder, sich zur Wehr zu setzen, aber allein erreichen sie nichts. Sie brauchen die Kindergruppen, sie brauchen die Solidarität der ganzen Arbeiterbewegung.

Die Eltern wollen das Beste für ihre Kinder

Es ist daher eine Aufgabe der Arbeiterbewegung und aller anderen Demokraten, gemeinsam mit den Eltern und den Kindern, die kinderfeindliche Umwelt zu verändern und ihre Anforderungen an Bildung, Gesundheitsvorsorge und Spielmöglichkeiten für Kinder durchzusetzen. Sozialistische Kindergruppen können den Eltern eine Hilfe sein bei der Durchsetzung ihrer Forderungen zum Wohle der Kinder.

Aufruf zur Schaffung von Kindergruppen und zum Aufbau einer sozialistischen Kinderorganisation der BRD

Deshalb rufen wir auf zur Schaffung hunderter Kindergruppen!

Wir rufen auf zur Gründung einer sozialistischen Kinderorganisation am 1. Juni 1974, dem Internationalen Kindertag!

Wir rufen dazu auf, daß sich fortschrittliche Pädagogen, Arbeiter und Angestellte, Eltern sowie Vertreter der Arbeiterbewegung und Jugendliche aus der Arbeiterjugendbewegung als Betreuer für diese Gruppen zur Verfügung stellen.

Wir wollen damit einen Beitrag leisten im Sinne der Tradition der proletarischen Kinderbewegung in unserem Land und im Sinne der weltweiten Pionierbewegung. Allen Organisationen, die zum Wohle der Kinder tätig sind, wollen wir zugleich unsere Zusammenarbeit anbieten.

Die Kinder wollen die Welt sehen wie sie ist. Das hat sich gezeigt in der Entwicklung von Kindergruppen, die Teil sind der Bewegung für Frieden, Freundschaft und Solidarität.

Helfen wir den Kindern. Gewinnen wir sie als jüngsten Teil der Bewegung, die die Welt verändern und für alle bewohnbar machen will, die den Frieden sichern will. Geben wir ihnen ein gutes Vorbild. Erziehen wir sie zur Achtung vor den Arbeitern und der Arbeit, zur Freundschaft mit den Kindern in aller Welt, zur Sympathie für die Völker der sozialistischen Länder, wo den Kindern eine glückliche Perspektive geboten wird. Entwickeln wir mit den Kindern die Solidarität mit den sich befreienden und gegen den Imperialismus kämpfenden Völkern, mit den Kindern ausländischer Kollegen.

Jetzt gilt es, den 1. Juni, den Internationalen Kindertag, überall mit Kinderfesten und Aktionen für die Rechte der Kinder zu begehen. Es gilt, Ferienfahrten der Kinder vorzubereiten. Jetzt muß die Zusammenarbeit der Kindergruppen und der Gedankenaustausch unter ihnen weiterentwickelt werden.

Vor allem brauchen wir zahlreiche sozialistische Kindergruppen und viele Mitstreiter als Fundament einer sozialistischen Kinderorganisation.

Dortmund, den 3. März 1974

Den Geldräubern auf der Spur!

Warum keine Inflation in der DDR?

Von Prof. Jürgen Kuczynski (DDR)

Gibt es Preissteigerungen bei uns? Natürlich gibt es Preissteigerungen bei uns! Und ich hoffe, daß es bald wieder welche gibt — zum Beispiel für hochprozentige alkoholische Getränke. Wir haben kein absolut starres Preissystem, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung Preissteigerungen und Preissenkungen. Auch wenn die Produktivität bei der Herstellung einzelner Waren besonders stark steigt, haben wir Preissenkungen.

Die Preise von „Grundwaren“ des täglichen Konsums jedoch bleiben unverändert: Brot, Kartoffeln, Mieten, Fahrkarten für Eisenbahnen, Busse usw. ändern ihre Preise überhaupt nicht. Man ist ihrer immer sicher. Das ist sehr wichtig.

Die Preisgestaltung für die einzelne Ware dient bei uns dem Menschen. Die Entwicklung des Durchschnitts-

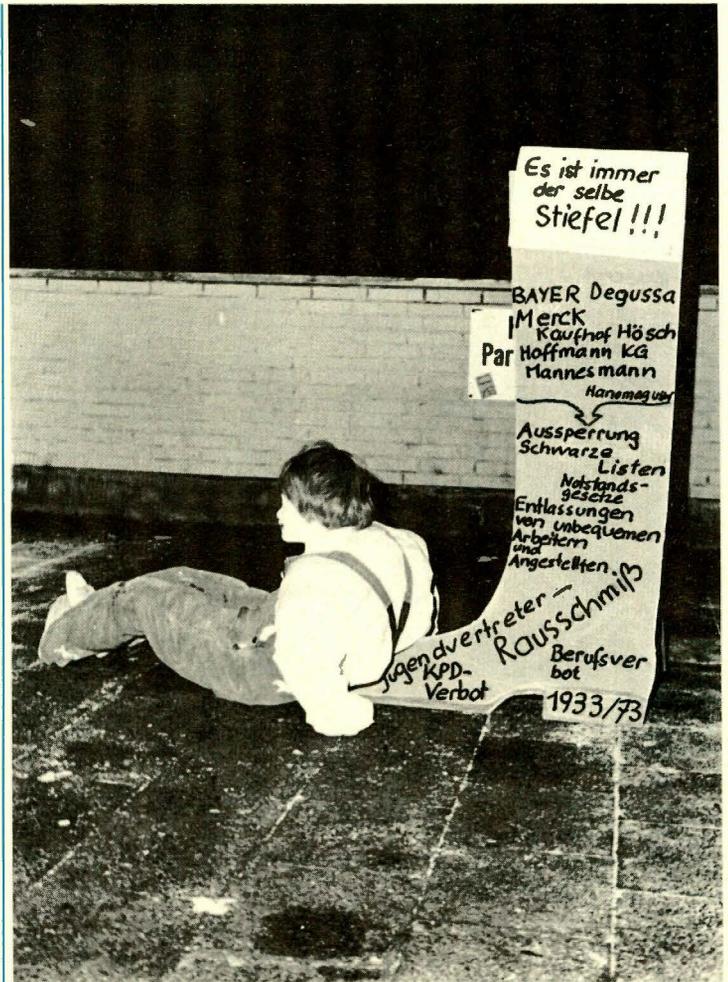
preises aller Waren aber ist natürlich objektiv bestimmt, durch die Produktivität, die Zahl der vorhandenen Waren, die Einkommen der Käufer usw.

Das sind die Tatsachen. Warum haben wir keine Inflation? Ja, warum sollen wir eine Inflation haben? Im Kapitalismus gab es ja auch nur ganz selten Inflationen, wenn wir die Zeit von 1820 bis 1900 betrachten. Die Frage sollte vielmehr lauten: Warum gibt es heute Inflation im Kapitalismus? Warum steigen in der BRD und den USA, in England, Frankreich und anderswo die Preise dauernd?

Die Inflation heute ist durch die Monopole verursacht, die immer höhere Subventionen vom Staate erhalten, immer höhere Preise für ihre Lieferungen an den Staat (Rüstungen, Straßenbauten usw.) fordern. Der Staat, der wahrlich gewaltige Summen aus der Lohnsteuer einnimmt, muß trotzdem immer mehr Schulden machen, um den Forderungen der Monopole nachzukommen. Immer steigende Staatsschulden (und Schulden der Länder und Gemeinden) bedeuten aber immer steigenden Geldumlauf, letztlich Papiergeldruck.

Natürlich wäre ich begeistert über eine sozialistische Bundesrepublik. Aber um die Inflation in der BRD zu beseitigen, dazu braucht man wahrlich keine sozialistische Revolution. Dazu ist nur eine Beschränkung der Macht der Monopole, ein Abstoppen der ungeheuerlichen Staatssubventionen in dieser oder jener Form an sie, ein Preisstopp für ihre Produkte notwendig.

Und für eine solche Politik der relativen Preisstabilität ist natürlich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der BRD heute zu gewinnen — mit Ausnahme der Monopolisten und Spekulanten.



In einer gelungenen Aktion prangerte die SDAJ Darmstadt die Machenschaften der Bosse an: Aussperrung, Rausschmiss, Schwarze Listen — alles soll zur Einschüchterung und Unterdrückung der

Arbeiter und der Jugend führen. Dagegen hilft nur der gemeinsame Kampf der Jugend — wie die Aktionen gegen die Jugendvertreterausschüsse gezeigt haben!

Kleine Rote Reihe

Kleine Rote Reihe 19 — Mit den Kommunisten für die Rechte der Jugend. Arbeiterjugendkonferenz der DKP 160 Seiten, 3,— DM

Kleine Rote Reihe 20 — Jugend und Freizeit. Aktionskonferenz von SDAJ und elan. Referate und Diskussionssergebnisse. Ca. 80 S., 3,— DM

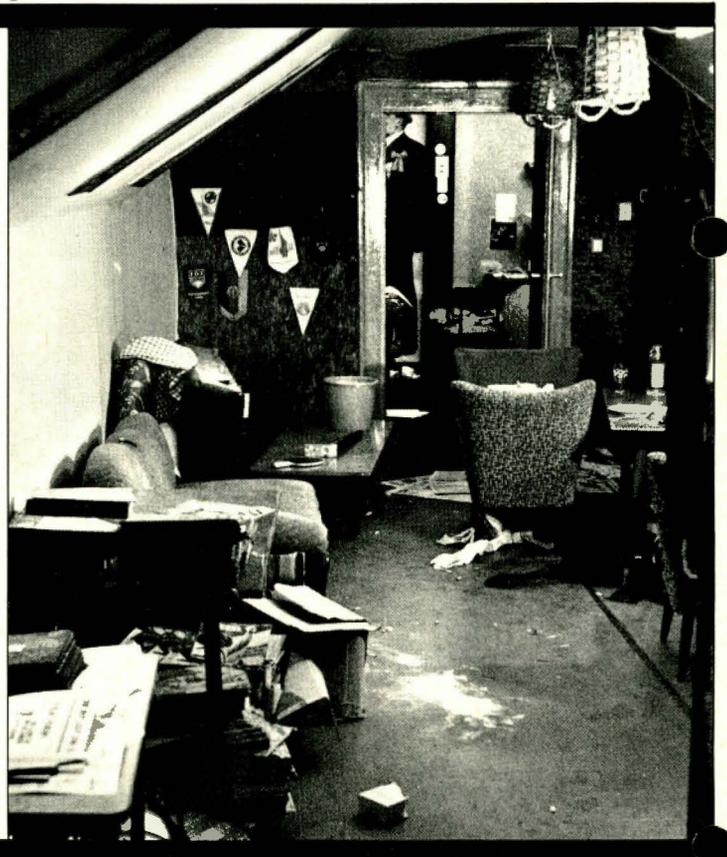
Weltkreis-Verlag
46 Dortmund
Brüderweg 16
Tel. 02 31 / 57 20 10



In Düsseldorf ist das Salvador-Allende-Centrum eröffnet worden. Aufgaben und Vorhaben des Centrums sind: Ausarbeitung eines Freizeitprogramms mit Vorträgen, Diskussionen, Gesprächen, Veranstaltungen. Diskothek mit Tanz und Filmvorführungen. Foto- und Plakatausstellungen. Dichterlesungen. Einladung von populären Personen, z. B.

Heinz Lucas, den Trainer von Fortuna Düsseldorf. Gründung einer Fußballmannschaft. Ihr seht, ein reichhaltiges Programm. Für die, die in der Nähe von Düsseldorf wohnen: Der Club ist in der Moltkestr. 20, Tel. 46 42 33. Und für andere Gruppen: vielleicht ist eine Anregung für euer Programm dabei!

„Ihr roten Säue werdet etwas erleben!“ Mit diesen Anrufen fing es an. Dann wurde das Zentrum der SDAJ Wuppertal verwüstet. Unter anderem wurden Telefon- und Beitragsgelder und — was noch sehr viel schlimmer ist — Solidaritätskassen für das kämpfende chilenische Volk und für eine Schule in Vietnam gestohlen. In der Presseerklärung der SDAJ Wuppertal heißt es: „Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Polizei auf dem rechten Auge blind ist und auf dem linken schon Gespenster sieht. Wie sonst erklärt es sich, daß Jugendliche der Initiative selbstverwaltetes Jugendzentrum fast schon auf dem Weg zur Toilette beschattet werden und faschistische Elemente mit ihren Provokationen wüten können?“



Auf der Illustrierten vorn . . .

DKP stellt Frauenforderungsprogramm zur Diskussion

Von Karin Keller

25 Jahre nach der Proklamierung des Grundgesetzes, ein Vierteljahrhundert nach der Verkündung der vollen Gleichberechtigung werden die Frauen in der BRD immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt — in Schule, Betrieb und Gesellschaft.

Zum Internationalen Frauentag übergab die DKP der Öffentlichkeit den Entwurf „Für eine demokratische Frauenpolitik — Grundsätze und Forderungen der DKP“. Im Mittelpunkt der Vorschläge stehen das Recht auf Arbeit, auf Sicherung des Arbeitsplatzes, auf gleichen Lohn bei gleichwertiger Leistung, das Recht auf gleiche Bildung und Ausbildung, das Recht auf soziale Sicherheit der Frau und Familie, das Recht auf Schutz von Mutter und Kind und das Recht der Frau auf Selbstentscheidung.

An wen richtet sich dieser Entwurf? Zunächst einmal an die Millionen Frauen in der BRD, die von Beruf und Haushalt doppelt belastet werden; an die Mädchen, die für ihren weiteren Lebensweg schlechtere Chancen

haben als Jungen. Aber gleichzeitig richtet sich dieser Entwurf an die Kollegen in den Betrieben, in deren Interesse es liegt, im Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt gleichberechtigte Frauen an ihrer Seite zu haben.

Alle fortschrittlichen Kräfte — Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Frauen- und Jugendorganisationen — sind aufgerufen, ihre Meinung zu dem Entwurf zu sagen. Denn eins ist klar: „Die DKP braucht die Unterstützung und Mitarbeit zahlreicher Frauen und Mädchen, so wie die Frauen und Mädchen für ihr erfolgreiches Wirken auch die DKP brauchen“.

Der Entwurf ist zu beziehen bei: DKP, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 77.

Ein Haus für uns allein!

Song der Jugend-Freizeitinitiative in Witten

Wir woll'n ein Jugendzentrum
ein Haus für uns allein
Wir woll'n uns selbst bestimmen
und da funkt uns keiner drein
Zu Hause ist es Scheiße
da bist du ganz allein.
Die Alten sind bloß sauer
und hacken auf dich ein.
Wir krieg'n die Selbstverwaltung
wenn wir zusammen sind.
Zusammen sind wir stark
das weiß doch jedes Kind.

HERMANN, DRESSSEL,
SCHÄFER RAUS —
FÜR EIN FREIES JUGEND-
HAUS!

MIT DEM SAALBAU SIND
SIE FIX
FÜR DIE JUGEND TUN
SIE NIX!
FÜR EIN FREIES JUGEND-
ZENTRUM!

Du wirst nur angeschissen,
in der Arbeit und zu Haus
und machst du was dagegen,
dann fliegst du einfach raus
Wir woll'n die Selbstverwaltung,
und wem das nicht gefällt,
der ist vom Jugendamt und blöd,
das weiß doch alle Welt.
Sie haben's uns genommen,
unser freies Heim,
doch wir kämpfen weiter,
die Stadt kriegt uns nicht klein!

KAPITAL UND JUGEND-
AMT
ARBEITEN HAND IN
HAND
SCHÄFER HEISST ER,
UNS BESCHEISST ER!

Kauft Bausteine für die Arbeiterpresse, für die UZ. Macht die Arbeiterpresse stark!

Baustein

für die Förderung der Arbeiterpresse.
für die UZ,
die Waffe im Kampf um Frieden,
Demokratie und Sozialismus

DM Zwei

DKP

Deutsche Kommunistische Partei
-Partei-vorstand-



21-22.9.1974 JAHRE NATIONALE BEFREIUNGSFRONT

Am 21./22. September 1974 werden die Düsseldorfer Rheinwiesen etwas noch nie Dagewesenes erleben: Die Zeitung der DKP, „Unsere Zeit“, lädt zu ihrem ersten zentralen Pressefest ein, zum Fest der Arbeiterpresse 1974!

Damit setzt die UZ eine große Tradition der sozialistischen Arbeiterpresse fort. Denn im Gegensatz zu den Pressebällen der großbürgerlichen Meinungsmacher, die Treffpunkt der Großindustrie und der Hochfinanz mit den Play-

boys der oberen Zehntausend und der etablierten Bonner Parteien sind, im Gegensatz dazu wird das Pressefest der UZ zum Volksfest der arbeitenden Menschen und ihrer Zeitung!
Also: Termin vormerken!

Bundeswehr-Reklame in Prosa

Hitler-Offizier publiziert bei Bertelsmann

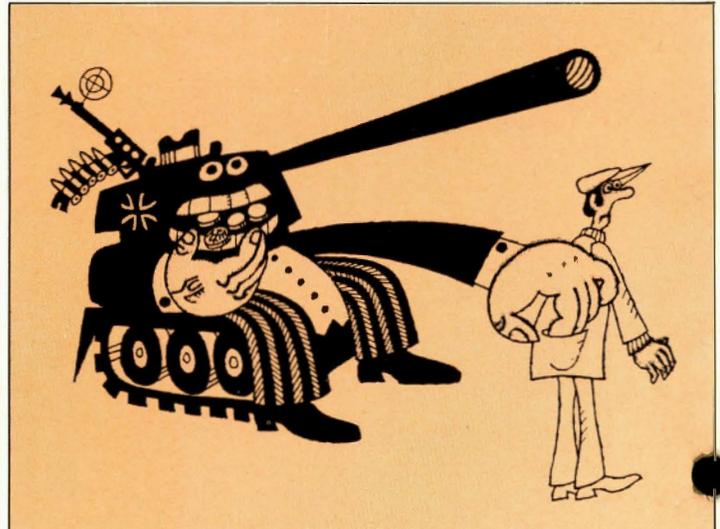
Von Ulf Stuberger

Unter dem Titel „Beurteilung für Hauptmann Brencken“ hat der Kommandeur des Rundfunkbataillons in Andernach, Oberstleutnant Reinhard Hauschild, schlecht getarnte Werbung für die Bundesarmee in literarischer Form veröffentlicht.

Unter Hitler kämpfte Hauschild als Artillerie-Offizier, von 1948 bis 1955 war er Journalist in Frankfurt, dann stieg er wieder ins Ge-

schäft des Militarismus ein, wurde Hauptmann und dann der erste Presseoffizier der Bundeswehr. Der Mann kennt sich also aus in Propaganda, hat jahrelange Erfahrung in der militaristischen Werbebranche.

Die Hauptfigur des Romans, Hauptmann Karl-Helmut Brencken, trägt vermutlich starke Züge des Autors selbst. Reinhard Hauschild schildert sich selbst als sympathischen Offizier, gutaussehend und nicht schüchtern, mit viel Erfolg im Bett und weniger in der Karriere. Was wird dargestellt: Der Bundeswehr-Hauptmann Brencken leidet an einem „Bruch“ in seiner Vergangenheit. Der menschenfreundliche Whiskyfreund, Skatspieler und Feinschmecker ist wie du und ich. Wenn der Verlag C. Bertelsmann durch Ankündigungen und Pressemitteilungen auch glauben machen will, daß sich der Roman „kritisch mit unserer Zeit und der jüngsten Vergangenheit“ auseinandersetzt, muß man trotzdem bei dem Urteil bleiben: Das ist ein Propagandaroman für die Bundeswehr. Ja, man erlebt den „Alltag“ des Mi-



Nach der NATO-Ratstagung: „Spürst Du denn noch immer nicht die Bedrohung aus dem Osten?“

litarismus: Kasernenleben, Schießübungen, Sabotagefälle, Casino-Zechereien, Mannschaftssorgen, Kriegsdienstverweigerung (oho!), Lehrgangssängste und einige kleinere Querelen zwischen „Traditionalisten“ (so der Verlag über faschistische Bluthunde, die heute wieder in Amt und Würden des bundesdeutschen Militärapparates stehen) und den „fortschrittlichen Offizieren“ (womit die Verlags-

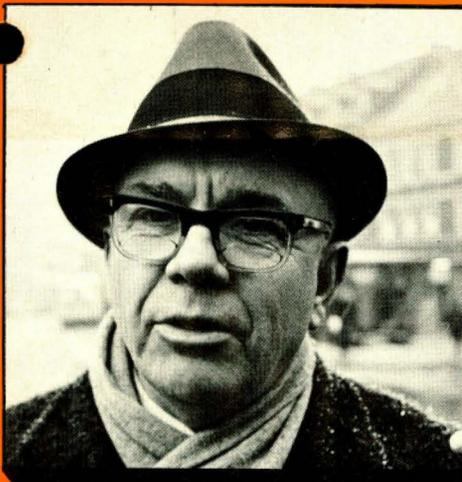
mitteilung die Figuren meint, die sich darum bemühen, das Bild der Bundeswehr nach außen poppig zu verkaufen).

Im übrigen lohnt es sich nicht, die sprachliche Seite, den Stil des Machwerks zu beschreiben. Wie sagt Hauschild selbst über die Hauptfigur seines Romans? „Er kommt über eine geradezu versteinerte Mittelmäßigkeit nicht hinaus.“ Genau!



Letzter Mode-Schrei aus Dortmund: die elan-Pullis sind da. Farbe: Weiß, mit rotem elan-Aufdruck (waschecht). Alle Größen sind möglich. Preis: 19 DM. Aus technischen Gründen bitten wir unsere Leser, den Betrag bei Bestellung direkt auf unser Postscheckkonto zu überweisen: Weltkreis-Verlag, Dortmund; Postscheckkonto Ffm., Nr. 2032 90 - 600.

Der linke Abschnitt der Zahlkarte gilt als Bestellung. Vergeßt folgende Angaben dabei nicht: Name und Adresse, gewünschte Pulli-Größe.



Revolutionäre im Interview



Im Jahr 1905 — also noch zu Kaisers Zeiten — wurde Clemens Kraienhorst in Bottrop in einer alten Bergmannsfamilie geboren. Nach dem Volksschulabschluß 1919 — die Chance, weiter zur Schule zu gehen, gab es für Arbeiterkinder damals praktisch gar nicht — wurde er wie sein Vater und Großvater Bergmann auf „Hibernia“. Mit 17 ging er in die Gewerkschaft, 1929 wurde er Mitglied der KPD. 1933 kandidierte er noch auf der Liste der KPD für das Stadtparlament, wurde von den Nazis verhaftet, saß ein Jahr lang im Gefängnis und KZ und stand anschließend unter Überwachung. Während des Krieges arbeitete Clemens Kraienhorst wieder im Bergbau, wurde noch 1944 Soldat und kam Ende 1945 aus der Gefangenschaft zurück nach Bottrop auf die Leiche „Rheinbaben“. Heute ist er Stadtabgeordneter der DKP im Bottroper Stadtparlament.

elan: Wie war das 1945, als du in den Betrieb zurückgekommen bist. War da Zeit, um von den Verfolgungen und Strapazen der Nazi- und Kriegszeit auszuruhen?

Clemens Kraienhorst: Es ging sofort wieder voll ran. Schon kurze Zeit nach meiner Einstellung wurde ich zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Eigentlich wußte ich damals selbst nicht so recht, wie ausgerechnet ich dazu kam.

Schon ein halbes Jahr später war dann ein Treffen der Betriebsratsausschüsse in Recklinghausen. Da habe ich zur Diskussion gesprochen und wurde auf Anhieb zum Vorsitzenden

vom Gesamtbetriebsrat von „Hibernia“ gewählt, der dann allerdings auf Anweisung der Direktion in Betriebsrats-Ausschuß umbenannt wurde. Von da an war ich auch immer — solange ich im Betrieb war — Delegierter zum Gewerkschaftstag.

elan: Du bist auch schon lange in der Kommunalpolitik aktiv. 1933 hattest du schon kandidiert. Wie ging es damit nach der Zerschlagung des Faschismus weiter?

Clemens Kraienhorst: 1946 war ich im Entnazifizierungsausschuß. Bis 1954 war ich Landtagsabgeordneter der KPD in NRW. Und seit 1948 auch Stadtverordneter, bis ich 1956 nach dem KPD-Verbot aus dem Parlament flog. Zwischendurch habe ich erfolgreich als Unabhängiger und für die Demokratische Wählerunion kandidiert. Heute bin ich wieder Stadtverordneter der DKP.

elan: Im vergangenen Jahr wurdest du von der Stadt Bottrop „für besondere Verdienste um den demokratischen Aufbau der Stadt“ ausgezeichnet. In deinem Wahllokal „Jockenhöfer“ entfielen auf dich zuletzt 30 Prozent der Stimmen. Wie kommt das? Was hat die DKP-Fraktion im Stadtrat getan?

Clemens Kraienhorst: Nun, da gibt es einige Beispiele für die Arbeit vom Genossen Heinz Czymek und mir als Abgeordnete. Zum Beispiel die Geschichte mit dem Gesundheitshaus, das wir jahrelang gefordert hatten und das schließlich gebaut wurde. Als ich nach einiger Zeit zum Vorsitzenden des Gesundheitshauses komme, sagt der: Herr Kraienhorst, haben wir hier nicht ein schönes Haus? — Ist ja auch lange drum gekämpft worden, hab ich geantwortet. — Meint er: Das haben wir euch zu verdanken. — Ich: Da waren aber noch mehr. — Er: Sicher, aber ihr wart die Trommler. Die Geschichte mit den Trommlern kriegen wir immer wieder zu hören.

In einem anderen Fall haben wir einen Mieterprozeß gegen die Ruhrkohle AG gewonnen und so eine drastische Mieterhöhung verhindert. Den Rechtsanwalt haben wir von den Abgeordnetenbüros bezahlt. Oder als die Hundesteuer erhöht werden sollte: die trifft ja vor allem alte Leute, die Spaß an ihrem Hündchen haben, am härtesten, also gerade die „armen Hunde“. Da haben wir dann den Antrag auf eine Steuer für Reitpferde gestellt. Eine wichtige Unterstützung für unsere Tätigkeit ist dabei die Stadtzeitung der DKP „UZ-Notizen aus Bottrop und Gladbeck“.

elan: Uns interessiert noch besonders, in welcher Weise du dich im Stadtrat für die Belange der Jugend einsetzt.

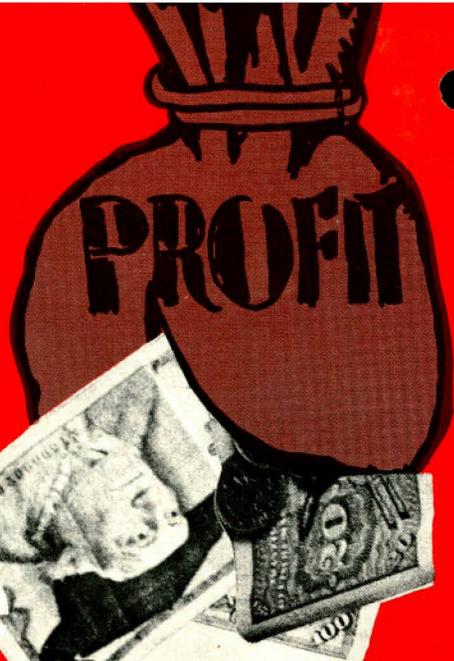
Clemens Kraienhorst: Da wäre zum Beispiel die Geschichte mit dem Schulbus vom letzten Sommer: Die Stadt wollte den Bus nur noch halbtags stellen. Da haben wir von unseren Ratsspesen einen DKP-Bus eingerichtet, der täglich von 135 von den 138 betroffenen Kindern benutzt wurde. Schon nach elf Tagen stand der städtische Bus wieder voll zur Verfügung. Noch eine Geschichte: Es gibt hier einen „Schulausschuß“, dem Ratsmitglieder und „sachkundige Bürger“ angehören sollen. Wir haben vorgeschlagen, Vertreter der Schülermitverwaltung da hineinzunehmen. Das wurde abgelehnt. Unter den Schülern kam es zu einer Protestbewegung, zu einer Demonstration. Es wurde erreicht, daß zumindest bei wichtigen Sitzungen Schülervertreter gehört werden.

Außerdem sind wir im Rat von Anfang an als einzige Fraktion für ein Haus der Jugend eingetreten, das bei der Stadtverwaltung nur auf dem Papier steht. Im letzten Herbst kam es vor dem Rathaus zu einer Demonstration für den sofortigen Baubeginn. In Sachen Jugendhaus werden wir wieder wie bei allen anderen Sachen am Ball bleiben

Herbert Stiefvater: Der Rote Ratsherr kämpft für Nürnbergs Jugend

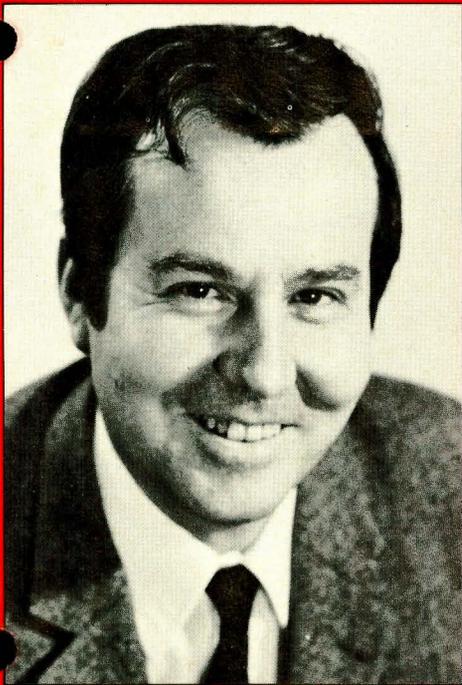
Einzelne Zimmer haben seit vielen Jahren keine Farbe mehr gesehen. Viele Treppen sind so ausgetreten, daß es schon Unfälle gegeben hat. Toiletten sind in einem unmöglichen Zustand. Die Fenster sind so undicht, daß Lehrer und Schüler laufend über Zugluft klagen. Die Raumverhältnisse sind unerträglich. Alle Zimmer sind vollgestopft mit Tischen und Schränken. Es gibt nicht einen einzigen Raum, wo sich Schüler aufhalten können. In der Schule gibt es nur einen Fachraum mit Rechenmaschinen, so daß nur jeweils die Hälfte einer Klasse mit Maschinen rechnen kann, während die andere Hälfte herumsitzt.

So sieht es in der Berufsschule 6 in Nürnberg aus. Das Berufsschulwesen in Nürnberg ist seit Jahren krank. Und seit Jahren fordern die Berufsschüler, Jugendvertreter, Gewerkschaften und Jugendverbände, daß die Stadt endlich mit diesen Mißständen Schluß macht. Die Antwort des Stadtrats war stets das traurige Lied: „Keine Mittel, keine Mittel . . .“ Woher soll das Geld kommen?



Der neue Nürnberger Trichter





betreibenden, denen die Einrichtung ausschließlich oder in hervorragendem Maße zugute kommen, Beiträge erheben können.“ Der DKP-Abgeordnete Herbert Stiefvater spricht zur Etatberatung für das Jahr 1973. Wieder einmal sollen die Berufsschüler vertröstet werden. In seinem Antrag führt Stiefvater aus, daß es ja gerade den Betrieben zugute kommt, wenn die theoretische Ausbildung der Lehrlinge verbessert wird. Also sollen sie auch dafür zahlen. Dann wird das nötige Geld schon zusammenkommen. Unruhe bei den anderen Stadtratsfraktionen. Klar, daß etwas geschehen muß. Die Berufsschüler werden immer unruhiger. Aber den Bossen an die Kasse? Das will niemand. Der „Kronjurist“ Dr. Sauber des Stadtrats wird bemüht. Im „Handbuch des gemeindlichen Steuerrechts, Teil I, zum Bayerischen Gemeindeabgabenrecht“ gräbt er einen Kommentar aus, in dem es heißt, daß Berufsschulbeiträge von gewerbetreibenden „Arbeitsgebern“ nicht mehr erhoben werden dürfen.

gesetzt wurde. Diese Naziverordnungen sind — laut Grundgesetz — heute nicht mehr gültig. Aber das interessiert die übrigen Stadträte wenig. Sie lassen es zu, daß die Bosse immer noch Nutzen aus der Kriegs- und Notverordnungs politik der Nazis ziehen — auf Kosten der Nürnberger Jugendlichen.

„Der Stadtrat möge beschließen ...“

„Der Stadtrat möge beschließen: Zur Finanzierung eines neu zu errichtenden Berufsschulzentrums erhebt die Stadt von den Industriebetrieben mit mehr als 200 Beschäftigten und von den Handelsbetrieben mit mehr als 10 Millionen DM Jahresumsatz einen auf fünf Jahre befristeten jährlichen Finanzierungsbeitrag... Der Stadtrat stützt sich bei dieser Beitragserhebung auf die Artikel 1 und 9 des Gemeindeabgabengesetzes, wonach die Gemeinden zur Deckung des Aufwandes für öffentliche Einrichtungen von Gewer-

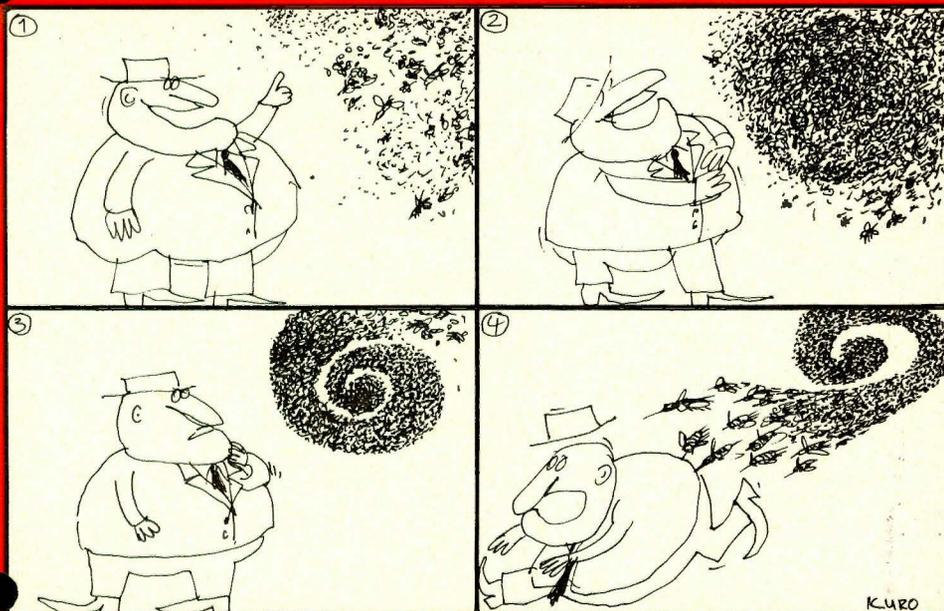
Wer den Bossen nichts nimmt ...

Herbert Stiefvater läßt sich nicht abspesen. Inzwischen hat der Antrag auf einer Polit-Party der IG-Metall-Jugend, bei Schülermitverwaltungen, Berufsschülern und Berufsschullehrern großen Anklang und Unterstützung gefunden. Zur Etat-Beratung 1974 liegt der Antrag erneut auf dem Tisch. Mit einem Rechtsgutachten: Es zeigt auf, daß eine Berufsschulabgabe in Bayern und im Deutschen Reich bis 1942 gesetzlich verankert war und erst durch eine Kriegsverordnung der Nazi-Reichsverwaltung außer Kraft

... kann der Arbeiterjugend nichts geben!

Selbst die Einleitung der Normenkontrolle (bei der lediglich die Rechtslage gerichtlich überprüft wird) lehnte die SPD-Fraktion ab! Somit wird bei den ganzen Vorgängen eins klar: außer der DKP will keine Partei die Superprofite der Bosse stützen, obwohl mit diesem Geld dringend notwendige Aufgaben bewältigt werden könnten. Dann lieber mit Vollgas in die Pleite! Aber soweit wird es nicht kommen — darüber sind sich Herbert Stiefvater und viele Nürnberger einig. Gemeinsam treten sie — innerhalb und außerhalb des Stadtrats — dafür ein, daß an Nürnbergs Berufsschulen endlich vernünftig gelernt werden kann. Auf einem Diskussionsforum der Gewerkschaftsjugend wurde der Finanzierungsantrag voll unterstützt. An den Berufsschulen ist eine Unterschriftenaktion angelaufen. Allein vor der Berufsschule 3 wurden an Informationsständen vor Schulbeginn 380 Unterschriften gesammelt. Die Nürnberger Jugendlichen haben erkannt: Kampflös rücken die Bosse keine müde Mark raus. Und es bestätigt sich erneut die Lösung: Wer den Bossen nichts nehmen will, kann der Arbeiterjugend nichts geben!

Ruth Sauerwein



Sowjetjugend vor dem
17. Komsomol-Kongreß

Wo der Direktor unter 30 ist

In diesem Jahr sind 135 große Objekte, die in der Sowjetunion errichtet werden, Schwerpunktbauprojekte des sowjetischen Jugendverbandes Komsomol. Zu diesen Baustellen werden mehr als 300 000 Jungen und Mädchen fahren.

Das Durchschnittsalter der Arbeiter auf den sowjetischen Baustellen beträgt 25 Jahre. Was zieht die Jugend zu den Bauprojekten des Fünfjahresplans? Was stellen diese „Komsomolbauprojekte“ eigentlich dar? Welcher Beitrag wird von den Jugendlichen geleistet, damit die Pläne des neunten Planjahres (1971—1975) erfüllt werden?

Diese Fragen des APN-Berichterstatters W. Afinogenow wurden vom Sekretär des ZK des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes Sowjetunion, Gennadi Jelissejew, beantwortet.

Die meisten Bauprojekte sind von den dichtbesiedelten Gebieten weit entfernt und die Jugend ist ja bekanntlich der mobilste Teil der Gesellschaft. Ausschlaggebend ist hier wohl der Wunsch, möglichst viel zu sehen und zu erfahren, sein Können unter Beweis zu stellen und sich im Leben zu behaupten. Das wird in erster Linie berücksichtigt, wenn auf den weit entfernten Bauprojekten neue Baugruppen von Jugendlichen benötigt werden.

Betrachten wir einmal die Standortverteilung der Großbaustellen näher. Geographisch gesehen umfaßt sie riesige Gebiete: vom Traktorenwerk in

Pawlodar (Kasachstan) bis zur Melioration der Ländereien des Polessje-Gebiets in Belorussland, vom Norilsker Hüttenkombinat im Hohen Norden bis zum Karakum-Kanal in Mittelasien, vom KAMAS-Autowerk (am Mittellauf der Wólga) bis zu den Anlegestellen bei Nachodka (Ferner Osten).

Die größten und bedeutsamsten Bauprojekte sind jedoch meistens in Sibirien, im Norden und Fernen Osten gelegen. Die weiten Flächen Westsibiriens und das Gebiet Tjumen — ein sehr weitläufiges gas- und erdölreiches Revier — sind im Grunde genommen ein einziger riesiger Bauplatz.

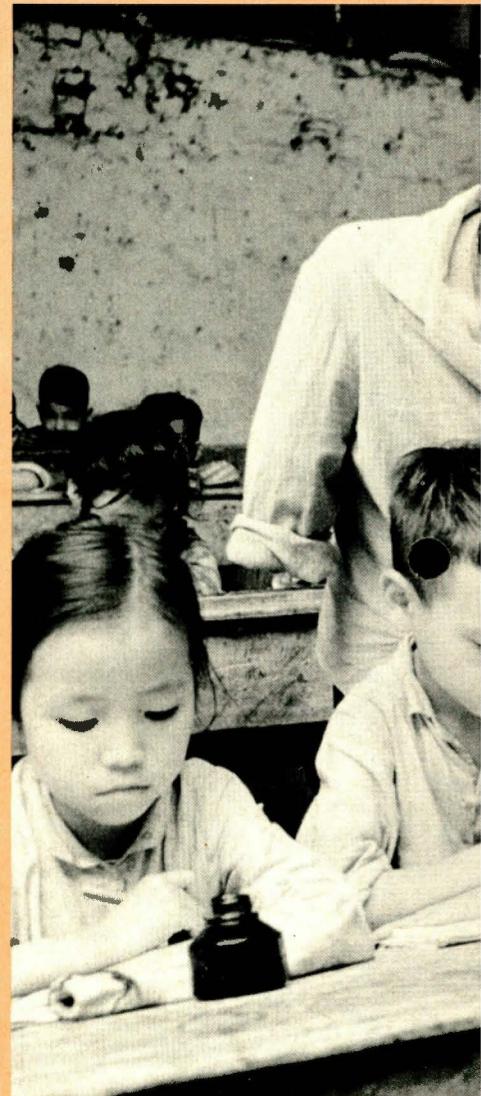
Schwerpunktbauprojekte des Komsomol — diese Worte sind bei den sowjetischen Jungen und Mädchen schon längst gebräuchlich. Im Sommer 1919 hatten sich junge Freiwillige aus Petrograd, Nowgorod und den umliegenden Dörfern aufgemacht, um den Erstling der sowjetischen Kraftwirtschaft — das Wolchow-Wasserkraftwerk — zu errichten. Der Gründer des Sowjetstaates, W. I. Lenin, hatte es ein Stoßbauprojekt genannt, weil sich dort die Kräfte der jungen sozialistischen Republik konzentrierten. Das war der Urahn aller späteren Schwerpunktbauprojekte des Komsomol.

Der Beitrag der Jugend zur Erfüllung des neunten Fünfjahresplans kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. In Westsibirien wird von Jugendlichen eine der größten Energierohstoffbasen des Landes angelegt. 1975 sollen dort 125 Millionen Tonnen Rohöl gefördert werden. Im Raum Kursk werden neue Industriekomplexe entstehen, wodurch die Eisenerzgewinnung in diesem Gebiet jährlich auf 40 Millionen Tonnen gebracht werden kann.

Im Gebiet Tjumen ist vor einigen Jahren die erste Komsomol- und Jugendbauprivatverwaltung des Landes gegründet worden. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch fast alle Brigadeleiter, Meister und Abschnitteleiter, die dieser Verwaltung angehören, sind junge Menschen.

Dieses Beispiel spricht für viele: ein dreißigjähriger Trustleiter ist in Sibirien oder im Fernen Osten keine Seltenheit.

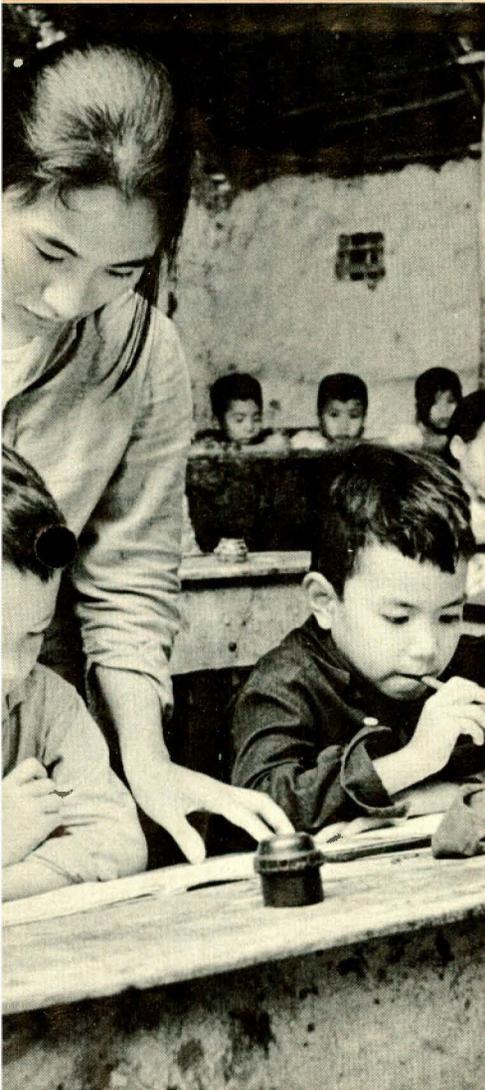
Dieser Prozeß wird vom Leninschen Kommunistischen Jugendverband der Sowjetunion gesteuert und gelenkt. Die örtlichen Komsomolorganisationen sind den Freiwilligen behilflich, sich eine Beschäftigung nach ihrem Geschmack auszuwählen und bieten ihnen eine Arbeit an, die ihrer Ausbildung und ihrem Wunsch entspricht.



Nicht vergessen: Die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk geht weiter! Die Kampagne für den Aufbau der zerstörten Schule in Nam Ha (DRV) ist noch nicht zu Ende. Übrigens: Die SDAJ-Gruppen Karlsruhe und Baden-Baden haben beschlos-

Solidarität mit Griechenland

In einem Appell von 18 Organisationen, darunter DFG/IdK, Jungdemokraten, Junge Europäische Föderalisten, Liberaler Hochschulverband, SHB, Spartakus, Naturfreundejugend,



Chile: Fallt den Henkern in den Arm!

Daß die multinationalen Monopole der USA und der Bundesrepublik bereit sind, über Leichen zu gehen, wenn es um ihren Profit geht; wie bürgerliche Politiker und Presse die Putschgenerale bejubelten; mit welchen barbarischsten Terrormethoden die Junta vergeblich versucht, den chilenischen Menschen die Erinnerungen an die sozialen Errungenschaften der Unidad-Popular-Regierung auszutreiben und ihren Widerstand zu brechen — das alles ist den Dokumenten und Fotos zu entnehmen, die in „Chile — Ein Schwarzbuch“ (Pahl-Rugenstein-Ver-

lag) abgedruckt sind. Mit diesem Buch ist den fortschrittlichen Kräften ein wertvolles Mittel an die Hand gegeben, die Solidarität mit dem chilenischen Volk in der Bundesrepublik zu entwickeln. Es gibt erste Beispiele. Mit einem Plakat „Chile: Hoechst hat mitgeputscht“ ruft die SDAJ die jungen Arbeiter des Chemiegiganten zur Solidaritätsspende auf. „Einen Stundenlohn für die Unidad Popular“ damit verurteilen die jungen Kollegen die Machenschaften ihrer Bosse. Denn deren Geisteshaltung entlarvt ein Dokument, das auf dem SDAJ-Plakat abgedruckt ist: „Der so lange erwartete Eingriff des Militärs hat endlich stattgefunden.“ „Chile wird in Zukunft ein für Hoechst Produkte zunehmend interessanter Markt sein. Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente.“

Gegen diesen Zynismus der Putschhelfer, gegen die Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung — wie sie kürzlich der Bundestagsabgeordnete Holtz entlarvte — gegen den Terror der Junta schließen sich immer mehr Jugendliche in Chile-Komitees zusammen und fordern gemeinsam: Freiheit für Luis Corvalan und alle politischen Gefangenen! Schluß mit der Unterstützung der Faschisten durch die Bundesregierung! Solidarität mit dem chilenischen Volk!

sen, im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs, der in Vorbereitung des IV. Bundeskongresses durchgeführt wird, 2035 Mark für einen Bauabschnitt der Schule zu sammeln. Ein Beispiel für andere Gruppen!



VENCEREMOS

VK, VDS und SDAJ, wird die Bundesregierung aufgefordert, „jegliche politische, militärische und moralische Unterstützung für das Athener Regime einzustellen und den faschistischen Terror zu verurteilen“.

Am 27./28. April werden SDAJ und Spartakus gemeinsam mit Kommunistischer Jugend Griechenlands und dem Weltbund der Demokratischen Jugend ein Internationales Jugendseminar „Solidarität mit Griechenland“ in Düsseldorf durchführen. Zur Teilnahme sind alle demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik aufgerufen.

Am 11. März 1974 wurde im Frankfurter Gewerkschaftshaus von hessischen Gewerkschaftssekretären, die bundesweit von Funktionären des DGB und der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften Unterschriften gegen die chilenische Militärdiktatur sammeln wollen, u. a. gefordert: „Schluß mit dem Terror gegen chilenische Gewerkschafter“ und „Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile“.

**ALLES
ÜBER***

„Alles über Angeln...“ – wörtlich genommen, hieße ein ganzes Buch schreiben. Wir wollen auf diesen Seiten lediglich eine übersichtliche und schnell zu lesende Information geben und schnell zu besten zur Feder haben möchte, greift am besten zur Feder, schreibt uns. Oder kauft sich ein Fachbuch.

„Angeln beruhigt die Nerven...“ – wer hat diesen Spruch nicht schon einmal gehört. Und es ist tatsächlich was dran. Der Angelsport schafft Erholung und Entspannung. Und wenn es plötzlich die Pose unter Wasser zieht, dann kann es sogar ganz schön spannend werden. (Nicht immer hängt ein alter Schuh dran!) Leuten, die z. B. behaupten, in 45 Minuten 60 Fische gefangen zu haben, sollte man nicht unbedingt glauben. Sie sprechen das berühmte Angler-Latein... 1,6 Millionen Freunde des Angelsports sollen sich in der BRD in verschiedenen Vereinen organisiert haben. Und außerhalb der Vereine sind es noch einmal etwa 2 Millionen. Für alle, die es auch einmal versuchen wollen, gibt elan-Redakteur Peter Bubenberger ein paar Tips und Hinweise.

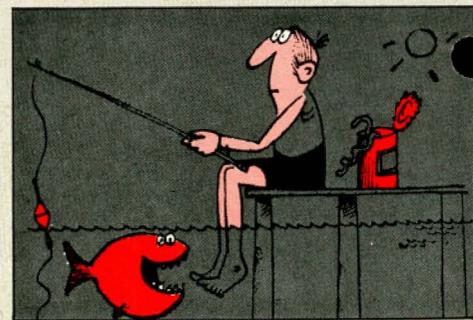


ANGELN

Mit dem Angeln ist das so eine Sache. Wer schaut nicht interessiert zu, wenn ein Fisch angebissen hat. Und jeder Angler schwört immer auf seine Methode, die größten Fische „anzulanden“. Deshalb können wir auf dieser Seite keine Weisheiten verkünden, sondern nur Tips und Hinweise für diejenigen geben, die sich in diesem Sommer das erstmal als Angler versuchen wollen. Wichtig ist hierbei, daß wir die einzelnen Angelarten unterscheiden und uns danach die Ausrüstung in einem Fachgeschäft besorgen. Beim Stippangeln, der einfachen Art des Grundangelns, verwenden wir eine einfache Bambusrute. Geangelt wird vom Bootssteg, von kleinen Brücken oder vom Ufer, wenn es die Bedingungen erlauben. Das „Stippen“ ist die herkömmliche Methode des Friedfischangelns. Wer sich beim Fang von Plötzen, Rotfedern und Brachsen die ersten Erfahrungen erworben hat, wird natürlich seinen Ehrgeiz darin sehen, einen Hecht oder einen Zander zu überlisten. Womit wir schon beim Spinnangeln wären. Die Wahl des Rutenmaterials ist mehr eine Sache des persönlichen Geschmacks. Trotzdem ist es ratsam, wenn man sich in einem Fachgeschäft die Grundausrüstung zusammenstellt, sich von dem jeweiligen Fachverkäufer beraten zu lassen. Und noch etwas. Hat man sich erst einmal eine Grundausrüstung zugelegt, so kann man diese ständig erweitern und vervollkommen.

Was gehört zur Grundausrüstung?

Ja, was gehört eigentlich zu einer Angelgrundausrüstung? Darüber streiten sich wahrscheinlich heute sämtliche „Angelgötter“. Denn, wenn man davon ausgeht, daß in den größeren Fachgeschäften 'zigtausend Gegenstände zur Auswahl stehen, dann könnte man schon ins Grübeln kommen.



Fangen wir beim „Stippen“, der einfachsten und wohl gebräuchlichsten Art des Grundangelns an.

Was kostet sie?

Die Grundausrüstung kostet runde 100,— DM. Dazu gehören: Wurfrute, Rolle, Posen, verschiedene Haken, Angelblei und (wichtig!) der gesetzlich vorgeschriebene Unterfangkescher zum ordnungsgemäßen Landen der Fische.

Nun kann man sich schon ans Wasser setzen und die ersten Versuche machen. Ein paar Dinge wird man nach einiger Praxis gern noch zur Hand haben: ein Päckchen Ersatzhaken, eine Ersatzrolle Schnur, einen Setzkescher zum Aufbewahren der gefangenen Fische (aufpassen: Aale zerreißen die handelsüblichen Nylon-Kescher, man braucht Draht-Kescher). Preis: etwa 10,— DM.

Eine kleine Auswahl aus einem großen Angebot

Dazu kommt eine Gerätetasche (ca. 30,— DM). Achtet bitte darauf, daß die Tasche nicht zu klein ist, je länger man angelt, desto mehr hat man zu verstauen.

Einen Hakenlöser sollten wir unbe-

dingt bei uns haben. Denn gerade An-
 änger kommen schnell ins Schwitzen,
 wenn der Haken einfach nicht aus
 dem Fischmaul will.

„Mittleres und schweres“ Angeln

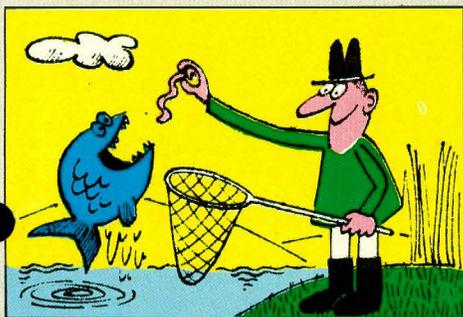
Etwas tiefer in den Geldbeutel muß
 man greifen, wenn man auf mittlere
 und schwere Fische gehen will: also
 auf Karpfen oder auf Raubfische wie
 Hecht und Zander, und wenn man
 hauptsächlich in Flüssen oder im Meer
 (Nord- und Ostsee) angelt.

Die Grundausrüstung kostet hier etwa
 200,— DM. Die Wurfruten, die wir
 beim Stippangeln angeschafft haben,
 können wir, wenn sie nicht gar zu
 leicht sind, auch beim Raubfisch-An-
 geln verwenden, so daß die Ausrüstung
 dadurch natürlich billiger wird.

Empfehlenswert sind Ersatzspulen,
 um auf die notwendigen Schnurstar-
 ken umstellen zu können. Dazu kom-
 men Blinker und Pilker, Stahlvorfach
 und Posen. Wir brauchen auch eine
 stärkere Rolle.

Und nicht zuletzt: gefangene Fische
 wollen auch gegessen sein. Ein Messer
 braucht man zum Schlachten und Aus-
 nehmen. Achtet auf eine ordentliche
 Spitze dabei.

Zuerst einmal: Die Regelungen (Fi-
 schereigesetze) unterscheiden sich in
 den einzelnen Bundesländern. Des-
 wegen haben wir uns an den Bestim-
 mungen von Nordrhein-Westfalen als
 dem größten Bundesland orientiert.

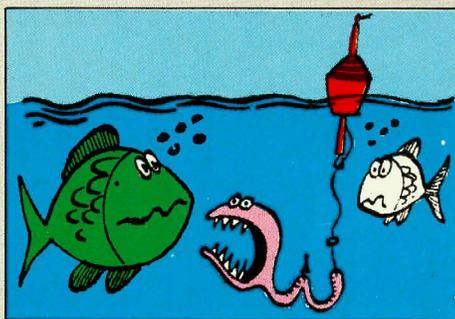


Wo bekomme ich eine Angelkarte?

Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren
 erhalten von der unteren Fischerei-
 behörde an ihrem Wohnsitz (ihr findet
 sie meistens in den Ordnungsämtern)
 gegen eine geringe Verwaltungsgebühr
 und ohne Prüfung einen Jahresfische-
 reischein. (Schüler-Bundesfischerei-
 schein)

Mit diesem Schein kann man sich in
 den entsprechenden Fachgeschäften
 Gastkarten für die verschiedenen Ge-
 wässer kaufen. (Preis pro Tag zwi-
 schen 3,— DM und 5,— DM) Die Gast-
 karten bekommt man auch an Aus-
 gabestellen direkt an den Gewässern.

Zweck	Rute	Schnur	Vorfach	Floß	Blei	Haken
1. Stippen auf kleine Friedfische	Einfache 0,25 Bambusrute	0,25 etwa	1 m lang	leichtes schlankes Federkiel- oder Kunststoff-Floß	3-4 kleine Schrote	Gr. 9 oder 12
2. Angeln auf Brachsen oder Schleie	Einfache 0,35 Bambusrute oder Wurfrute	1,00 m 0,25		etwas schwerer	3-4 mittlere Schrote	Gr. 6 bis 9
3. auf große Friedfische	Einfache 0,30 Bambusrute oder Wurfrute	0,30 1,5 m		mittleres Floß oder leichtes Gleitfloß	3-4 mittlere, einige kleine Schrote	Gr. 3 bis 5



Schwieriger ist es ab 16 Jahren. Um
 in den Besitz eines Bundesfischerei-
 schein zu kommen, muß man (wie-
 derum bei der Fischereibehörde am
 Wohnsitz) eine Sportfischerprüfung
 ablegen. Verlangt werden Kenntnisse
 in: Gewässerkunde, Fischkunde, Gerä-
 tekunde und Gesetzeskunde.

Man kann (muß aber nicht, das Stu-
 dium eines guten Fachbuches reicht
 aus) in einem Angelsportverein einen
 Lehrgang besuchen. Kosten: 75,— DM.
 Der auf 4 Jahre ausgestellte Bundes-
 fischereischein kostet 50,— DM.
 Gastkarten (siehe oben) erhält man
 unter Vorlage des Bundesfischerei-
 schein.



Für private Gewässer (aber wer be-
 sitzt schon einen eigenen See?) braucht
 man keinen Schein. Ebenso nicht für
 private oder von Angelgeschäften or-
 ganisierte Hochsee-Angelfahrten.
 Anglervereine nehmen grundsätzlich
 nur als Mitglied auf, wer im Besitz

der Sportfischereiprüfung und des
 Bundesfischereischein ist. Die Auf-
 nahmegebühr in den Vereinen ist un-
 terschiedlich und richtet sich nach der
 von den Vereinen zu zahlenden Pacht-
 summe für die Gewässer. (In NRW
 liegt die Aufnahmegebühr zwischen
 100,— und 300,— DM, in anderen Bun-
 desländern soll es billiger sein.)

Die Jahreskarte eines Angelsportver-
 eins kostet 50,— DM (Beitrag ist darin
 enthalten).

Und zuletzt: Wer wissen will, wo über-
 all man in der Bundesrepublik angeln
 kann, was es kostet, welche Bedingun-
 gen es an den verschiedenen Orten
 und Gewässern gibt, kann sich ein
 recht brauchbares, aber nicht billiges
 Buch kaufen: Wallfred Brümmer:
 „Wo fängt man in Deutschland?“ (ge-
 meint ist die Bundesrepublik), Verlag
 Paul Parey, Preis: 16,— DM.



Folgende Mindestmaße sollte man beim
 Angeln zur Erhaltung des Fischbestandes
 unbedingt beachten:

Fischart	Mindestmaß
Karpfen	35 cm
Hecht	50 cm
Zander	50 cm
Barbe	40 cm
Aal	45 cm
Schleie	25 cm
Döbel	20 cm
Plötze und Rotfeder	18 cm
Blei, Brasse	35 cm
Barsch	15 cm



Leserforum



Anregungen

Auf unserer letzten Versammlung haben wir die Februar-Ausgabe von elan besprochen. Am Inhalt gab es da nichts auszusetzen. Stein des Anstoßes war vor allem das Titelbild. elan hatte plötzlich Ähnlichkeit mit einer Pop-Zeitschrift bekommen, und als sozialistisches Jugendmagazin läßt sich elan so im Straßenverkauf z. B. schlecht verkaufen. Nach der ersten zur letzten Seite, in den letzten beiden Ausgaben mit leider nicht besonders guten Witzen gefüllt. Wir würden uns da schon eher politische Karikaturen wünschen oder gutgemachte Fotomontagen, die als Poster zu gebrauchen sind, wie im letzten Jahr auf der letzten Seite mehrmals zu finden. Einige störten sich am elan-WM-Quiz, da ihr euch damit am Starkult beteiligen würdet. Erfüllt bitte euer Versprechen und geht unsportlichen Machenschaften auf den Grund!

**Jürgen Büsselberg,
Bremerhaven**

Faschismus

Ich meine, es wäre angebracht, einen umfangreicheren Artikel dem internationalen Faschismus zu widmen. Ich denke dabei an die gräßlichen Vorgänge in Chile, an die Vorfälle in Italien und Frankreich, an Bolivien und viele andere Staaten. Mit entsprechenden Bildern müßte so ein Artikel elan viel aktueller und lehrreicher machen.

Hans Hartmann, Nürnberg

Fußball

Ich finde das ja so beschissen, daß ihr auch noch die Fußballweltmeisterschaft in elan hineingepreßt habt. Aber wenn ihr meint, daß das der Arbeiterjugend nützt...? Nadenn!

Jochen Bloch, Bergedorf

Haus der Jugend

Am 18./19. Mai findet in Hannover der IV. Bundeskongreß der SDAJ statt. In der Vorbereitung des Bundeskongresses wird es vor allem darum gehen, den Kampf für die Grundrechte der Jugend verstärkt fortzusetzen. Die Forderungen der Jugend können wir nur offensiv und entschlossen gegen das Großkapital & Co. durchsetzen.

Auch in Koblenz führte die SDAJ zahlreiche Aktionen zusammen mit anderen demokratischen Jugendorganisationen durch, um sich das Versprochene zu holen.

Die drei Mausechelparteien (CDU, SPD, FDP), die in Koblenz den Stadtrat stellen, haben jahrelang versucht, den Kauf eines Hauses der Jugend hinauszuzögern. Nur durch den Druck der Jugend kamen sie nicht darum herum, den Ankauf in Angriff zu nehmen. Die Jugend hat erkannt: Für leere Versprechungen kann man sich nichts kaufen. Jeder Fortschritt, jeder Erfolg muß hart erkämpft werden!

**Herbert Becker,
Koblenz**

elan-Test

Grundsätzlich ist die Fragebogenaktion positiv zu bewerten. Dennoch meine ich, daß man bei den Fragestellungen wesentlich differenzierter hätte vorgehen müssen, vor allem im Bereich Politik. Der Erkenntniswert der Frage: „Meine Berufsbildung ist (war) auf die Zukunft ausgerichtet“ mit den möglichen Antworten ja, nein oder unentschieden scheint mir doch äußerst gering zu sein. Hier hätte man durchaus nach konkreten Mißständen fragen müssen. Mit der Kennzeichnung einer Politik als „imperialistisch“ können viele junge elan-Leser wahrscheinlich nichts anfangen — hier hätte eine inhaltliche Aufklärung über die Begriffe vorausgehen müssen.

Peter M. Ruhland, Köln

Berichtigung

In der März-Ausgabe habt ihr auf Seite 14 eine falsche Information geliefert. Und zwar habt ihr das Bild kommentiert mit „Erbsensuppe für bessere Berufsschulen“. Dazu muß man sagen, daß wir keine Berufsschüler sind, sondern Studierende der Fachschule für Sozialpädagogik. Mit dieser Kochaktion wollten wir darauf hinweisen, daß wir dringend eine Mensa benötigen, da wir zum Teil bis 18 Uhr in der Schule sitzen. Wir haben diese Aktion mit einer Veranstaltung in Verbindung gebracht, auf der die einzelnen Parteien zu den Problemen Mensa und BAFÖG

Stellung nehmen sollten. Die bürgerlichen Parteien schwafelten uns allerhand vor. Es wurde wie immer gesagt, daß die Dinge „zu prüfen“ seien. Aber wir wissen ja, was dabei herauskommt. Uns Studierenden nützt das Gerede nichts. Wir brauchen die Tat! Und diese zeigt nur die DKP. Nur die DKP bezog eindeutig Stellung zu unseren Problemen und zeigte auf, woher das Geld für die Lösung zu holen ist!

**Waltraut Wehmann,
Hamburg**

Freizeit

Wir haben für Freizeitinitiativen in unserem Gebiet das Koordinationsbüro Mittelrhein gegründet. Interessenten können sich an folgende Adresse wenden:

Koordinationsbüro Mittelrhein
c/o Werner Bodinek
54 Koblenz
Görresplatz 20

Schulbücher

Anfang Januar 1974 hat sich in Karlsruhe der Marxistische Schülerbund/Karlsruhe (MSB/K) gebildet. Ein Hauptgebiet unserer Arbeit ist der Kampf für demokratische und fortschrittliche Schulbuchinhalte. Um eine vor allem in der Schülerschaft verankerte Bewegung zu erreichen, haben wir schon im letzten Jahr unsere Broschüre „Reißt die braunen Seiten raus“ veröffentlicht und den regelmäßigen Verkauf vor den Schulen begonnen. Die Broschüre untersucht die v. a. an Karlsruher Berufsschulen einge-

fürten Schulgeschichtsbücher. Außerdem geben wir ab März eine Zeitung für Karlsruher Schüler heraus. An weiteren Aktionen haben wir die Bildung von mehreren Basisgruppen an verschiedenen Schulen und unseren zweiten Infostand in der Innenstadt geplant. Um den Erfolg unseres Kampfes für Demokratie und Sozialismus zu sichern, haben wir den Antrag auf korporative Mitgliedschaft in der SDAJ gestellt.

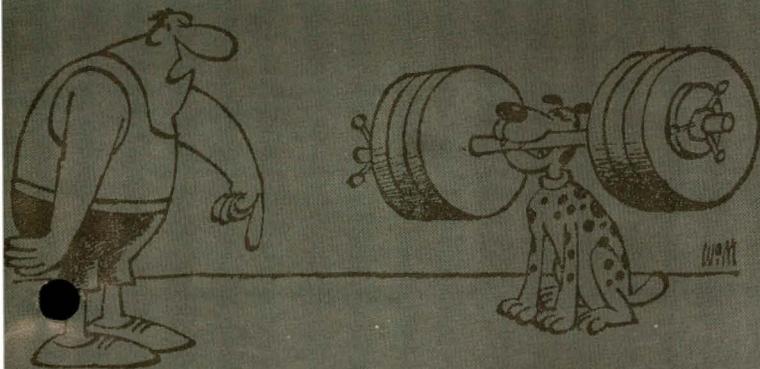
**Christoph Sodemann,
Busenbach**

den Anfängen der Solidaritätsbewegung mit Indochina erweist sich die Solidarität als gute Waffe aller fortschrittlichen Menschen. Der Solidaritätsgedanke ist aus der Erkenntnis geboren, daß vereinte Kraft Großes schafft. Solidarität hat zwei Seiten: eine moralische und eine materielle. Ein Ausdruck unserer materiellen Solidarität sind auch die Spendenmarken der SDAJ. Überall, wo man z. B. diese Marken vertreibt, kann es große Erfolge bei der Verbreitung des Solidaritätsgedankens geben!

Heino Roes, Bremerhaven

Solidarität

Die Solidaritätsbewegung mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk wird in aller Welt fortgesetzt. Seit



Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog 286 w

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

URLAUB & FREIZEITEN DER SDAJ UDSSR 1

15tägige Touristenreise mit dem Flugzeug in die UdSSR. Diese Reise ist eine kombinierte Urlaubs- und Studienreise. Der einwöchige Aufenthalt in einer Großstadt ist dem Studienteil vorbehalten. Die zweite Woche wird in einem internationalen Jugend- und Studentenlager verbracht.

In die Reise ist eingeschlossen: Stadtbesichtigungen, Besuche von Jugend- und Studentenklubs, voraussichtliche Besuche bei sowjetischen Familien und Revolutionsstätten. Das Lager bietet Zeit und Möglichkeit für Freundschaftstreffen, Unterhaltung, Diskussion, Sport und Tanz. Gewohnt wird in Jugendtouristenhotels und Bungalows.

Preis: 640,— DM.

Reisedauer: 7. 7. — 21. 7. einschließlich An- und Abreise.

Anmeldeschluß: 7. 6.

Visum wird von der SDAJ besorgt.

BULGARIEN

Eine erlebnisreiche Urlaubsreise an die bulgarische Schwarzmeer-Küste. In Primosko, dem internationalen Jugendlager, kann man nicht nur einen angenehmen Urlaub verbringen, sondern auch Kontakte mit Jugendlichen aus vielen Ländern knüpfen. Das internationale Jugendlager bietet viele Angebote zur Freizeit, zu Informationsgesprächen und Freundschaftstreffen mit jungen Bulgaren.

Gewohnt wird im Jugendhotel unmittelbar am Strand. Reisedauer: einschließlich An- und Abreise vom 7. 7. bis 21. 7.

Preis: 680,— DM.

Anmeldeschluß: 7. 6.

Visum wird von der SDAJ besorgt.

UDSSR 2

Die 22tägige Touristenreise mit dem Flugzeug ist ebenfalls Urlaubs- und Studienreise. Der Studienteil ist identisch mit der SU-Reise 1. Die SU-Reise 2 hat einen größeren Erholungsteil, der auch in einem internationalen Jugend- und Studentenlager verbracht wird.

Reisedauer: 14. 7. — 4. 8. einschließlich An- und Abreise.

Preis: 750,— DM.

Anmeldeschluß: 7. 6.

Visum wird von der SDAJ besorgt.

SDAJ, 46 Dortmund, Sonnenscheingasse 8

In alle Preise ist eine Reiseversicherung eingeschlossen!

Die Bestätigung zur Teilnahme erfolgt nach Einzahlung von DM 50,— auf das Postscheckkonto Essen

1865 84—439 des Bundesvorstandes der SDAJ unter Angabe der jeweiligen Reise.

Der Gesamtbetrag ist zu zahlen bis 10 Tage vor Reiseantritt.

Rote Lieder aus Chile und anderswo



Eine Woche lang stand die Hauptstadt der DDR im Zeichen des 4. Festivals des politischen Liedes. Liedermacher, Singe-Clubs und Folkloregruppen aus über 25 Ländern trafen sich fünf Monate nach den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten wiederum in Berlin. Sieben Tage lang standen

die „Roten Lieder“ im Mittelpunkt von zahlreichen Konzerten, Werkstattgesprächen und Diskussionsforen — und das rund um die Uhr.

Alle Säle und Theater, in denen die 40 Gruppen und Einzelsänger auftraten, waren mehr als überfüllt. Die Auftretenden rissen viele Tau-

sende Zuhörer (und auch Zuschauer; das Fernsehen übertrug die wichtigsten Veranstaltungen live) nicht nur zu Beifallsausbrüchen hin, sondern vermittelten Lust zum Mitmachen und regten zu stundenlangen Diskussionen zwischen Künstlern und Zuhörern an.

Mit dem „Lied auf die Ölkonzerne“ ist dem Oktoberklub gelungen, den demokratischen Charakter der Volkslieder auf die politischen Verhältnisse heute umzumünzen. Auf die populäre Melodie des Leinewerberliedes entstand eine lustige Sache, die sich ernsthaft und spöttisch zugleich mit dem „Märchen aus 1001er Nacht“ vom „Großen Gewinn „der Araber“ und der „Ölkrise“ auseinandersetzt. Höhepunkt des Festivals politischen Liedes war ohne Zweifel eine Großveranstaltung zu Ehren des chilenischen Folkloresängers Victor Jara. Die Künstler aus 25 Ländern brachten in diesem Konzert ihre Ehrung für den „Vater des chilenischen politischen Liedes“ aus, der von den Faschisten im Stadion bestialisch ermordet wurde. Der Frau Victor Jaras, die als Gast am Festival teilnahm, überreichte der Vorsitzende des Zentralrates der FDJ, Egon Krenz, die Artur-Becker-Medaille, die höchste Auszeichnung der FDJ. Diese beeindruckende Geste war nicht nur Ehrung, sie war für alle auch Kampfauftrag, die Solidarität mit den chilenischen Demokraten verstärken.

Alles in allem steht fest, daß das Festival des politischen Liedes an Bedeutung und Attraktivität zugenommen hat. Abgesehen davon, daß für keine der zahlreichen Veranstaltungen schon nach wenigen Wochen keine Karten mehr zu bekommen waren, ist es gut, daß sich Fernsehen und Rundfunk der DDR direkt am Festival beteiligt haben: die Höhepunkte der sieben Tage wurden live mitgenommen und trugen dazu bei, die Ausstrahlung des politischen Liedes zu erhöhen.

Christel Priemer/
Ingolf Riesberg

Rote Lieder

4. Festival des politischen Liedes
Berlin 10.-16.2.1974



Es war selbstverständlich, daß die 7 Tage des Festivals im Zeichen der Solidarität mit dem chilenischen Volk standen.

Dominierend in der Musikalität und der politischen Aussage traten die jungen Künstler Lateinamerikas auf. Neben den Chilenen QUILAPAYUN und INTILLIMANI, die von den Zuschauern stürmisch gefeiert wurden, waren Gruppen aus Argentinien, Kuba und Uruguay vertreten. Die BRD war mit den Kölner Politflöhen repräsentiert. Von

den Weltfestspielen noch vielen in guter Erinnerung, wurde das neue Programm, die „Geier-Symphonie“ in Rock-Dur auf Friedrich Flick, begeistert aufgenommen.

Für das Gastgeberland DDR dominierte der Oktoberklub. Es war nicht mehr der „Alte Oktoberklub“:

Im Januar haben sich 11 Oktoberklubler verselbständigt und so ist die Singebewegung der DDR um eine (im übrigen sehr gute) Gruppe reicher geworden: die politische Beatgruppe „Jahrgang 49“.

Inti-Ilumani aus Chile
in der BRD

Wir kämpfen weiter.



Unter der Losung: „Rettet die chilenischen Demokraten“ beginnt am 18. Mai 1974 eine zehntägige Tournee der chilenischen Folkloregruppe Inti-Ilumani durch die BRD. Die sechs jungen Musiker aus Santiago de Chile zählen neben den „Quilapayun“ zu den bekanntesten Kulturgruppen Chiles.

In der Regierungsübernahme durch die Unidad Popular waren sie unter den vielen jungen Künstlern, die überall im Lande für die Sache des chilenischen Volkes warben. Auch über die Ländergrenzen hinaus berichteten sie in ihren Liedern und Texten vom neuen Chile. Voller Begeisterung nahmen sie Partei für die Unidad Popular.

Während des blutigen Putsches der faschistischen Militärs und der Ermordung des Präsidenten Allende waren sie in Finnland auf Tournee. In Helsinki gaben sie vor 6000 Zuschauern ihrer Trauer und ohnmächtigen Wut über den Putsch in Chile Ausdruck. So standen sie schon zu Beginn in der Soli-

daritätsbewegung der europäischen Jugend.

Heute leben die sechs in Rom. Von hier aus starten sie zu Tourneen durch Westeuropa und in die sozialistischen Länder. Der letzte große Auftritt der „Inti's“ war das 4. Festival des politischen Liedes in Berlin, der Hauptstadt der DDR.

Pünktlich zum Start der Gastspielreise, die das Anti-imperialistische Solidaritätskomitee (ASK) in Frankfurt organisiert und veranstaltet, wird im Dortmunder Verlag „pläne“ eine neue LP der Gruppe erscheinen. Titel: VIVA CHILE. Dies wird ein weiterer Beitrag sein, die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu stärken. Das ASK wird an allen Veranstaltungen, die zwischen 1000 und 2000 Besucher haben werden, zur materiellen Solidarität aufrufen und Spendensammlungen organisieren. Übrigens wird die Solidaritätsspende für den Eintritt (5,— DM) direkt dem Spendenkonto Dr. Wulff zugute kommen.

Ingolf Riesberg

Das Stadion

Der chilenische Journalist Sergio Villegas hat dieses Buch innerhalb weniger Wochen niedergeschrieben. In Szenen beklemmender Authentizität berichten Augenzeugen über den Putsch und den Terror der Junta: die Beschießung und Bombardierung des Präsidentenpalastes, das hysterische Wüten des Pinochetregimes im Estadio Nacional und Estadio Chile, die Verzweiflung und Hoffnung des Volkes. Ein Zeugnis vom Leid in Chile; ein Buch der Anklage; aber auch und vor allem ein Dokument menschlicher Würde und Größe.

Die Lehre Chiles ist folgende: Mit dem Faschismus kann man nicht spielen. Es ist keine neue Lehre, aber es ist notwendig, sich daran zu erinnern. Mit dem Faschismus darf man weder spielen noch mit ihm Bündnisse eingehen, denn der unerwartete Preis für dieses Bündnis, für das Unterschätzen seiner Macht, kann das Auslöschen jeglichen Rechts, jeglicher Achtung

vor dem Menschen sein: die Folter, der Tod, die Vernichtung jeder Spur demokratischen Lebens. Der Faschismus bedeutet heute in Chile die Regierungsgewalt der fanatischen Grüppchen der Ultrarechten — Zivilisten und Militärs —, die wahrscheinlich schon seit geraumer Zeit die Abneigung der großen Mehrheit der Chilenen verdient haben, die aber erwiesenermaßen noch immer auf die entschiedene Unterstützung seitens des Imperialismus zählen können, der den Putsch angezettelt hat, und der nicht bereit scheint, sich — sei es auf dem Kontinent, sei es an anderen Stellen der Erde — weitere für ihn gefährliche liberale Haltungen zu gestatten.

160 Seiten, broschiert, 4,70 DM

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlag
46 Dortmund
Brüderweg 16
Tel. 02 31 / 57 20 10

Das STADION

Sergio Villegas: Augenzeugen über den Terror der Junta in Chile



Reaktionäres Urteil gegen Kulturbund

Vor 35 Jahren, im Frühjahr 1939, gründeten deutsche Antifaschisten in London den „Kulturbund“; zu ihrem Vorsitzenden wählten sie den Publizisten Johann Fladung, der vorher mit knapper Not dem KZ entkommen war. Mitglieder wurden bekannte Vertreter des deutschen Geisteslebens, der Ökonom Professor Jürgen Kuczynski, der Maler Oskar Kokoschka, der junge Schriftsteller Erich Fried; später traten dem Kulturbund auch die Brüder Heinrich und Thomas Mann bei. 1945 kehrten die Kulturbundgründer in ihre Heimat zurück. Unter Johann Fladungs Leitung entfaltete der DKBD zunächst in der Britischen Besatzungszone eine vielfältige Tätigkeit zur Demokratisierung des kulturellen Lebens, zur Beseitigung faschistischer Restbestände aus Kunst, Wissenschaft und Unterricht. 1951 konstituierte sich der Kulturbund auf Bundesebene. Unabhängig davon vollzog sich zur gleichen Zeit der Aufbau des Kulturbundes in der DDR. Beide Organisationen waren auf Grund ihrer Zielsetzungen freundschaftlich verbunden und setzten sich bereits sehr früh für den Kulturaustausch zwischen beiden deutschen Staaten ein. In der Adenauerzeit war der Kulturbund der Bundesrepublik den reaktionären Kräften ein Dorn im Auge; er wandte sich gegen die Remilitarisierung, gegen die Atombewaffnung und das massenhafte Eindringen amerikanischer Kultursurrogate. 1959 wurde der DKBD durch eine Verfü-

gung des Regierungspräsidenten im Bezirk Düsseldorf verboten. In Düsseldorf befand sich damals die Bundesleitung des DKBD. Der Kulturbund hat sofort gegen das Verbot und die mit der Vollstreckung verbundenen Polizeimaßnahmen Widerspruch eingelegt: nach fast genau fünfzehn Jahren, im Februar 1974, fällt das Bundesverwaltungsgericht in dieser Angelegenheit ein Urteil. Es tat, was kein Vernünftiger für möglich gehalten hätte, es bestätigte die Verbotsverfügung aus dem Jahre 1959. Mit Worten, wie sie hierzulande höchstens noch in NPD-Gazetten üblich sind. So behauptete das Gericht, der DKBD betreibe seine Kulturarbeit „nicht als Selbstzweck“, sondern mit dem Ziel, „das kommunistisch ausgerichtete sowjetzonale System“ in der Bundesrepublik zu etablieren. Gegen diesen Urteilsspruch gab es sofort breiten Protest: die ASten zahlreicher Universitäten und Kunsthochschulen, Studentenorganisationen, bekannte Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler haben ihre Empörung und ihr Unverständnis zum Ausdruck gebracht. Der Kulturbund hat erklärt: er wird sich durch diesen höchstrichterlichen Rückfall in den kalten Krieg an seinen Zielen nicht irremachen lassen und seinen Beitrag zur Verbreitung humanistischer und demokratischer Werte, zur Verwirklichung des Friedens „als der ersten Kulturaufgabe unserer Zeit“ leisten.

Peter Schütt

35 Jahre Kulturbund

Eine Dokumentation über das Verhalten und Wirken deutscher Künstler und Intellektueller vor und während des Krieges in Großbritannien.

Anfang Februar 1939 wurde in London der „Freie deutsche Kulturbund“ — „Free German League of Culture in Great-Britain“ — gegründet, den wir, der DKBD, als unseren Vorläufer ansehen, als den Inspirator unserer Bemühungen um die demokratische Erneuerung der deutschen Kultur.

In diesem Sinne ist der 35. Gedenktag des FDKB auch unser Gedenktag.

Aus diesem Anlaß erscheint ein Nachdruck von Dokumenten, die Auskunft geben über die Beweggründe für den Zusammenschluß von deutschen Kulturschaffenden und Intellektuellen im „Freien deutschen Kulturbund“, über seine Gründer und den großen Kreis von Repräsentanten des kulturellen Lebens von Großbritannien, die seine getreuen Freunde wurden.

Die Dokumente geben Auskunft über die Beziehungen des FDKB zu den britischen

Behörden, den Organisationen der Kulturschaffenden und den Gewerkschaften des Gastlandes. Sie zeugen nicht nur von der Solidarität der deutschen Antifaschisten und der Widerstandsbewegung anderer europäischer Völker, sondern vor allem von deren Beziehungen zu den Gruppen der Antifaschisten in Deutschland.

Die Dokumentation enthält u. a. eine programmatische Rede von Johann Fladung, die dieser in einer Londoner Synagoge bei einer Kundgebung jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland gehalten hat.

Sie berichtet über die Tätigkeit des FDKB, seine Veranstaltungen, seine Sektionen, seine „Kleine Bühne“, seine „Freie deutsche Hochschule“ und wie sich seine Mitglieder auf das „Nachhause“, auf ihre Teilnahme am Wieder- und Neuaufbau in Deutschland vorbereiten.

Wer diese Dokumentation besitzen will, der sende DM 3,— auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 246 775—208 Dr. Peter Schütt, mit dem Vermerk links unten auf der Zahlkarte: Für Dokumentation.

Lauta Bluus aus Bayern



Das darf doch nicht wahr sein! Setzt sich der einfach ans Piano, haut mit seinen Dampfhammer-Händen in die Tasten und hat auch noch eine Stimme, die eher an eine Kreissäge erinnert... Und von so einem wird eine Platte gemacht, nein!

Der Mann heißt Peter Jakobi und kommt aus Bayern. Er macht die — darf man das so nennen? — Musik nicht allein, sondern mit einer Gruppe, die sich den harmlosen Namen „blues & ballads“ gegeben hat. Der Stil erinnert an Rock mit starken Elementen des Blues. Die Sprache: weder englisch, noch so richtig deutsch, nämlich: bayrisch! „If the Müllmensch leers the

tonne / I could cry vor lauta bluus“ — wer solche Texte macht, braucht schon eine gehörige Portion Frechheit.

Bösartige Fantasie ist es auch, die Bayern-Blues-Peter dazu antreibt, solche Schauerballaden zu produzieren. Zugegeben: es kostet einige Überwindung, sich das anzuhören, was dieser Bayernmensch einem feinen musikalischen Gehörgang da vorzusetzen wagt. Und zugegeben auch: man braucht Mut, sich die Sache anzuhören. Aber dann kommt es: der Spaß an dieser Art von Musik, man beginnt, zu begreifen, warum Peter gerade solche Art Musik fabriziert, man erhört die Nuancen in der Kreissägenstimme, er-

kennt spätestens nach zwei Liedern: das ist ein wunderbares Gemisch aus Karikatur, Satire und aggressivem musikalischem Engagement. Die Texte sind politisch. Nicht so oberflächlich, greifend natürlich, wie manch andere Holzhammerverse. Und der Plattenverlag „pläne“ hatte den Mut, die Sache zu produzieren. Sie macht sich gut in der Reihe mit Eddie & Finbar Furey's irischer Folklore. Wer sagt denn, das wir so was nicht zu bieten hätten!

Peter Jakobi und seine Gruppe schlagen das Hirn nicht zu Brei. Sie reizen nur etwas, zum Nachdenken. Und dös mit a Pfundsgaudi!
Ulf G. Stuberger

Franz K — Konzerte

5. 4. Ahrensburg; 6. 4. Syke;
11. 4. Bielefeld-Eisenhütte;
26. 4. Hattingen; 27. 4. Bergkamen (Stadthalle, 15 Uhr)
und Hagen (Jugendzentrum Mitte, 20 Uhr).

Anti-Bravo

Dieses Anti-Bravo-Plakat kann zum Preis von 3 DM bei Michael Meyer, 493 Detmold, Lange Str. 7, bezogen werden. Der Reinerlös kommt der Chile-Solidarität zugute.



Sichtbehinderung!

„Schöne Wirtschaft“
„Schöne Wirtschaft“ ist der Titel des neuen Programms von Kabarettist und Liedermacher Dietrich Kittner. Es befaßt sich u. a. mit Stabilität, Reformen, Bundeswehrhochschulen und der Preisfrage, wie Preise eigentlich entstehen.

Schulbuch-Analyse
„Reißt die braunen Seiten raus“ ist der Titel einer Schulbuch-Analyse, die zum kritischen Umgang mit Lehrmaterial anregt. Erhältlich zum Preis von 1,50 DM bei MSB/K, 75 Karlsruhe, Wilhelmstraße 51.

Filmangebote
Hervorragende Filme verteilt Unidoc, 8 München 19, Südliche Auffahrtsallee 19. Das Programm reicht von der Geschichte der Arbeiterbewegung über Politikrimis bis zu Abenteuerfilmen. Interessierte können den Verleihkatalog gegen Überweisung von 4 DM (Postscheckkonto München 284 58-803) erhalten. Bitte Organisation angeben!

Kurzfilmtage Oberhausen

Vom 22. — 27. April laufen in Oberhausen die 20. Westdeutschen Kurzfilmtage. Unter starker Beteiligung aus den sozialistischen Ländern liegt das Schwergewicht eindeutig beim engagierten Dokumentarfilm.

Das politische Buch des Jahres

Chile — Ein Schwarzbuch

Großband, 228 Seiten mit 200 Abbildungen.
Ganzleinen mit farbigem Schutzumschlag, DM 12,80

„Dieses Buch sagt die Wahrheit über Chile. Für mich ist es zugleich ein Zeichen großartiger solidarischer Sympathie für das chilenische Volk.“

B. Allende

Beatriz Allende

Der Bild- und Dokumentarband über die Politik der Unidad Popular, die Hintergründe des Putsches sowie die ersten vier Monate des Terrors der Junta wurde vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) in Zusammenarbeit mit den Herausgebern Prof. Hans-Werner Bartsch, Martha Buschmann, Prof. Gerhard Stuby, Prof. Erich Wulff und dem Pahl-Rugenstein Verlag erarbeitet.

Bestellung

An das
Antimperialistische
Solidaritätskomitee für
Afrika, Asien und Lateinamerika

6 Frankfurt/Main
Elchwaldstraße 32

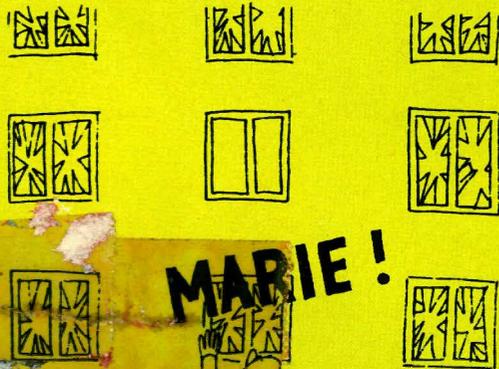
Ich bestelle zur portofreien
Lieferung Exemplar(e)

Chile — Ein Schwarzbuch
zum Preis von DM 12,80 je Exemplar

Anschrift:



„Und wo, sagten Sie, hatten Sie Unterricht in Erster Hilfe?“



MARIE!



„Was soll ich machen, ohne ihren Freund wollte sie sich nicht auf meine Knie setzen!“

4 mal gewüßt, wie!

